

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

21–22/2009 · 18. Mai 2009



1989

Karl Schlögel

Generation Marienborn

Sylvia Kabus

Kleine Tragödie des Lachens

Andreas Oplatka

Der erste Riss im Eisernen Vorhang

Silke Satjukow

Grenze 2000

Daniela Münkel

Die DDR im Blick der Stasi 1989

Markus Driftmann

Mythos Dresden

Nevim Çil

Türkische Migranten und der Mauerfall

Editorial

Der revolutionäre Aufbruch in Mitteleuropa kulminierte im Sturz der Parteidiktaturen. Ungarn und Polen waren die Vorreiter: Die polnischen Kommunisten gerieten bereits 1980 nach dem ersten Papstbesuch und der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność in Bedrängnis. Das Regime verhängte das Kriegsrecht, aber der Druck der Bürgerbewegung ließ nicht mehr nach. Im Juni 1989 errang die Opposition den Wahlsieg, und im August wurde Tadeusz Mazowiecki zum ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten Polens seit Kriegsende gewählt. In Ungarn wurden ab 1987 unabhängige Parteien zugelassen. Im April 1989 trat das Politbüro geschlossen zurück, und im Mai begann die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze – der erste Riss im Eisernen Vorhang.

In der DDR demonstrierten im Herbst 1989 Zehntausende friedlich gegen die SED und ihr Machtmonopol: „Wir sind das Volk!“ Auch in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Rumänien wurden die Herrschenden entmachtet. Der 1985 ins Amt gelangte Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow verfolgte eine Politik der Nichteinmischung, mit der die „Breschnew-Doktrin“ von der eingeschränkten Souveränität der Ostblockstaaten obsolet und die Demokratisierung Ostmitteleuropas möglich wurde. Der Staatssozialismus war nicht reformierbar. Die jahrzehntelang zementiert erscheinende Ordnung von Jalta war bereits Ende 1989 Geschichte.

Der Glanz des historischen Aktes der Selbstbefreiung droht seither zu verblassen. Nach 20 Jahren der mühevollen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse herrscht in vielen Ländern Katerstimmung – nicht nur wegen der globalen Wirtschaftskrise und der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Verwerfungen.

Hans-Georg Golz

Karl Schlögel

Generation Marienborn

Essay

Die nach dem Krieg geborenen oder groß gewordenen Deutschen sind – im Westen mehr als im Osten – in relativ glücklich-harmlose Zeiten hineingewachsen. Sie haben nichts erlebt, was an die Erfahrung ihrer Eltern – Nationalsozialismus, Krieg, brennende Städte, Flüchtlingselend – heranreicht. Jede Generation hat ihren eigenen Erfahrungshorizont. Er ist nicht

Karl Schlögel

Dr. phil., geb. 1948; Professor für die Geschichte Osteuropas an der Europa-Universität Viadrina, Postfach 1786, 15207 Frankfurt/Oder. schloegel@euv-frankfurt-o.de

besser und nicht schlechter als der früherer oder späterer Generationen. Er ist nur anders. Ihn gibt es einfach, er bedarf keiner Rechtfertigung; ihn widerlegen zu wollen, wäre lächerlich. Jeder Generationenhorizont hat seine Dignität, seine eigene Aufbau- und Verfallszeit. Man kann Erfahrungsräume nicht nach Belieben ab- oder anstellen. Man kann sie nur nebeneinander stehenlassen. In der Regel ergibt sich daraus ein Gespräch.

Vielleicht ist der Begriff „Generation Marienborn“ zu stark: Er zielt auf eine ganze Generation, während die Marienborn-Erfahrung doch nur die Erfahrung derer war, welche die Zonengrenze, die innerdeutsche Grenze aus eigener Anschauung kennengelernt hatten. Aber das waren nicht wenige, und diese Grenze hat immerhin ein halbes Jahrhundert lang bestanden. Marienborn-Erfahrung, das war: Grenzüberschreitung und Grenzkontrolle, Schleuse und *rite de passage*, ein spezifischer Geruch aus Kohlenstaub und Desinfektionsmitteln, Konzentration und Beängstigung für einen Moment, Eintritt in einen Korridor, dessen Ende man kaum ohne innere Anspannung erreichte, Rendezvous des Alltags mit der Welt der großen Politik und der Weltgeschichte. „Marienborn“ steht für eine dichte, verdich-

tete Erfahrung, die jenen, die sie nicht gemacht haben, kaum zu vermitteln ist.

„Marienborn“ ist ein Name für das, was einmal Teilung Europas in Ost und West, geteiltes Deutschland, Kalter Krieg, Blockkonfrontation hieß. Aber Marienborn ist nicht nur ein Begriff, sondern auch ein Ort: Inzwischen gibt es in Marienborn ein Museum, die Grenzanlagen von einst stehen unter Denkmalschutz. Aber es ist fraglich, ob ein Museum die Bilder, die sich in den Köpfen abgelagert haben, und die Karten, die sich einer ganzen Generation eingeprägt haben, wirklich darstellen und vermitteln können. Die Zeit ist schon so fern gerückt, dass man Mühe hat, sie wieder aufzurufen. Vor allem: Die Details, auf die es immer ankommt, sind entschunden, verblichen, ungegenständlich und undeutlich geworden.

Marienborn ist ein Empfindungskomplex. Dort hielten die Interzonenzüge, hielt der Moskau-Paris-Express. Dort wurde es ernst. Alle Passagiere wussten, dass dies keine Station und kein Bahnhof wie alle anderen war. Man kam mit einer gewissen inneren Anspannung an, und man war froh, wenn die Kontrollen vorbei waren und der Zug seine Fahrt fortsetzte. Die routinierten Passagiere – und auf der Strecke zwischen der Insel West-Berlin und dem Festland Westdeutschland gab es viele Routiniers, Pendler – bewahrten die Ruhe, sie kannten den Ablauf in allen Feinheiten und Details: wann der Zoll kam und wann die Passkontrolle an der Reihe war, wie viel Zeit für das Abschrauben der Blechverkleidung in der Toilette oder in den Fluren bleiben würde, dass man gefasst sein musste auf die Frage, ob Schusswaffen oder Drogen mitgeführt würden. Novizen auf dieser Strecke bekamen in Marienborn vorgeführt, was „der Osten“ war. Alles hatte man schon so oft gesehen: den Lederriemen, an dem der Kasten mit den Stempeln und dem Fahndungsbuch befestigt war, die Rangabzeichen, die man als Zivilist zu deuten Mühe hatte. Große Aufregung gab es immer, wenn jemand aus dem Zug gerufen wurde, wenn etwas nicht in Ordnung war. Dies hier war keine gewöhnliche Grenze, hier galten besondere und Ausnahmeregelungen, und für den Kontakt mit der Weltgeschichte an diesem peripheren Ort nahm man einige Aufregung in Kauf.

Schon vergessen sind die Rituale und die kalkulierten Zeittakte an der „Grenzübergangsstelle“ an der Autobahn Berlin-Hannover. Dies war eine Welt für sich, mit Hoheitszeichen und Niemandsland, mit kunstvoll angeordneten Barrieren, welche die Autofahrer zum Slalom und zur Verlangsamung zwangen, mit rätselhaften Apparaturen wie jenem verdeckt laufenden Förderband, auf das der Grenzbeamte den Pass legte, der dann in einem Kabuff durchgesehen, geprüft und – wenn alles gut ausgegangen war – dem Besitzer am Ende der langsam vorrückenden Schlange wieder ausgehändigt wurde. Auch die gewöhnlichen Staus und Schlangen von Autos waren aufregend und vielsagend. Die Wartezeiten variierten: Lange Wartezeiten bedeuteten Krisen, Berlin-Krisen, Weltkrisen, kurze Wartezeiten ließen auf eine ruhige Weltlage und entspannte Verhältnisse zwischen Ost und West schließen. Die Staus und Schlangen in Marienborn und Helmstedt waren ideal für Feldstudien über komplexes Sozialverhalten. Die Not und die Wut der Schikanierten brachten Reisende zusammen, die sonst nie miteinander gesprochen hätten. Man konnte soziologische Studien treiben: Die Besitzer großer Autos wurden in der Regel rascher durchgewinkt als die klappri-gen Autos bärtiger oder langhaariger Studenten. Es war immer leicht, etwas Verdächtiges zu finden. Das Tempo an der Schleuse hatte weniger mit der Technik als solcher als mit der Nervosität des Grenzpersonals des Staates, der DDR hieß, zu tun. Grenzübertrittserfahrung schmiedet zusammen. Es prägt, zwanzig oder dreißig Jahre lang das immergleiche Ritual der Grenzüberschreitung hinter sich zu bringen.

Insofern war die Schleuse von Marienborn eine Bewusstseins- und Identitätsmaschine. Hier wurde eingeübt und verinnerlicht, wo die Grenze zwischen „hüben“ und „drüben“ verlief, zwischen verlangsamter und beschleunigter Zeit. Wer aus Westdeutschland in Marienborn ankam, hatte die fast 170 Kilometer lange Strecke nach Berlin vor sich; wer aus West-Berlin kommend dort eintraf, hatte bald den Kontinent Westdeutschland erreicht. Marienborn ist der Beginn der Korridor-erfahrung. Wer keine Verwandten in der DDR hatte und die Autobahn nicht verlassen konnte, und das waren wohl die meisten Transitreisenden, bewegte sich in diesem Korridor. Was bedeutet es, ein Land – die DDR –

nie wirklich gesehen, sondern immer nur in einem Tunnel durchquert zu haben? Wir sahen nicht Magdeburg und seinen Dom, nicht Leipzig, die grandiose Stadt, nicht Dessau, sondern Hinweisschilder und holprige Ab- und Ausfahrten, hinter denen Volkspolizisten – Vopos – postiert waren, um im Fall eines Verstoßes harte DM zu kassieren. Wir überquerten die Elbe, die im Frühjahr und Herbst unübersehbar weit die Auen überschwemmt hatte, aber wir hielten nicht an, um einen Blick auf sie zu werfen. Weil wir nur im Tunnel unterwegs waren, fuhren wir immer an den Anlagen des Wörlitzer Parks oder an Dessau mit seinem Bauhaus vorbei.

Zur Tunnelperspektive auf die DDR gehörte die Autobahn selbst, der monotone Rhythmus, in dem das Auto über die Fugen zwischen den Betonplatten der 1936 angelegten Reichsautobahn sprang, der aus Klinkern errichtete, neusachliche Turm an der Elbebrücke, die über die Autobahn gespannten Spruchbänder mit der Werbung für „ORWO/Wolfen“ und „Plaste und Elaste/Schkopau“, das überdimensionale, für die Leipziger Messe werbende Doppel-M am Rand der Fahrbahn, die Schwefelschwaden, die aus Bitterfeld herüberwehten. Das war ein verkrüppelter, deformierter Blick auf ein Land, dessen alte Städte und schöne Landschaften sich uns erst erschlossen haben, als es die DDR nicht mehr gab. Auf den Betonbahnen der alten Reichsautobahn zog man vorbei an Konvois der US-Army, deren Kolonnen immer mit verschwenderisch aufgeblendetem Licht fuhren, vorbei an den schwarzen GIs mit den weißen Helmen, vorbei auch an den Jeeps der Sowjetarmee mit den rätselhaften kyrillischen Autokennzeichen. Im Korridor stand man immer unter Beobachtung. Die Transitautobahn war die Tangente, auf der sich die Ostdeutschen und die Westdeutschen nahekamen, ohne sich zu berühren. Hinter den Steuern ihres Opel-Kapitän oder Lada verschanzt, zogen sie in ihren Blechkisten aneinander vorbei.

Wenn es eine willkommene Unterbrechung gab, dann an einer Minol-Tankstelle, wo man etwas günstiger als in Westdeutschland tanken konnte, oder an einer der Raststätten. Auf der Strecke Hannover-Berlin war das die Tankstelle Michendorf und die Raststätte „Magdeburger Börde“. Das war nicht uninteressant, ja sogar exotisch. Hier konnte man

wie auf einem Kontakthof zwischen den Welten einen Blick aus der Nähe riskieren: auf sowjetische Offiziere oder Delegationen aus dem Ostblock, die eine Rast eingelegt hatten bei ihrer Besichtigung der deutschen Kultur auf dem Boden der DDR. Hier konnten die Leute, die bisher nur Jahns „Wienerwald“-Hendln kannten, endlich einmal ausprobieren, was ein „Goldbroiler“ war. Auf der Speisekarte waren Gerichte einer vorwiegend bürgerlichen deutschen Küche verzeichnet, als sich in westdeutschen Autobahn-Raststätten längst Fastfood durchgesetzt hatte. Aber darüber hinaus waren Gerichte wie Soljanka und Borschtsch verzeichnet, die damals den meisten unbekannt waren und erst nach der Wiedervereinigung gesamtdeutsch Karriere machen sollten. Am Zeitungskiosk lag das „Braunbuch“ über Nazis in der Bonner Regierung aus und allerlei Broschüren mit Kommuniquees und sonstigen Verlautbarungen, von denen nicht klar war, wer sich dafür interessieren könnte.

Für viele der Marienborn-Generation schrumpfte die DDR zusammen auf das, was sie im Korridor und vom Korridor aus gesehen hatten. Das war denkbar wenig, vor allem aber, es machte keinen Appetit darauf, mehr zu sehen. Leipzig, Halberstadt, Quedlinburg, das großartige Halle, Meiningen und wie die magischen Städte des mittleren Deutschland sonst noch heißen mögen, waren für die allermeisten die große Entdeckung nach dem Ende der DDR. Am ehesten war eine Begegnung mit der DDR noch exterritorial möglich, in einem dritten Land, in den Buchhandlungen und Kulturzentren in den Hauptstädten der Bruderstaaten. Man konnte hundertmal das Land durchquert haben, man wusste nichts von ihm. Wer sich dort bewegte, wollte das Land so rasch wie möglich hinter sich bringen. Man fieberte dem Lichtschein am nächtlichen Himmel entgegen, denn er zeigte an, dass man nicht mehr allzu weit von West-Berlin entfernt war, und es machte sich Erleichterung breit, wenn man Dreilinden oder Drewitz erreicht hatte. Wenn der Zug in Berlin-Zoologischer Garten eingelaufen war, waren die meisten an ihrer Endstation angekommen. Nur besondere Leute, Pensionäre etwa oder Diplomaten, fuhren weiter nach Friedrichstraße. Autofahrer traten aufs Gaspedal, wenn sie auf die Avus eingeschwenkt waren. Auto und Mobilität, das hatte doch etwas mit Freiheit zu tun.

Ob es auf östlicher Seite ein Äquivalent für die Marienborn-Erfahrung der Westmenschen gegeben hat? Der Transit im Korridor war ja ein Privileg: ein Auskosten des Reizes, der in jeder Grenzüberschreitung liegt. Wo gab es das für DDR-Bürger? Wahrscheinlich bei der Reise in die Tschechoslowakei, nach Ungarn an den Plattensee oder nach Bulgarien. Aber all diese kleinen Grenzen konnten es nicht aufnehmen mit der Schärfe und der Radikalität der Großen Grenze, die als Furche zwischen Ost und West durch Deutschland gezogen war. Trotz aller Gewöhnung, trotz aller technischer Perfektionierung der Kontrollabläufe an der Grenze, waren all die Grenzeinrichtungen, Übergangsstellen und Korridore doch Monumente des Ausnahmezustandes, Mahnmale, die das Bewusstsein von der Anormalität erst recht wach hielten. Die Verlangsamung der Fahrt, wenn man an den Grenzkontrollpunkt heranrollte, erlaubte ein genaueres Hinsehen: Ja, es gab wirklich Stacheldraht, es gab Wachtürme, auf denen Grenzsoldaten in ihren Pelerinen standen und durch Ferngläser blickten. Man konnte sogar den immer wieder frisch umgepflügten Grenzstreifen sehen, der in seinem Schwung das hügelige Relief abbildete. Und es gab den Lichtstreifen, durch den man sich nicht ungestraft bewegte. Besonders eindrucksvoll war der Blick von oben; es waren nicht wenige, die der Grenzüberschreitungsprozedur und der Marienborn-Erfahrung auswichen, indem sie das Flugzeug nahmen. „Panamerican“ steht in der Erinnerung der Marienborn-Generation für den Luftweg, für den Weg in die weite Welt, vielleicht nachdrücklicher als der Mythos der Luftbrücke.

Zum verinnerlichten Komplex der Grenzüberquerung gehört auch das Labyrinth an der Friedrichstraße, jenes komplizierte, unter- und oberirdisch konstruierte System der Leitung von Menschenströmen. Man musste den Menschenverkehr einer Millionenstadt auf wenige Punkte hin kanalisieren, Staus und Engpässe erzeugen, um sie dann in verschiedene Kategorien aufzuteilen und in unterschiedliche Bahnen zu lenken: Es gab solche für West-Berliner, Westdeutsche, Ausländer, Alliierte, Diplomaten, Leute mit Sonderausweisen und Pensionäre. Es brauchte Jahre, bis sich die Routine der Durchschleusung zu einer gewissen Perfektion entwickelt hatte. Es ging um nicht weniger als die Verwandlung einer diffusen Masse in einen ge-

ordneten Menschenstrom, der kanalisiert, gelenkt, gefiltert, kontrolliert, „prozessiert“ werden konnte. Man musste dazu die rationale und durchsichtige Architektur der Berliner S- und U-Bahnhöfe, jene Tempel der Übersichtlichkeit und Beschleunigungsmaschinen von einst, zerstören, man musste die lichten Durch- und Übergänge mit Spanplatten, schlagenden Türen, Verriegelungsvorrichtungen, Verschlagen, allerlei Fallen, Spiegeln, Hindernissen, Sichtblenden, Treppen, Verengungen, Schaltern zustellen.

Eine Studie zur räumlichen Organisation des Grenzübergangs Berlin-Friedrichstraße in der Teilungszeit könnte eine Studie über die Zerstörung von öffentlichen Räumen und Funktionen im 20. Jahrhundert werden – wie umgekehrt die Wiederöffnung der S- und U-Bahnhöfe nach 1989 ein wahres Fest des Transparentmachens und Wegschaffens von Barrieren und Hindernissen werden sollte. Plötzlich war die lichte Architektur des Untergrunds, jene große Errungenschaft der Baumeister der Berliner Moderne wieder da! Es ist noch nicht so lange her, da rollten U- und S-Bahnzüge durch Bahnhöfe, die zugemauert, verdunkelt und von Vopos – auch dieses Wort gehört zum Sprachhaushalt der Marienborn-Generation – bewacht waren.

Das Leben hat die Grenze und mit ihr den Erfahrungshorizont von Marienborn aufgelöst, nicht aber die Erinnerung, die eingeschrieben ist auf der inneren Karte. Namen bleiben: Probstzella, Büchen, Gerstungen, Griebnitzsee, Drewitz, Bornholmer Straße, Friedrichstraße, Oberbaumbrücke. Die jungen Leute, die heute in den Vorlesungen sitzen, sind vielleicht erst 1989 oder später geboren. All das ist für sie Vorgeschichte, ganz weit weg, von nicht allzu großem Belang für sie. Vielleicht aber interessiert es sie auch. In der Welt, in der sie groß geworden sind – mit Internet, Mobiltelefonen und Billigflügen – hat es nie eine Grenze gegeben. Sie haben ihre eigene Erfahrung. Darin gibt es Marienborn nicht mehr, höchstens als Name einer Autobahnausfahrt.

Sylvia Kabus

Kleine Tragödie des Lachens

Als das Kabarett „academixer“ 1980 den von Leipziger Künstlern unter der Kupfergasse neu gestalteten Keller bezieht, bringt dies die ironische Wiederentdeckung städtischer Geschäftskultur von 1928. Glas, Messing, Chrom, beinahe vollständig die liebevoll wiederverwandte originale Ausstattung. Aufschreckend wird bewusst, wie sehr Vielfalt und differenzierter Geschmack Feindbilder gewesen sind im bisherigen Alltag. Und doch stößt all das auf keine besonderen Hemmschranken, sächsischer Sinnengenuss nimmt es an mit Neugier und Freude.

Sylvia Kabus

Geb. 1952; Schriftstellerin; 1989/90 Mitarbeit in der Leipziger Bürger- und Frauenbewegung, Mitglied des Runden Tisches der Stadt Leipzig. sylvia.kabus@gmx.de

Es ist die Hochzeit einer Freundschaft. Wir sind ein lockerer Kreis von Studenten und Absolventen; Schreibende, Muskmacher, Wissenschaftler, ungeduldig, der Stadt unser Feuer, unsere Eigenart zu geben, und zugleich mit der alles durchwebenden Hemmung vertraut. Niemand geht nur seinem Studium nach oder der ersten Arbeit; das Schreiben, Lesen, die Musik ist die Verbindung zur DDR, oder eher: die Haltung ihr gegenüber. Unvorstellbar, sich nicht als hoch empfindlichen Teil dieses vertrauten und widersinnigen Organismus zu empfinden, mit tausend Fühlfüßen und Tentakelchen am ganzen Körper und Empörung und scharfer Aufmerksamkeit jeden Tag.

Und zugleich wächst diese Freundschaft aus einem Beschwertsein mitten in der Zeit der Lebensleichtigkeit, die ein aus Grenzen konstituiertes Land unvermeidlich mit sich bringt. So organisch ist Autorität eingewachsen, dass wir niemals den Staat, die Diktatur in Frage stellen, was wir regelmäßig tun, ohne rhythmisch zu einer kritischen Durch-

Auszug aus dem gleichnamigen Essay, in: Neunzehnhundertneunundachtzig. Psychogramme einer deutschen Stadt, Sax-Verlag, Beucha 2009.

knetung der eigenen Persönlichkeit und Gerechtigkeit zurückzukehren. Manchmal ist es wie ein zwanghaftes Ziel, mit unbestochener Distanz gegen sich selbst vorzugehen, gewöhnt an Schonungslosigkeit, von der nur Freunde, wärmer als das Ich dem Ich gegenüber, für einen Augenblick erlösen können und erlösen.

Der Laden schreit nach Gelächter, Wut, Schmissen, Ausdruck.

Die Messe tut ein Übriges. Wir sind Kinder von März und September. Wir zucken nach dem weltläufigen Gewimmel, den schwenkenden Trenchcoats in der Leipziger Luft, den ausgeruhten, offenen Blicken der westlichen Gäste, dem Lächeln ohne Absicht in den Straßen, im Café. Wir zucken nach Schwarzweißfotografie und Grafik, nach der Leipziger Malschule, nach Persönlichkeiten, die uns auf unvernünftige, verrückende Art vom Bekannten befreien. Waschbrettgruppen entstehen, Skiffle, Trampeln und Hüpfen, und wir begreifen oder begreifen nicht, wie sehr wir nach der Narrheit in uns hungern. Als Entkommen, als Spiegel, als Versteck, als Frechheit, als Verführendes.

So bleibt es eine Weile. Immerzu die Frage: Wer, wer, wer sind wir?

O du hoffnungslos flache, grau überraschte Leipziger Tieflandsbucht: Sag du es.

Es nimmt ja nicht ab, das diffuse Wissen von einem Betrogen- und Gefopptsein. Stetig, niederdrückend, eine Generationschimäre. Darunter der zusammengebundene Sprung, Schreie, nicht ausgedrückt. Und zugleich und dagegen ein Gefühl, das Salz zu sein. Wir dünken uns, aufgrund dieses Gefesseltseins im Ernst, wir dünken uns *wesentlicher* als der Westen. Ich stutze manches Mal sogar bei der Vorstellung, in weniger diktatorische Verhältnisse zu gelangen und so diese zehrenden, aber sonderbar substantiellen Vorgänge zu verlieren, selbst also am Ende flacher, reduzierter zu werden.

Wir suchen Spott, wo er nur aufblüht. Bei den „academixern“ erleben wir uns plötzlich lachend gegenüber der hängenden Schwere unaufgehellter *Bedeutung*. Vorfreude ist da auf die witzigen Szenen, nadelnde Spannung, die Holzköpfe von *Partei und Regierung* wür-

den hören und sehen und um beides kommen, gezwungen, sich selbst zu erblicken.

Wesentliches vom dem, was *die Lehre* lehrt, WE-KA, die politische Ökonomie, oder EMM-ELL, scheint ja auch nur sauber gescheuert werden zu müssen von einem dumpfen Hauch. Soziale Solidarität, Mitgefühl, die Notwendigkeit nicht endenden Lernenlernlernens sind dem Selbst nur zu verständlich. Im Herzen der Doktrin eine spezielle Freiheit, Herzweite? Wir sind, so hält es an: wesentlicher. Salziger.

Michail Sostschenkos grimmiger Humor, Manfred Krugs Amiga-Platten, von Berlin herwedelnde Frechheit, das Leipziger Chanson. Halt. Sind wir gar nicht bis zur Handlungsunfähigkeit gedrückt? Müssen es nur erkennen? In einer Stadt, wo jeder ausländische und inländische Student, aus Syrien oder Obervolta oder Gagra in Georgien, im „Casino“ „King Kong“, „Casablanca“, „M“, „Metropolis“, „Monsieur Klein“, „Narciss und Psyche“ und die trotzigalbernhintergründigparadoxen DEFA-Filme sieht, in der eigenwillige Zausel mit halbmeterlangen Bärten an der KA-EMM-UH über Jahre an ihren Dissertationen herumäseln, Zeit schlüpfend, Zeit. Manchmal gelangt ja einer oder eine fast bis in die reale wissenschaftliche Nähe Freuds oder anderer Magneten, aber es hängt doch ganz vom Wohlwollen und Mut des Professors ab und bleibt ein ungesichertes Forschen und eingeschnürt eben. Wir müssen eine köstliche Mimik haben. Wir, nur wir sollten auf der Bühne stehen.

Das Lieben der Ratlosigkeit aneinander? Hm. Das Hassen der Sitzärsche von Chefs und anderen Macht-Habern, die sich in enger Runde mit ihrem *Durchblick* spreizen (natürlich verstehen sie uns Jüngere), die sich ausheulen, reisen, trinken, zwinkern, in sich zusammenkriechen, abmagern, reisen, in die Entziehung gehen, saufen (natürlich verstehen sie uns Jüngere) und so weiter und so fort. Das nicht genug Hassen. *Das Verstehen*. Wenn man vor nichts kapituliert, dann vor dem eigenen *Verstehen*. So scharf ist doch alles, so sichtbar. Aber etwas hält das begonnene Fließen in uns zurück.

Seit den siebziger Jahren begleiten wir das kleine, standfeste Ensemble der „academixer“ mit froher Sympathie. Die Spieler kommen

von der Universität, sind Lehrer, Übersetzer. Träge Kommilitonen werden satirisch aufgefördert, aus ihrem Warten auf Kultur oder Leben herauszufinden und selbst tätig zu werden. Kanzler Schmidt bekommt seine *Zwangsvorstellungen* von der Gemeinsamkeit der deutschen Kultur um die Ohren gewandelt, und so unvermutet, wie das geschieht, fühlen sich die Zuhörer hin- und hergeschaukelt und aus zementnen Klischees herausgelockt – gar in ein wohltuendes Selbstbewusstsein gegenüber der BE-ERR-DE – und kommen wieder und wieder.

Ich habe mich geweigert, nach dem Sprachstudium als Lehrerin in der Schule zu arbeiten, auf die uns die Berliner Humboldt-Universität mit dem wichtigsten Ziel der Erziehung von Kindern zum Hass auf den Klassenfeind vorbereitet hat. Ich bin aufgestanden im Hörsaal und habe geantwortet, dass ich niemanden zum Hass erziehen werde. Ich habe in der Redaktion einer Zeitschrift Anstellung gefunden, die sich mit kulturellen Fragen im Sozialismus beschäftigt. Einer Form ideologischer Gewalt entkommen, finde ich mich erneut unter ihrer undurchsichtigen Plane.

Mein Mann Falk Kabus beginnt als Abteilungsleiter für Kultur im größten Leipziger Gießereibetrieb zu arbeiten, nach monatelanger öffentlicher Drangsalierung im letzten Studienjahr an der KA-EMM-UH, weil er die Verurteilung Biermanns ablehnt. Die Tochter des DDR-Fernsehkommentators Heinz Grote hat eine Aburteilung des Liedermachers verfasst und alle Parteimitglieder der munteren Seminargruppe genötigt, sie zu unterzeichnen. Und sie taten es, bis auf ihn eben, der „für Menschen, die ich nicht kenne, weder eine Ächtung noch eine Lobhudelei“ unterschreibt.

So heißherzig, wie ich *der Partei* fernblieb, ist er ihr mit achtzehn Jahren beigetreten. Es waren dies zwei produktive Konzeptionen, weil beide durchfeuert von eigenen Vorstellungen und Kräften, aber auch dem Klima einer Erweiterten Oberschule, deren Foyer von einer Picasso-Grafik lebte, an der Eluard, Brel, Montand rezitiert, gesummt, geschluchzt wurden, an der eine Verliebtheit in das Leben herrschte und Hingabe reife direkt neben der finstersten Doktrinierung. Und an der Lehrer zu bestehen suchten zwi-

schen dem Auftrag, Lebensvertrauen zu wecken, und dem Auftrag, die ständige Gewaltbereitschaft des erziehenden Staates zu vermitteln.

Er unterschreibt nicht. In den eigens einberufenen Sektionsversammlungen kocht die offene Wut des Professors gegen die „Unverschämtheit, sich gerade jetzt der Stimme zu enthalten, wenn man Kommunist ist“. Die gespaltene Seminargruppe spaltet sich nur noch tiefer, als der Verstockte der Verfasserin sagt, dass sie ihr Schreiben um der paar persönlichen Pluspunkte willen der Sektionsleitung doch besser als Privatgeschenk auf den Tisch gelegt hätte.

Eine unglaubliche Heftigkeit ist entfacht. Sie ist, denke ich eine Zeitlang, das Verwandte, das uns, mir Gemäße. Ich will leben, um in aller Schärfe zu sehen und dabei diese Schärfe, die Kraft im Innern ausmessen.

Der Eine also am Pranger. Kein Ende. Dass nur ein einziger sich verweigert, macht das Vorkommnis zur Universitätsangelegenheit. Unterbunden werden muss, dass der Frechling die anderen mit uneingeschücherten Bemerkungen noch länger zu unerträglichem Gelächter hinreißt. Schlagfertig zwar, aber ein Nichts, ein Niemand doch. Der Ästhetikprofessor tobt und verlangt erstens die Unterschrift und zweitens eine deutliche Selbstkritik, weshalb solange nicht unterschrieben worden ist. Ein Hartschädel russischen Typs, Gralshüter des Kommunismus seit den leuchtenden Fünfigern, der stets, wenn etwas Ruhe einzutreten beginnt, erneut eine außerordentliche Parteiversammlung durchsetzt. Als er 1997 stirbt, rühmt die „Leipziger Volkszeitung“ seinen Namen als „Synonym für die Ästhetik des ostdeutschen Staates“. Durch seine „einengenden Ansichten“ sei er vielfach in Konflikt mit Künstlern geraten, aber sein hohes Ansehen sei ihm kaum abzusprechen. Daneben ein anderer Dozent. Dr. Dieter Strützel, der eben Christa T.“ im Mitteldeutschen Verlag herausgebracht und dafür nachhaltigste Züchtigung erlitten hat. Ruhig wirft er an einer Stelle der endlosen Diskussion ein: „Findet Ihr nicht auch, dass wir hier alle maßlos übertreiben? Es ist doch eine großartige Errungenschaft, dass alle bis auf einen unterschrieben haben.“

Ironie als retardierendes Moment. Und, unerwartet, ein wenig Wärme . . .

Doch weiter Gezerre, Verhöre, Missachtung über Monate. Es bleibt ein hörbares Nein. Falk Kabus schlägt die Universitätskarriere aus. Die *Produktion* wird selbstgewählte Alternative, die Arbeit mit Malern und Liedermachern für Arbeitende in einem Großbetrieb.

Mit den Kabarettisten essen wir weiter „Unser parteitöglich Brot“. Und es sind ja Sachsen, die da vorn spielen, fischilant und treuherzig und überschmissen und irgendwie unzerreißbar mit dem Erdboden verwachsen, der Intuition fürs eigene Wohl- oder Weichergehen. Sie führen vor, wie Verblödung arbeitet, welchen IrrSinn die einfache Befolgung der sozialistischen Verkündigung bringen muss, folgte nicht das Gros der Regierten im Alltag doch automatisch dem gesunden Menschenverstand, unser aller Selbstachtung.

Sächsische Wagnisse im Maß, und nie das volle, gedrückte, gerüttelte Maß an Brutalität des Lebens und Empfindens wie vielleicht in Berlin. Laut und lustick, sächsisch hintergründig dusselig. „So sinn mir Saggsn.“ Wieso, fragt es heute, ist da nicht alles auseinandergefallen?

Es fiel ja, fiel, fiel, fiel. Aber es hielt auch zusammen. Einen Punkt gibt es, der immer aufs Neue greift, uns greift. Es ist die Frage nach der inneren Ehrlichkeit, mit der wir uns zu Recht oder Unrecht wieder sammeln nach jeder seelischen Auswanderung. „Mehr Demut“, so sagt es einmal einer in die aufbegehrenden Gespräche hinein, ganz leis. Es keimt zu einer willigen Verhaltung, die sogar eine gewisse Süße hat. „Mehr Demut“ meint die Zurücknahme des Ichs, die bewusste Aufmerksamkeit für Geplagtere in der Welt. Ist das nicht die wesentliche Richtung, der Nerv, der uns vom Westen unterscheidet? Sich selbst zu erblicken im Universum zwischen Hungerdürre und Fresssucht, ist das nicht gelebte, wenigstens gefühlte Verantwortung, wie sie kein *Westlinker* haben kann, der spartanische Theorien vertritt und im diskreten Wohlstand ächzt? Keiner zerreißt das Wort, alle wiederholen: „Mehr Demut!“

Ist die Universitätslaufbahn ein Verlust? Ist die Universität ein Verlust? Intellektuelle, so hängt es im Raum, sind in der DDR beim Volk

nicht sonderlich geachtet. In Polen, der ČSSR, Ungarn stellen wir uns eine aufrichtigere Nähe zum *Volk*, zu allen nicht akademisch Gebildeten vor, stärkere intellektuelle und seelische Intensität, auch aus nationaler Leidenschaft erwachsend, das Eintreten für Beleidigte und die Hinnahme von Not und äußerer Erfolglosigkeit, wenn es die Selbstachtung verlangt. Ist das proletarisch? Protestantisch? Indianisch? Frühantik? Es ist die Sehnsucht, eine Art Grundbedürfnis zu stillen: aus dem möglichst zunehmenden, reifenden Ich heraus den Weg auch zu anderen zu finden, fühlbar zu nutzen und anwesend zu sein.

Falk Kabus ist in ein hoffnungsvolles Projekt gekommen, das auch die Arbeits- und Lebensbedingungen im *Kombinat* untersuchen und reale Veränderungen vorbereiten soll. Kontrovers wird es zum ersten Mal bei der *Auftragsabnahme* des Wandbildes eines Leipziger Malers für das Sozialgebäude der Stahlgießerei. „Die Farben zu dunkel, die Figuren zu kompakt, das spricht unsere Menschen nicht an, das ist keine Kunst“, so kommt die Gewerkschaftsleitung hervorgekrabbelt auf Geheiß und tut das Ihre zur Rettung des unantastbaren Bildes vom Glück eines jeden Menschen in diesem Land. Ein beinahe unschuldiges Morgensujet, gerade so gehen sie doch jeden Tag hinein ins Werk oder hinaus aus dem Werk – wen kränken die Rücken müder Leute im Gehen? Falk Kabus ruft die betretene Versammlung auf, nach dem Gefühl: dem eigenen, zu sprechen, denn um mehr geht es nicht. Das Bild ist gemalt und bezahlt, wie alle Versammelten, Arbeitende und Verwaltende, bestens wissen, ob es nun hell oder dunkel, als Blasphemie oder Erleuchtung empfunden wird, es ist das Bild des Malers Jürgen Schäfer aus Leipzig und soll hier bei ihnen hängen.

Vor dem blass-rot-blassen, gedemütigten, vor dem erlösten Maler sagt er das, und ein erstes Disziplinarverfahren blinkt bald danach auf, mit dem sein Vorgesetzter, widerwillig, der Empörung von Gewerkschaft und Partei nachkommt. Er nimmt es achselzuckend hin, in Gedanken an andere, gegen deren Schicksale das fast nichts ist, doch ein Thema ist angeschlagen mit dem Bild. Vor mächtigen oder ohnmächtigen Bestimmergruppen zu sitzen, wehrlos mit einem Bild oder Text oder Lied, mit Sensibilität und offenem Mut sich zu solidarisieren oder zerstört werden, dieses Thema

kommt für Jahre in ein Leben und findet seinen Bruder Feindseligkeit.

Und im Kabarett? Am Anfang ist *Erziehung*, stets moralisch, und die Forderung nach Überwindung schmähhlicher Trägheit. Daneben steht die endlose Diskussion als gesellschaftliches Ausweichen vor der Tat, all die „Schulen der sozialistischen Arbeit“, in denen man verzweifelt auf den Beginn von Arbeit wartet. Ähnlich wie Schriftsteller beziehen auch SED-nahe Kabarettisten nach und nach, was der *einfache Mann von der Straße* erst in jahrzehntelangem Antragsmarathon erlangt. Bürgerwohnungen. Autos. Telefonanschlüsse. Reisen. Beziehungen zur Partei stellen sich allgegenwärtig her. Die Partei fühlt sich herausgefordert, geschmeichelt, zur *aktiven Teilnahme* eingeladen. Im Verfall von Glauben ergrünt ja trotz allem noch immer das Entwicklungsversprechen des Sozialismus, österlich über Kahlen und Brachen hinweg. Die Vielzahl der Zuschauer glaubt hier besseren Verhältnissen entgegenzulachen, nicht westlichen. Und es sind ja keine Banausen, keine böartigen Mucker, die in den Proben hocken. Die Maschine bremst sich ab im Guillotinieren in einem Akt der Läuterung oder Selbstaufklärung. Dazu kommt, dass sich Genossen in bester Schizophrenie der Maschine als Abtötungsding ja nicht zurechnen, wir werden es immer wieder erleben, dass sie eigentlich *Menschen* sind, sie empfinden keine Tötungsabsicht oder lassen Getanes als das nicht zu, geschützt durch die weltverändernden Hauptaufgaben, Sozialaufgaben, Erneuerungsaufgaben, die globale Mission, die landwirtschaftlich-technische, die medizinische, die kulturelle, die kosmische Mission des segenspendenden Pseudo-Evangeliums.

Nicht nur die in Leipzig so rührend an *Gullduhr* interessierte Parteispitze: Die ganze Stadt scheint den Spöttern ja zu helfen. Es gibt ein städtisch-sächsisches Grundklima. Allzu ausgeprägte Schärfe oder gar Rüde des Intellekts, die unverblümete Benennung, riefe hier runde, wunde Blicke hervor. Übertreibungen außerhalb von geschlossenen Räumen gelten als unsittlich. Wo *im Leben* zugespitzt wird, tritt ihm eine unnachweisbar missbilligende Dämpfung entgegen.

Etwas spannt sich und will reißen. Hier das Hochgefühl, an einer geistigen Erkundung teilzunehmen, umgeben von regsamen Leip-

zignern, da das erschütterte Wahrnehmen von Menschen ringsum, die ihr Leben an das anwesend-abwesende Monstrum geben, Tag für Tag, ohne Möglichkeit der sportlich-eleganten Gegenwehr, die in Kreisen gehen und nichts gewinnen und denen die Stilmittel des Lachens nicht gerecht werden können.

Was ist eigentlich passiert? frage ich mich, als in atemberaubender Schnelligkeit innerhalb weniger Tage erst ein Parteiverfahren gegen Falk Kabus und dann die Abberufung aus seiner Funktion inszeniert wird. Was gibt es zu bestrafen an einem Menschen, der mit nichts auf sich aufmerksam gemacht hat als dem Vollzug seiner Arbeit?

Nach einer ersten Entlassung ist er zu den Künstlern gekommen, folgerichtig. Die Soziologie ist lästig gefallen, mehr noch als die Bilder. Er betreut jetzt die Leipziger Liedermacher und hat Texte, in denen von impotenten Greisen die Rede ist, die ums Verrecken nicht von der Macht lassen wollen, nicht *verhindert*, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, trotz Drängens und Geschiebes und Flüsterns und zorniger Offenheit der aufgeschreckten Partei- und Dienstleitung.

„Es gibt keine Alternative zu freiem, unzensiertem künstlerischen Ausdruck“, sagt er, wieder.

Was singen sie denn? Was ist es? Die einfache menschliche Wirklichkeit: Depression, nicht automatisch aufgehobene Einsamkeit, überhaupt nicht aufgehobene, Verlassenheit der prallsten Art hier mitten im Wonnebottich Sozialismus, Kälte, Verfall, elende Wohnlöcher. Und vor allem, hinter allem: die Last eines eigenverantwortlich zu führenden, zu ertragenden Lebens. Es ist nicht die klebrigsüße Wimmelwabe, die einen erlöst, es ist überhaupt keine Erlösung von den Schmerzen des Lebens. Die Verzweiflung, welche die Sensibelen immer wieder anfällt, wenn dieses eigene Leben sie berührt, mit Verlustängsten und fahlen Sturzschächten und Geschlagenheit, hier vielleicht noch stärker als in offen gleichgültigen Systemen, davon singen sie.

Die neue „Entbindung“ kommt vom Rat des Bezirkes, ohne Gespräch oder persönlichen Kontakt. Es ruft den Unmut der Liedermacher hervor, die mit Kerzen dagegen demonstrieren wollen „im Ring, das kostet uns gar nichts, sag bloß ein Wort!“, und einer unbestimmten feigen Vorsicht folgend wird die Absetzung zu-

rückgenommen, und zusammen fahren sie zu den Chansontagen nach Frankfurt und holen die Auszeichnungen nach Leipzig.

Das könnten wir nicht, sagen die Freunde. Immer so . . .

Eine immer gleiche Dramaturgie entsteht und wird das Leben. Ob die Untersuchungsergebnisse im Betrieb, die Verteidigung der Künstler – für den Widerspenstigen folgt das Gericht. Partei-, Disziplinarverfahren, Vorladungen, Verhöre, Dauerterror. Entlassungen unter ausdrücklicher Hervorhebung der mystischen Einheit von ideologischer „Abweichung“ und dem dadurch verwirkten Recht auf Arbeit, auf Atem. Ein für ihn günstiges Urteil des Arbeitsgerichtes würde sie in jedem Fall kassieren, sagt die Partei.

Das Verfahren kann eröffnet werden.

Es ist Herbst, 1988, ein Jahr vor dem letzten.

Lange schon haben die Spötter kokette Beziehungsnetze eingeübt, Fähigkeiten, die gewohnte Wege auch nach 1989 beschreitbar machen werden. Die Kabarettistin Gisela Oechelhaeuser, Dietmar Keller, ihr Mann und

SED-BE-eller, ein Künstlerfreund. Wendet sich ein solcher mit Protesten und Eingaben an zentrale Stellen, so landen diese „verleumderischen Angriffe“ durch Übermittlung der Staatssicherheit wieder bei Keller, zur Realisierung der „vorgesehenen operativen Maßnahmen“ gegen den „feindlich-negativen“ Schriftsteller oder Liedermacher, und auch das „abgestimmte Vorgehen mit der Bezirksstaatsanwaltschaft“ ist sein tägliches Geschäft.

Tot und belebt sitzt *der Glaube* im Publikum, aufgegeben und wieder hochgeschüttelt, eine anstrengende Widergeburt nach der anderen, und vielleicht geschieht im selben Moment auch das Gegenteil: das plötzliche innere Sterben eines Menschen, der für seine hingeschenkte Kraft, seine Jahre des Gebens, die Zuwendung oder Rückschenkung irgend einer Treue ersehnt, einer Vatermutterkraft, die gerade diese Ideologie so natürlich zu suggerieren versteht, ohne sie geben zu können.

Das Publikum lacht, trampelt.

Die Partei, ach, alle bereiten sich vor, in die 89er Demo einzuschwenken, nahe der Nikolaikirche, in die Grimmaische Straße, montags, nach getanem Dienst . . .



Andreas Oplatka

Der erste Riss im Eisernen Vorhang

Die Überschrift ist beinahe ein Selbstzitat: „Der erste Riss in der Mauer“ lautet der Titel meines Buches, das Anfang März 2009 erschienen ist.¹ Ich habe darin den Versuch unternommen, die politische und diplomatische Vorgeschichte der Entscheidung zu rekonstruieren, dank der sich im Spätsommer 1989 die ungarische Grenze zu Österreich für die fluchtwilligen Deutschen aus der DDR öffnete. Bis Anfang November, unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer, reisten rund 50 000 Staatsangehörige der DDR über Ungarn in

Andreas Oplatka
Dr. phil., geb. 1942 in Budapest;
von 1968 bis 2004 außenpolitischer Redakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“; Professor für Zeit-, Gegenwarts- und Pressegeschichte an der Andrásy Universität (AUB), Postfach 1422, 1464 Budapest/Ungarn.
andreas@oplatka.ch

den Westen aus. Der Beschluss der ungarischen Regierung – dies zeigte sich in der Folgezeit – beschleunigte die innere Erosion der DDR und damit letztlich den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands.

Es waren weniger die schieren Zahlen der über Ungarn Flüchtenden als die psychologisch-politischen Auswirkungen der Geschehnisse, welche die DDR erschütterten. Die den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern bald schon wohlbekannte Tatsache, dass Ungarn bereits im Frühling 1989 damit begonnen hatte, den Eisernen Vorhang zu zerschneiden, rüttelte die hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrte ostdeutsche Bevölkerung auf. In die Jahrzehnte alte, stark befestigte europäische Trennungslinie war eine Bresche geschlagen worden, und als die ungarische Regierung im September 1989 auch die bis dahin praktizierte Bewachung der Westgrenze aufgab und die auf Ausreise wartenden Massen von DDR-Bürgern ziehen ließ, war auch in Ost-Berlin und Rostock, Leipzig und Magdeburg allen klar: Die Ungarn handelten gegen das Gesamtinteresse der „sozialistischen Gemeinschaft“, und die Sowjets unter Michail Gorbatschow nahmen

diese Vorgehensweise offenbar nicht nur taten-, sondern auch wortlos hin. Wenn das möglich war, dann musste auch manches andere, selbst kurz zuvor noch Unvorstellbares möglich werden.

Es ist nicht die Absicht dieses Beitrags, den Inhalt meines Buches zusammenzufassen. Außer um die Erkenntnisse, die ich gewonnen zu haben glaube, soll es im Folgenden auch allgemein um Ungarn im Jahr 1989 gehen, und zwar um die Frage, weshalb diesem Land damals, inmitten der ostmitteleuropäischen Gärprozesse, eine Pionierrolle zufiel. Ich möchte sodann auch einige Erfahrungen schildern, die man bei der Forschung macht, bei der Arbeit in den Archiven, wenn man danach strebt, Vorgänge in der Schlussphase des Einparteienstaates zu erhellen. Dabei allerdings steht das heutige Ungarn im Mittelpunkt. Denn der Befund weist über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Historikers hinaus, indem er von den Einschränkungen zeugt, die dem amtlich zugelassenen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit gesetzt sind.

Kurze Geschichte der Grenzöffnung

Die Geschichte der Grenzöffnung zerfällt in zwei Teile, an deren Anfang je ein Beschluss steht. Das Politbüro der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*Magyar Szocialista Munkáspárt/MSZMP*) entschied Ende Februar 1989, dass die technischen Hindernisse an der ungarisch-österreichischen Grenze abgebaut werden sollten. Ende August fällt die Regierung – und nicht mehr die mittlerweile praktisch entmachtete Parteispitze – die Entscheidung, die schon hindernisfreie, aber nach wie vor streng bewachte Westgrenze zu öffnen und die ursprünglich als Touristen nach Ungarn gekommenen, hier aber wochenlang ausharrenden, auf eine Fluchtmöglichkeit wartenden Deutschen aus der DDR in die Freiheit zu entlassen.

Der erste Beschluss ergab sich aus einer technisch-wirtschaftlichen Notwendigkeit. Der zweite ergab sich aus dem ersten. Der Reihe nach: Offiziere des ungarischen Grenzschutzes beschwerten sich von Mitte der

¹ Vgl. Andreas Oplatka, *Der erste Riss in der Mauer*. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009; dort auch die einzelnen Quellennachweise.

1980er Jahre an immer öfter und lauter darüber, dass das mangelhaft funktionierende Signalsystem an der Westgrenze ihr Leben und das ihrer Mannschaften zur Hölle mache. Der Eiserner Vorhang, wie er in Ungarn zuletzt bestand, war eine sowjetische Konstruktion. Die elektrisch geladenen Drähte bedeuteten keine Gefahr für die Menschen, lösten aber in den Quartieren der Wachmannschaften Alarm aus, wenn sie einander berührten oder jemand sie zu durchtrennen versuchte. Die Mannschaften, die auch darüber Informationen erhielten, in welchem Abschnitt die versuchte Grenzverletzung erfolgt war, konnten mit ihren Geländewagen rasch zur Stelle sein. Da der Eiserner Vorhang sich in der Regel rund zwei Kilometer vor der tatsächlichen Grenze befand, hatten sie eine gute Chance, Flüchtende zu stellen.

Ende der 1980er Jahre freilich mussten die ausrückenden Grenzwächter immer öfter zum Schluss kommen, dass ein Vogel oder gar ein Windstoß den Alarm ausgelöst hatte, oder sie stellten fest, dass es sich beim vermuteten Grenzverletzer um einen Feldhasen handelte. Das technisch veraltete System versagte, es hatte ausgedient. Die Frage stellte sich nun, ob man es notdürftig reparieren und durch neuartige und entsprechend kostspielige Grenzbefestigungen ersetzen oder aber ersatzlos entfernen sollte.

Ungarn hatte sein Wirtschaftssystem nach 1968 wiederholt zu reformieren versucht, am Ende aber war hier das Versagen, ja der Bankrott des sozialistischen Modells ebenso offenkundig wie in den anderen „Bruderländern“. Erschwerend kam hinzu, dass Ungarn an der Spitze der Pro-Kopf-Auslandsverschuldung im gesamten Ostblock lag. Demgegenüber galt die politisch-gesellschaftliche Atmosphäre, in der die Magyaren lebten, als die freieste im Machtbereich der Sowjetunion. Gewiss herrschte auch hier eine Diktatur, aber die große Freiheit setzt sich überall aus vielen kleinen Freiheiten zusammen, und von letzteren genossen die Ungarn doch bedeutend mehr als etwa ihre Nachbarn in Nicolae Ceaușescus Rumänien oder in der Tschechoslowakei des Gustav Husák.

Zu diesen Freiheiten gehörte die von den DDR-Bürgern heftig beneidete Möglichkeit, Reisen auch in den Westen zu unternehmen. Vom 1. Januar 1988 an stand sogar jedem un-

garischen Staatsangehörigen das Recht auf einen Reisepass zu. Was also sollte der Eiserner Vorhang noch bewirken, wo doch die eigenen Landsleute jederzeit legal ausreisen konnten? Die Statistik sprach eine immer deutlichere Sprache: Jene, die bei illegalen Versuchen des Grenzübertretts ertappt wurden, waren zuletzt beinahe ausschließlich Ausländer, zu einem großen Teil Bürgerinnen und Bürger der DDR. Schließlich war es die führende Gestalt des Reformflügels in der herrschenden Partei, Imre Pozsgay, der öffentlich aussprach, dass es nicht Ungarns Aufgabe sein könne, fremde Staatsbürger zu bewachen. Den Ausschlag im Politbüro, dem Abbruch des Eisernen Vorhangs zuzustimmen, gaben in der wirtschaftlichen Not allerdings vor allem finanzielle Überlegungen: Die ungarische Führung beteuerte in der Folge gegenüber der DDR immer wieder, sie könne es sich einfach nicht mehr leisten, die Grenzsicherungen wirksam aufrechtzuerhalten.

Als Ungarn im September 1989 die Westgrenze öffnete, bat es die Sowjetunion weder um Erlaubnis, noch informierte es die Sowjetführung formell; es begnügte sich damit, den sowjetischen Gesprächspartnern diskret, aber immer wieder anzudeuten, dass Ungarn zu diesem Schritt gezwungen sein werde, wenn die beiden deutschen Staaten keine Lösung für die Flüchtlingskrise finden sollten. Über den Plan, den Eisernen Vorhang zu beseitigen, war der sowjetische Generalsekretär bereits Anfang 1989 offiziell unterrichtet worden. Ministerpräsident Miklós Németh teilte diese Absicht im März bei seinem Besuch in Moskau Gorbatschow mit, und die Reaktion des sowjetischen Parteichefs fiel überaus seltsam aus: Er ließ den Ungarn freie Hand, indem er wörtlich erklärte, er sehe da überhaupt kein Problem. Die Frage muss unbeantwortet bleiben, ob Gorbatschow die Tragweite der von ihm auf solche Weise gebilligten Entscheidung ermaß.

Zur selben Zeit, im März 1989, trat Ungarn als erstes Ostblockland der Genfer Flüchtlingskonvention bei. Mit fluchtwilligen DDR-Bürgern hatte dieser Beschluss nichts, mit Flüchtlingen aus Rumänien umso mehr zu tun: Das von Ceaușescu Anfang 1988 verkündete wahnwitzige Programm, Tausende von Dörfern einzuebnen, und die allgemeine Misere des Alltags hatten über die grüne Grenze hinweg eine Fluchtbewegung in Richtung Un-

garn ausgelöst, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 immer weiter verstärkte. Mitglieder der magyarischen Minderheit in Siebenbürgen stellten die überwiegende Mehrheit der Ankömmlinge. Dass Ungarn sie dem östlichen Nachbarland wieder ausliefern sollte, wie dies eine bilaterale Verpflichtung vorschrieb, schien ausgeschlossen. Einen juristisch vertretbaren Weg wies der Beitritt zur Genfer Konvention, welche die Rückgabe politischer Flüchtlinge untersagt. Die Unterzeichnung der Konvention wurde im Spätsommer 1989 unerwartet zum Hauptargument der ungarischen Seite gegenüber der DDR. Budapest weigerte sich, die Forderung der SED-Führung zu erfüllen und bei der Rückführung der DDR-Deutschen zu helfen.

Nach der ursprünglichen ungarischen Absicht hätte die Westgrenze auch nach der Entfernung der technischen Hindernisse bewacht bleiben sollen. Da aber der Beginn der Abbrucharbeiten am 2. Mai 1989 öffentlich, vor laufender Fernsehkamera stattfand und Ende Juni die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn und Alois Mock, in einer feierlichen – freilich nur noch symbolischen – Aktion einige restliche Drähte sogar eigenhändig durchschnitten, bekam die Bevölkerung der DDR diese Bilder in den westlichen Medien zu sehen. Im Frühsommer setzte daher ein Ansturm von DDR-Touristen auf Ungarn ein, der die ohnehin schon hohen Zahlen des Vorjahrs noch überstieg und den die SED-Führung aus Angst vor möglichen innenpolitischen Folgen nicht mehr zu unterbinden wagte.

Diese Situation war eine Konsequenz aus der ersten ungarischen Entscheidung, den Eisernen Vorhang zu zerstören. Im Verlauf des Sommers zeichnete sich immer klarer ab, dass die ungarische Führung um eine weitere Entscheidung nicht herkommen würde. Denn die Fluchtversuche der DDR-Deutschen an der Grenze zu Österreich mehrten sich, und Ungarns Grenzschutz, hoffnungslos überfordert, geriet immer stärker unter Druck. Wohl vertrat die ungarische Regierung lange den Standpunkt, dass es sich bei der Flüchtlingskrise um eine deutsch-deutsche Angelegenheit handle, die Bonn und Ost-Berlin selbst lösen müssten. Die Erkenntnis reifte indessen heran, dass eine solche Einigung nicht zu erwarten sei und Ungarn deshalb selbst handeln müssen.

Das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 in der Nähe der Stadt Sopron, ursprünglich ein von zivilgesellschaftlichen Organisationen geplantes ungarisch-österreichisches Fest der Anwohner dies- und jenseits der Grenze, wurde von über 600 DDR-Bürgerinnen und -Bürgern zur Flucht nach Österreich genutzt. Wenig bekannt ist, dass der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh dabei als stiller Komplize mitwirkte, da der Regierungschef mit dieser ersten „kleinen“ Grenzöffnung die sowjetischen Reaktionen testen wollte. Moskau blieb stumm, und zur Enttäuschung der DDR weigerte sich der Kreml auch in der Folgezeit, die Ungarn zur Ordnung zu rufen und die Freigabe der Grenze zu verhindern.

Die im Verlauf des Jahres 1989 fortschreitende Verschiebung des Schwerpunkts im ungarischen Machtgefüge zugunsten der Reformen begünstigte das Anliegen der fluchtwilligen DDR-Deutschen. Im Spätsommer, als der Beschluss über die Öffnung der Grenze anstand, lag die Entscheidungsgewalt schon ganz bei der ungarischen Regierung. Die zuvor jahrzehntelang allmächtige MSZMP konnte, als es um das Schicksal der DDR-Flüchtlinge ging, auf den Gang der Dinge keinen Einfluss mehr nehmen. Im Hinblick auf unser Thema kam dieser Entwicklung insofern große Bedeutung zu, als der Generalsekretär der Partei, Károly Grósz, die Grenzöffnung ablehnte, im entscheidenden Augenblick aber nicht mehr imstande war, seinen Willen durchzusetzen.

Der Grundsatzbeschluss, die DDR-Deutschen ziehen zu lassen, wurde in Budapest am 22. August 1989 in einem engen ministeriellen Kreis gefällt. Am 25. August fand auf Schloss Gymnich in der Nähe von Bonn ein Geheimgespräch statt, bei dem Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn die deutschen Gastgeber, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, über die ungarische Entscheidung unterrichteten. Zuvor waren von den Ungarn in der Nacht auf den 24. August 108 DDR-Flüchtlinge, die sich seit Wochen in der Budapester Botschaft der Bundesrepublik aufgehalten hatten, nach Westen gebracht worden. Die Operation ging mit Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz vor sich; das Ziel war Wien, von wo aus die Flüchtlinge die Reise nach Westdeutschland fortsetzten. Die ungarische Seite verfolgte mit

der Aktion ein doppeltes Anliegen: Sie wünschte, dass die Botschaftsflüchtlinge noch vor dem Treffen in Bonn-Gymnich das Gebäude verlassen, um zu betonen, dass es sich um eine autonome Entscheidung der ungarischen Regierung handelte. Durch die Einschaltung Österreichs, eines Drittlands, sollte unterstrichen werden, dass sich Budapest nicht unmittelbar mit Bonn geeinigt hatte. Der Demonstration, dass Ungarn die Bundesrepublik und die DDR in strenger Parallelität und gleichrangig behandle, diene schließlich Ende August ein – allerdings völlig ergebnisloser – Besuch von Außenminister Horn in Ost-Berlin.

Dass es von der Einigung auf Schloss Gymnich bis zur tatsächlichen Grenzöffnung immer noch rund zwei Wochen dauerte, erklärt sich zum einen mit den technischen Vorbereitungen zum Transport und zum Empfang der Flüchtlinge, zum anderen mit einer Verzögerung, die der ungarische Regierungschef in Kauf nahm. Németh wollte nicht zum Spielball bundesdeutscher innenpolitischer Querelen werden und ließ daher das Datum der Grenzöffnung verschieben. Dem Schicksal, politisch instrumentalisiert zu werden, entging er freilich auch so nicht. Denn das ihm von Bonn vorgeschlagene Datum zur Bekanntgabe der Grenzöffnung fiel mit dem Auftakt zum Bremer Parteitag der CDU zusammen. Der damals in seiner Partei stark umstrittene und gefährdete Helmut Kohl konnte auf diese Weise dort die aus Budapest eintreffende gute Nachricht von der Grenzöffnung bekannt geben und eine Atmosphäre schaffen, in der er über seine innerparteilichen Widersacher triumphierte.

Ungarn 1989

Warum waren es angesichts der plötzlichen Schwäche der Sowjetunion die Ungarn und die Polen, die in Moskaus Machtbereich als erste nach Wegen der Selbstbefreiung suchten? Die historische Erinnerung an die einstige Größe und Machtentfaltung der untergegangenen Königreiche war hier am lebendigsten geblieben. Ebenso wahrte in Polen wie in Ungarn eine ganze Gesellschaft die Tradition einer breiten Adelschicht, die sich im Verlauf der Geschichte auf eine wohl unguete Art mit der Nation identifiziert hatte, dafür aber bei jeder äußeren Bedrohung des Reichs und der

eigenen Freiheit auch bereit war, für sie einzustehen und den Kopf hinzuhalten. Polen wie Ungarn erlebten in den vergangenen beiden Jahrhunderten schwere Schicksalsschläge, sie zeichneten sich aber in der Region stets auch durch den heftigsten Widerstand gegen jede Art der Fremdherrschaft aus.

In einem wesentlichen Punkt unterschied sich das Geschehen in Ungarn 1989 von ähnlichen Vorgängen in den anderen lange von Moskau beherrschten Ländern. In Ungarn spielte eine historische Klärung, die Rehabilitierung des Volksaufstands von 1956, eine wichtige Rolle. Die spürbare Verunsicherung der herrschenden Partei setzte bereits Ende Januar 1989 ein, als der Reformpolitiker Imre Pozsgay in einem Radiointerview die zuvor während dreier Jahrzehnte als „Konterrevolution“ beschimpften Ereignisse vom Herbst 1956 als „Volksaufstand“ bezeichnete.

Diese innerungarische Entwicklung erreichte im Juni 1989 ihren Höhepunkt. Der zu dieser Zeit schon starken und breit gefächerten Opposition im Land gelang es, die lange vergeblich geforderte feierliche Neubestattung des 1958 hingerichteten Ministerpräsidenten der Revolutionsregierung, Imre Nagy, zu erreichen. Die im Beisein von rund 200 000 Menschen vor sich gehende Trauerfeier machte zugleich offenbar, dass die Partei und ihre Diktatur am Ende waren. Dass sie sich nicht mehr imstande zeigten, eine solche Veranstaltung zu verhindern, bedeutete dabei letztlich nur eine Äußerlichkeit. Schwerer fiel ins Gewicht, dass die Rehabilitierung des Aufstands ihre Legitimität aufs Schwerste erschüttern musste. Denn die Ende Oktober 1956 neu gegründete MSZMP hatte sich stets darauf berufen, sie habe seinerzeit das Land und die „Errungenschaften des Sozialismus“ vor der „Konterrevolution“ gerettet und sei deshalb zur Ausübung der Herrschaft berechtigt. Handelte es sich nun doch um einen Volksaufstand, dann zerfiel dieser Anspruch, ja er bedeutete sogar die Negierung des Volkswillens.

In Wirklichkeit hatte der Aufstand trotz seiner Niederlage nie aufgehört, erhebliche Nachwirkungen auf die ungarische Gesellschaft auszuüben. Nach einer Periode der grausamen Vergeltung, der Todesurteile und der Kerkerstrafen kannte Ungarn von den späten 1960er Jahren an eine mildere Form

der Diktatur als vergleichbare Länder im sowjetischen Herrschaftsbereich. Dass die Machthaber in den Parteizentralen in Moskau und in Budapest diesem kleinen Land stets etwas mehr Respekt zollten, ihm eine etwas längere Leine zugestanden, erklärte sich mit der Erinnerung an die Revolution von 1956. Die Sprache der Gewalt war diejenige, welche die Sowjetführer mühelos verstanden, und ihnen lag aus realpolitischen wie aus Prestige-Gründen daran, dass Ähnliches sich niemals wiederholen sollte.

In dieser Atmosphäre, in der viele kleine Freiheiten gedeihen konnten, standen die Ungarn die dunkle Zeit bis zur Zeitenwende leidlich und nicht unwürdig durch. Reformbestrebungen sowie informelle und später auch offiziell organisierte oppositionelle Gruppierungen wuchsen auf diesem Boden rascher als anderswo. Das erklärt auch Ungarns Pionierrolle 1989: Den wagemutigen Beschluss, die DDR-Deutschen in den Westen ausreisen zu lassen, konnte nur eine Regierung fällen, die sich von humanitären und menschenrechtlichen Gesichtspunkten und zugleich von der Intuition leiten ließ, dass in Europa ein gewaltiger Umbruch bevorstehe und dass Ungarn sich in dieser Lage nicht für die DDR, sondern für die Bundesrepublik Deutschland entscheiden müsse. Denkbar aber war diese Handlungsweise wiederum nur in einem Land, in dem die demokratische Opposition und eine nach völliger Freiheit strebende Presse bereits existierten und dessen politischer Zustand es darum ausschloss, dass man die Flüchtlinge, so wie die DDR das forderte, in ihr Ursprungsland zurückschaffte.

Hält man nach persönlichen Verdiensten Ausschau, dann ist in erster Linie der damalige Ministerpräsident Miklós Németh zu nennen. Das widerspricht der in Deutschland tief verwurzelten Meinung, der einsame Held dieser Geschichte heiße Gyula Horn. Es gibt nirgendwo auf der Welt eine Regierung, in welcher der Außenminister einen Beschluss fasst und entsprechend dem Innen- und dem Justizminister Weisungen erteilt. Das kann nur der Regierungschef, und auch im vorliegenden Fall war es Ministerpräsident Németh, der die Entscheidungen fällte und dafür die Verantwortung übernahm. Gerade deshalb aber ist es von großem Gewicht, wenn Németh sich heute

zur Ansicht bekennt, die Grenzöffnung sei nicht das Werk und das Verdienst einer Person, sondern eine kollektive Leistung aller Ungarn gewesen.

Spurensuche

Was findet der Historiker heute vor (und was findet er nicht vor), wenn er sich daran macht, das Thema der Grenzöffnung zu erforschen?

Rund zwanzig Jahre nach den Ereignissen liegen zahlreiche Publikationen vor, deren Verfasser sich – wenn auch häufig nur am Rande – mit diesem Gegenstand befassen. Ebenso ist eine Reihe von Memoiren einst beteiligter Politiker greifbar. Manche gründliche Untersuchung bringt Licht vor allem in die Geschehnisse in der DDR. Deren Autoren kam die Tatsache zugute, dass die Staatsakten der DDR bereits in den frühen 1990er Jahren der Forschung zugänglich wurden. In Ungarn selbst ist in umfassenden Werken² die Geschichte der Wende gut dokumentiert. Auf Englisch widmeten dem Thema Rudolf Tökés,³ auf Deutsch neuerdings Andreas Schmidt-Schweizer⁴ sehr ausführliche Untersuchungen. In diesen Büchern erscheint die Grenzöffnung allerdings lediglich als Episode. Schmidt-Schweizer hatte indes zuvor schon Aufsätze insbesondere über die Rolle des ungarischen Grenzschutzes im Vorfeld der Flüchtlingskrise von 1989 publiziert.⁵

Dass bei der Verwendung von Memoirenliteratur Vorsicht geboten ist, gilt als Binsenweisheit. Jedermann weiß, dass das mensch-

² Vgl. Zoltán Ripp, *Rendszerváltás Magyarországon 1987–1990 (Systemwechsel in Ungarn 1987–1990)*, Budapest 2006; Ignác Romsics, *Volt egyszer egy rendszerváltás (Es gab einmal einen Systemwechsel)*, Budapest 2003.

³ Vgl. Rudolf L. Tökés, *Hungary's Negotiated Revolution*, Cambridge 1996.

⁴ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, *Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002*, München 2007.

⁵ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, *Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlussfolgerungen*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 37 (1997) 1, S. 33–53; ders., *Motive im Vorfeld der Demontage des Eisernen Vorhangs 1987–1989*, in: Peter Haslinger (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf*, Frankfurt/M. u. a. 1999, S. 127 ff.

liche Gedächtnis Fakten schönen, verändern und verdrängen kann. Der Verfasser dieser Zeilen machte dazu die Erfahrung, dass man sich auch in der Oral History, bei der Befragung einstiger Entscheidungsträger, leicht auf sumpfigem Gelände verirren kann. Zu viele Widersprüche und Ungereimtheiten tauchten auf, und bald erwies es sich, dass die ursprüngliche Annahme, die Geschichte der Grenzöffnung anhand von mündlichen Aussagen der Zeitzeugen schlüssig rekonstruieren zu können, naiv war. Doch lässt sich derselbe Tatbestand auch positiv bewerten: Ich lernte zu akzeptieren, dass gemäß seiner einstigen Rolle und seinem Standort jedermann seine Sicht der Dinge haben und es mithin mehrere Wirklichkeiten geben kann, die einander nicht unbedingt zu entsprechen brauchen.

Ein Wort über die Arbeit in den ungarischen Archiven: Zumindest zu einem Teil ist dies ein betrübliches Kapitel, und weil da ein Schlaglicht auf die heutigen Verhältnisse des Landes fällt, soll es im Folgenden mit einigen Anmerkungen zu Ungarn sein Bewenden haben.

Das Angenehme zuerst: Die Akten des Außenministeriums über die Tätigkeit der ungarischen Diplomatie im Jahr 1989 sind zwar spürbar „geseibt“ worden, doch die großen Linien lassen sich aus dem selbst so noch umfangreichen Rest mit einiger Zuverlässigkeit herauslesen. Gleiches kann nicht über die Schriften des Büros des Ministerpräsidenten gesagt werden. Hier wurde es mir einzig dank hoher Protektion ermöglicht, zumindest die Protokolle der Kabinettsitzungen des Jahres 1989 einzusehen. Vollends unhaltbar und auch nach den ungarischen Archivgesetzen inakzeptabel ist die Lage, wenn man nach Akten des vor 1990 bestehenden Innenministeriums sucht. Weitgehend vollständig vorhanden ist einzig die Überlieferung des Grenzschutzes, der seinerzeit diesem Ministerium unterstand. Demgegenüber fehlen die Akten der ebenfalls vom Innenministerium geleiteten Geheimdienste beinahe ganz.

Im Sommer 1989, als sich die Flüchtlingskrise zuspitzte, reisten Delegationen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR mehrmals nach Budapest, um dort mit Vertretern des ungarischen „Bruderorgans“ Gespräche zu führen. Wir sind über deren

Verlauf durch die Akten, wie sie in Berlin im Archiv der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) einsehbar sind, gut unterrichtet. Der in Budapest unternommene Versuch, auch in die Akten der ungarischen Seite Einblick zu bekommen, misslang dagegen fast ganz. Dokumente sind nur über jene Gespräche vorhanden, bei denen auch Vertreter des Außenministeriums anwesend waren und Aufzeichnungen erstellten. Außer zu diesem Fall erbat ich im ungarischen Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste Material zur Rolle der ungarischen Geheimdienste beim Paneuropäischen Picknick in Sopron und bei der Vorbereitung der eigentlichen Grenzöffnung. Das durchaus hilfsbereite Personal war außer Stande, für mich auch nur ein einziges einschlägiges Dokument zu finden.

Dieser Tatbestand zeugt von einem schwerwiegenden Problem, das in Ungarn nun schon seit bald zwanzig Jahren besteht: Die Regelung des Umgangs mit den Unterlagen der Geheimdienste vor 1990 ist von seltsam halbherziger Art. Die Gesetze schützen eher die einstigen Führungsoffiziere, die Informanten und die Agenten denn deren Opfer. Der Ruf, man möge endlich aufräumen und den Inhalt der verschlossenen Kisten auf einen großen Haufen entleeren, ertönt immer wieder. Und er begegnet regelmäßig der scheinheiligen Erwidern, eine solche vollständige Freigabe würde die Funktionsweise der Geheimdienste und damit die Interessen des Staates tangieren. Eine Atmosphäre der Verdächtigungen, immer wieder aufbrechende Enthüllungsskandale und Misstrauen gegenüber der Staatsmacht und der Politik sind die Folgen. Auch der Historiker gehört zu den Leidtragenden.

Silke Satjukow

Grenze 2000

Im Frühherbst 1989, pünktlich zum 40. Geburtstag des Arbeiter-und-Bauern-Staates, präsentierten Experten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) dem Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ein fulminantes Geschenk: eine auf modernster Technik basierende Grenzschleuse

Silke Satjukow

Dr. phil. habil., geb. 1965;
Privatdozentin am Lehrstuhl
für Neuere und Neueste
Geschichte der Friedrich-
Schiller-Universität Jena,
Fürstengraben 13, 07743 Jena.
satjukow@t-online.de

von Westen nach Osten und vice versa, mit einer rechnergestützten Abfertigung, wie es sie zuvor noch nie gegeben hatte. Von nun an, so frohlockten die Stasi-Leute, würden Fahndungen nicht mehr mit altertümlichen Zettelkatalogen bewältigt werden müssen, sondern mithilfe des raffiniert programmierten und zentral vernetzten Personalcomputers EC 1834.

Zwar standen der modernen Hochsicherheitsgrenze zwischen den beiden deutschen Staaten noch einige Hemmnisse im Weg, etwa, dass es einen kompatiblen Drucker brauchte, für dessen Anschaffung im Krisenjahr 1989 schlicht die Devisen fehlten. Doch schienen das nur Kleinigkeiten im Hinblick auf das hehre Ziel: In Zukunft würde kein noch so gewiefter Agent die Scheidelinie des Kalten Krieges mehr unbehelligt überschreiten können.¹

Deutsch-deutsche Demarkationslinie

Die Geschichte der innerdeutschen Sperranlagen begann unmittelbar nach dem Ende des Krieges. Bereits ab September 1945 benötigten die Deutschen die Erlaubnis der Alliierten, um andere Besatzungszonen zu bereisen. Im Westen stellte man schon im Sommer erste deutsche Grenzpolizisten in Dienst, die Sowjets warteten damit bis zum Dezember. Das nach Moskauer Vorbild ausgebaute ostdeutsche Grenzland umfasste von Anfang an ein komplexes Meldekopfsystem, woran sich bis zum Ende der DDR nichts mehr ändern sollte: Die Reisenden wurden von einem Kontrollpunkt zum nächsten „übergeben“.

Auf diese Weise entstand schon früh ein Überwachungsnetz, das bis in die Nischen des Alltags vordrang.

Den wenigen verbliebenen Durchgängen der Grünen Grenze bereitete die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“ vom 26. Mai 1952 ein abruptes Ende: Auf Anweisung der Ost-Berliner Regierung entstand ein lückenlos observiertes, dicht gestaffeltes Hochsicherheitsareal mit einem zehn Meter breiten Kontrollstreifen, einer 500 Meter tiefen Sperrzone und einem fünf Kilometer weiten Hinterland. Damit sollte die Flucht Abertausender DDR-Bürgerinnen und -Bürger in die Bundesrepublik Deutschland verhindert werden. Das kurz zuvor gegründete MfS sah es als eine seiner vordringlichsten Aufgaben an, den Sozialismus an diesem neuralgischen Punkt vor „Diversanten, Spionen und Terroristen“ zu schützen. Doch blieb die deutsch-deutsche Demarkationslinie zunächst noch durchlässig, und noch immer nutzten Ostdeutsche das verbliebene Schlupfloch Berlin, um dem Leben im Kommunismus zu entkommen.

Am 13. August 1961 begann die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ quer durch Berlin. Nun war auch die letzte Möglichkeit dahin, die DDR weitgehend ungefährdet zu verlassen; der massenhafte Exodus war beendet. Zunächst lösten Provisorien einander ab, erst die dritte „Grenz-Generation“ von 1968 an wurde für die Dauer geplant und gebaut. Sie bestand aus Elementen, die industriell in Serie hergestellt wurden: Betonplatten mit aufgesetzten Abwasserrohren. Flankiert war diese Wehranlage von Beobachtungstürmen, von Sperren aus Stacheldraht, von Signalvorrichtungen und von Minenfeldern. Seit Ende der 1960er Jahre erhielt diese militärische Anlage eine neue technische, zugleich aber auch eine neue politische und moralische Dimension. Die DDR installierte nun „richtungsgebundene“ Splittermine. Die als „Selbstschussanlagen“ diskutierten

¹ Die folgenden Ausführungen beruhen im Wesentlichen auf der Auswertung von Gesprächen mit Zeitzeugen und der maßgeblichen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

Tötungsmaschinen wurden erst Anfang der 1980er Jahre auf internationalen Druck hin wieder entfernt.

Über die Geschichte dieser martialischen Grenze, über die Entwicklung der Sicherungsmaßnahmen und über die Versuche, diese Festung zu überwinden, ist viel geforscht und geschrieben worden. Der Gebrauch von Schusswaffen an der Mauer war und ist das Thema unzähliger publizistischer Debatten. Dieser Beitrag handelt von den unkalkulierbaren und bisweilen höchst gefährlichen *Durchgängen*, die Millionen Bürger jahrzehntelang frequentieren mussten. Ein Netz von Grenzübergangsstellen (GÜST) perforierte die rund 1400 Kilometer lange Abzäunung der DDR gen Westen. Die Passage dieser Portale gab den Weg frei, um mit dem Auto, per Bahn, per Schiff oder per pedes von Deutschland nach Deutschland zu gelangen. Die Geschichte dieser Übergänge entpuppt sich als eine Geschichte von Schleusen, von „Transit-Bauwerken“.

Private Besuchsreisen für Westdeutsche blieben auch nach dem Mauerbau möglich, wenn auch unter erschwerten Bedingungen. 1968 dekretierte die DDR den Passzwang für die Ein- und Durchreise; für die Ein- und Ausreise benötigte man jetzt ein Visum, und für einen Tagesbesuch in Ost-Berlin wurden Aufenthaltsgenehmigungen ausgegeben. Mit diesen Maßnahmen war die Erhebung von Gebühren für Genehmigungen und Visa verbunden. Schon vier Jahre zuvor hatte man einen verbindlichen Mindestumtausch, berechnet nach der Anzahl der Aufenthaltstage, vorgeschrieben, der sich mit den Jahren stetig erhöhte (von 1980 an betrug er 25 DM pro Tag). West-Berliner konnten seit August 1961 nicht mehr in den anderen Teil der Stadt gelangen. Erst mit den Passierscheinabkommen (1963/1966) durften sie Tagesbesuche zu Feiertagen sowie „in dringenden Familienangelegenheiten“ beantragen. Mit dem Verkehrsvertrag vom Mai 1972 verbanden sich wesentliche Reiseerleichterungen und Verbesserungen. Von nun an stand es Bundesbürgern frei, Verwandte und Bekannte in der DDR zu besuchen. Bewohner von grenznahen Stadt- und Landkreisen der Bundesrepublik erhielten überdies die Möglichkeit, zu Tagesaufenthalten in den grenznahen Bereich der DDR einzureisen. West-Berliner durften ab sofort die DDR und Ost-Berlin besuchen.

Für Ostdeutsche gestaltete sich die Fahrt in den Westen indes weiterhin kompliziert. Lange Zeit hatte man nur Rentner und Invaliden ausreisen lassen; nach dem Verkehrsvertrag konnten politisch vertrauenswürdige Bürger unter bestimmten Voraussetzungen, etwa zu Familienangelegenheiten, in die Bundesrepublik reisen.

Aus Sicht der Macht- und Funktionsebenen der DDR ergab sich mit den aufgezwungenen Erleichterungen im deutsch-deutschen Reiseverkehr im Zeichen der neuen Ost-West-Politik und unter den Auspizien der KSZE-Vereinbarungen eine neue Gefahrenlage. Die mit dem Mauerbau 1961 vollendet geglaubte Sicherheitsverwahrung der eigenen Bevölkerung begann plötzlich aufzubrechen. Hinter geschlossenen Türen hegte man manche Befürchtung: Hatte man einen westdeutschen Massenandrang an den Grenzübergangsstellen zu erwarten? Würden aus den bewährten Schleusen nun Stromschnellen werden? Würden sich Kapitalisten und Kommunisten in Zukunft auf dem Gebiet der DDR verbrüdern? Sollte sich die eingängige Parole der sozialdemokratischen Ostpolitik: „Wandel durch Annäherung“ nunmehr bewahrheiten?

Diese Fragen verursachten den zuständigen Staats- und SED-Funktionären, vor allem aber den Angehörigen des MfS Alpträume. Der Klassengegner, so rüsteten sie argumentativ auf, werde künftig in noch stärkerem Maße seine gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht gerichtete subversive Tätigkeit ausbauen – und zwar auf dem Terrain der DDR selbst. Es galt daher, einer eventuellen Erosion des Regimes an der Grenze frühzeitig und wirksam entgegenzuarbeiten. Umbau- und Rationalisierungsmaßnahmen mussten geplant und umgesetzt werden. Der Feind näherte sich der Nahtstelle der Systeme von allen Seiten – und er sollte fortan mehr denn je mit militärischer Disziplin abgefertigt werden.

Im Getriebe der Schleuse

Die Kontrolle über die Grenzpassage oblag seit 1962 dem MfS. Sämtliche Bedienstete der GÜST – mit Ausnahme der Mitarbeiter der Zollverwaltung – standen in dessen Diens-

ten.¹² Die „Tschekisten“, wie sie sich in Anspielung an den frühen sowjetischen Geheimdienst gern selber nannten, traten jedoch nicht offen auf, vielmehr tarnten sie sich mit den steingrauen Uniformen der Grenztruppen. Die Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) waren aber nur für die *militärische* Sicherung des Territoriums verantwortlich. Ihre Stasi-Doubles hingegen gerieten für Millionen Transitreisende und für diejenigen, die aus- und einreisten, zum Antlitz des Arbeiter-und-Bauern-Staats. Ihre Gesichter, ihr Gestus und ihr Habitus, waren das erste, was einreisenden Westbürgern begegnete – und ihre Gesichter waren die letzten, die Ausreisende zur Kenntnis nahmen. Die Staatssicherheitsleute im Uniformrock der Grenztruppen waren das vorgeschaltete, in ihrem Sinne das vorgeschobene Antlitz der DDR. Den Diensthabenden war jeder Ankommende prinzipiell verdächtig. Die politische Fiktion, mit welcher sie tätig wurden, hieß: Jeder, der diese Schleuse passiert, steht unter dem Verdacht, ein Feind des Sozialismus zu sein. Nicht die Passage zu ermöglichen oder gar zu erleichtern war ihr Gebot, sondern, im Sinne politischer Wachsamkeit, einreisende Gegner zu entlarven.

Grenzübergangsstellen verstanden sich bis zu ihrem Niedergang im November 1989 grundsätzlich als Wehrbauten, deren Vision und Bestimmung keineswegs Durchlässigkeit und Freizügigkeit war, sondern, im Gegenteil, die Blockade. Sie gerieten zu hochpolitischen Bau- und Bollwerken, besetzt mit Soldaten auf der Wacht, bewehrt mit Kundschaftern, abgestellt vom Geheimdienst, dem Schild und Schwert der Partei. Der stets geschlossene Schlagbaum vor der Anlage und nach der Anlage, bei der so genannten Vorkontrolle und bei der Endkontrolle, wurde nur von Fall zu Fall geöffnet. Die geschlossene Schranke avancierte zum Symbol dieses Selbstverständnisses.

Beobachten wir einen Westdeutschen auf dem langen und beschwerlichen Pfad durch das Kontrolldickicht der Grenzübergangs-

¹² Bis 1964 entwickelte sich eine Dreiteilung der Gewalt an der GÜST: Die Sicherungseinheiten der Grenztruppen hatten die militärische Sicherung zu gewährleisten, die Personenkontrollen des MfS waren für die Passkontrolle verantwortlich und die Angehörigen der Zollverwaltung kontrollierten den Waren- und Zahlungsmittelverkehr.

stelle, der in den 1980er Jahren durch eine solche Schleuse für einige Tage Einlass in die DDR begehrte. Der künftige Besucher benötigte zunächst einen ostdeutschen Vertrauten, der bereit war, ihn „einzuladen“. Das konnten Institutionen sein, aber auch Privatpersonen, Verwandte oder Bekannte. Sie mussten spätestens ein, zwei Monate vor der geplanten Einreise beim örtlichen Volkspolizeikreisamt (VPKA) einen Antrag für einen Antrag zur Erteilung eines Visums stellen. Mit diesem bürokratischen Auftakt wurde nicht nur der Einreisende, sondern auch der Einladende zum Gegenstand einer langwierigen und peinlichen Durchleuchtung. Fortan galt die Devise: mitgefangen – mitgegangen. Der Ostbürger, der diesen Prozess ins Rollen brachte, wurde nicht nur zum Bürgen des Westbürgers, sondern auch zur Geisel des ganzen Verfahrens: Ließ sich der Westler etwas zu Schulden kommen, konnte sein Gewährsmann dafür belangt werden.

War die Reise genehmigt, lag die Verantwortung für die Sicherheit der Republik vollends bei den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Seit den 1960er Jahren verfolgten die Tschekisten an der Westgrenze zwei große Ziele: erstens den westlichen Geheimdiensten und „kriminellen Elementen“ jede Möglichkeit zu nehmen, den Reiseverkehr für eine subversive Tätigkeit gegen die DDR auszunutzen und zweitens alle Möglichkeiten für die eigene Aufklärungsarbeit auszuschöpfen, kurzum: Informanten und Agenten anzuwerben.

Angriffe von „Feinden“ wurden gemäß der politischen Doktrin und dem manichäischen Weltbild des MfS stets von beiden Seiten der Befestigung erwartet. Gerade an den Übergängen galt, dass der Feind vom Westen wie vom Osten anrücken konnte. Die Stasi-Soldaten verteidigten sozusagen rundum, vorwärts wie rückwärts. Wer an einer Passierstelle wie etwa Marienborn einreisen wollte, musste, nachdem sein Fahrzeug die Station des Bundesgrenzschutzes hinter sich gelassen und den Boden der DDR erreicht hatte, zunächst eine Strecke auf Ost-Territorium weiterfahren. Nach der Bewältigung dieses taktischen Zwischenraumes wurde sein Wagen von der Autobahn heruntergeleitet; jetzt hatte er die zahlreichen Posten und Punkte der GÜST anzufahren. Bevor der Einreisepotent jedoch am ersten Schlagbaum ankam,

war er längst von „Kräften zur Absicherung des Hinterlandes“, postiert hinter „Fernbeobachtungsanlagen“, ins Visier genommen worden. Präzisionsfernrohre und Kameras waren stets auf ihn gerichtet, jede seiner Bewegungen wurde registriert.

Ausgestattet mit dem maschinell erstellten Antrag auf ein Visum, der so genannten Ein- und der Ausreisekarte, der Zählkarte und einer Erklärung für die Zollverwaltung der DDR, einem Packen von Kleinformaten, näherte sich der Reisende der Transferanlage – freilich immer „nur auf Aufforderung“. Die erste Absperrung des weitläufigen Areals war bei der Vorfeldkontrolle zu überwinden. Hier begann eine langwierige Prozedur, die Mustering des Antragstellers und seiner Mitreisenden. Auf gar keinen Fall, so interne Anweisungen, sollten Verdächtige jetzt schon enttarnt werden. „Abweichendes Verhalten“ war vorab nur zu beobachten und zu notieren. Bei Verdacht wurde der Berechtigungsschein zum Empfang des Visums „konspirativ“ markiert, sodass die nachfolgenden Kontrolleure vorzeitig gewarnt waren.

Weiter ging es zur „Vorkontrolle Einreise“. Hier begann die erste von zwei Kontrolllinien – die Passkontrolllinie. Zum ersten Mal wurden die Reisedokumente einer Sichtung unterzogen. Wer offensichtlich nicht zur Einreise berechtigt war, wurde hier abgewiesen. Nach der Vorkontrolle gab es kein Zurück mehr, sie war für den Ankommenden nicht nur der *point of no return*, sondern auch ein Punkt, von dem aus er keine selbständigen Schritte mehr unternehmen durfte. Ein Verlassen der GÜST war fortan nicht mehr ohne aufwändige Formalitäten und Untersuchungen möglich. Ab sofort unterlag der Passant einem *militärischen* Prozedere.

Bei der Vorkontrolle ging es nicht allein darum, Gefahrenpotentiale auszuschalten. Der Vorkontrollleur sollte schon hier nach operativ interessanten Personen Ausschau halten, womöglich sogar schon erste Kontakte herstellen. Dieser Vorposten sollte für die Staatssicherheit interessante Personen unter einem „natürlichen“ Vorwand in ein belangloses, aber nicht bedeutungsloses Erstgespräch verwickeln, auf das eine spätere Unterhaltung aufbauen konnte. Nach dieser Inaugenscheinnahme folgte die Einweisung in eine Fahrspur zur weiteren Bearbeitung.

Der Wagen war nun vollends in das Laufband der Musterungsanlage eingetaktet, langsam ging die Fahrt weiter zum so genannten Außenposten der Passkontrolle. Hier wurden sämtliche Dokumente erstmals auf ihre Gültigkeit und Echtheit überprüft sowie die Anzahl der einreisenden Personen und die beantragte Dauer des Aufenthaltes festgestellt. Nach einem eingehenden Identitätscheck nahm man dem Einreisewilligen jetzt sämtliche Ausweisdokumente ab. Bis zur übernächsten Station wurde dem Ankömmling noch einmal seine Hilflosigkeit vorgeführt. Auf einem Fließband, in nummerierte Plastiktaschen verstaut, verschwanden seine Unterlagen nun in einer Baracke, die etwa dreißig Meter entfernt stand. Die Reisenden wurden im so genannten Stauraum vor der Passkontrolle selbstverständlich weiter beobachtet. Nicht selten verstummten nun alle Gespräche im Fahrzeuginneren.

Die Dokumente durchliefen die Blackbox einer eingehenden Musterung: Akribisch überprüften operative Fahnder die Papiere, das Kraftfahrzeug und die einreisenden Personen. Hier kamen die in Lehrgängen eingeübten Fähigkeiten zum Tragen. Die Reisenden wurden genauestens ins Visier genommen: Zeigte „die Person“ Auffälligkeiten in ihrem Verhalten? Wurde sie nervös, kam es zu einem Schweißausbruch, zuckten die Augenlider, zitterten die Hände, hatte sie nach dem Aussteigen einen zögernden Gang, versuchte sie die Örtlichkeiten in Augenschein zu nehmen? Bemühte sie sich womöglich, die Aufmerksamkeit der Kontrollkräfte auf andere Dinge zu lenken? Oder täuschte sie ein übersteigertes Selbstbewusstsein vor, trat sie zu forsich auf? Versuchte sie sogar, eine „fortschrittliche“, mithin eine prosozialistische Einstellung vorzuspiegeln?

Katalogisiert fanden sich hier „dringend“ und „mittelbar“ Tatverdächtige, aber auch bestimmte Berufsgruppen, Herkunfts- und Wohnorte. Per Hand durchsuchten die Fahnder ihre immer schon veralteten Datensätze, um gefährlichen Angreifern auf die Schliche zu kommen. Doch lohnte sich ihre Arbeit, allein im vorletzten Jahr der DDR konnten sie eine halbe Million Verdachtsfälle mit entsprechenden „Nachfolgehändlungen“ vermeiden. Mithilfe der nur wenige Monate später im Probelauf eingeführten Computer wären diese Männer im Hinterzimmer sicherlich zu

noch höheren Erfolgsbilanzen gelangt, mit einem geplanten Gesamtspeichervolumen von vier Megabyte hätten sie die Verbrechenregister nahezu grenzenlos erweitern können.

Einreisekarten von operativ interessanten Personen, von Westdeutschen also, die man „abzuschöpfen“ oder gar zu einer künftigen Zusammenarbeit zu bewegen gedachte, kamen in eine gesonderte Ablage. Für diesen kleinen Kreis mussten geeignete Anlässe zu einer intimen Befragung gefunden werden. Wann immer bis dahin aber Ungereimtheiten auftraten, wann immer der Antragsteller womöglich einen Fehler beging, bei jedwem Verdacht seitens der zuständigen Organe hatten die Reisenden die „Verbringung“ in den operativen Befragungsraum zu gewärtigen. Dort nahm sich der Zugführer der zuständigen Passkontrolleinheit der Verdächtigen an, Vernehmungen wurden hier durchgeführt. Jeder aufgedeckte „Abfertigungsfehler“ der Kontrolleure erforderte eine telefonische Vorausmeldung und ein Fernschreiben an die Berliner Zentrale, es folgte eine umfangreiche Untersuchung des Vorfalls. An der Grenze avancierten kleinste Versäumnisse zu Kardinalfehlern.

Im Fall einer positiven Entscheidung wurden Pässe und Karten jetzt vervollständigt und abgestempelt, die Erteilung eines Visums wurde bestätigt. Die letzte Station der Linie Passkontrolle war deren Außenposten: In einer kleinen Kammer sitzend, winkte dieser das inzwischen wieder voll besetzte Kraftfahrzeug heran, überprüfte erneut das gesamte Schriftgut auf Vollständigkeit und reichte schließlich die frisch gestempelten Unterlagen ins Auto.

Nun folgte die zweite Untersuchungstranche, die Zollkontrolllinie, jetzt nahm der Musterungsprozess handfeste Züge an. In einem überdachten Bereich fand die Untersuchung des Kraftfahrzeugs, des Gepäcks und der Reisenden statt. Alle Insassen hatten den Wagen zu verlassen, der nun einer eingehenden Inspektion unterzogen wurde: Motorhaube und Kofferraum waren zu öffnen, die Unterseite des Wagens wurde mit fahrbaren Spiegeln untersucht, die Rückbank teilweise ausgebaut, der Tankverschluss geöffnet. Für die Bearbeitung des Gepäcks standen Tische bereit. Fanden die Zollkontrolleure auf den Einreisekar-

ten oder gar im Pass Markierungen ihrer Kollegen, begannen sie mit intensiven Durchsuchungen, möglichst diskret, denn noch immer sollten eventuelle Verdachtsmomente geheim gehalten werden. Vielleicht ergab sich noch die Möglichkeit, diese geheimdienstlich zu bewerten.

Freilich: Die Tschekisten konnten und wollten sich nicht auf das psychologische Gespür einzelner Mitarbeiter verlassen, wenn es um den zuverlässigen Schutz des Staates vor äußeren und inneren Feinden ging. Im Rahmen wettbewerblicher Rationalisierungsanstrengungen setzten sie in gleicher Weise auf technische Innovationen – auf radioaktive Durchleuchtung etwa. Seit den 1970er Jahren suchten strahlenintensive Röntgengeräte an den GÜST nach Waffen, Giften, Suchtmitteln, Wertgegenständen, illegalen Waren sowie nach westlicher „Hetz- und Schundliteratur“.¹³

Dabei blieb es nicht beim Durchleuchten von Koffern und Gepäckstücken: Mit so genannten Großgepäckröntgengeräten ließen sich sorgsam verborgene Mitbringsel präzise ausmachen. Gammastrahlenkanonen waren seit Ende der 1970er Jahre in Marienborn, seit Anfang der 1980er Jahre in allen größeren GÜST zur Durchleuchtung von ganzen Fahrzeugen mitsamt den ahnungslosen Insassen im Einsatz. Signalisierte das Gerät ein Verdachtsmoment, zeigte es etwa versteckte Lebewesen an, wurde die Kontrolle manuell weitergeführt, das betreffende Auto aus dem Reisestrom herausgelöst und in einer speziellen Garage intensiv unter die Lupe genommen. Der Einsatz dieser Technik bedeutete neben der womöglich fehlerfreien Verbrechenaufdeckung, dass man, um Täter im Sinne der Rechtsordnung der DDR aufzuspüren, auch unbeteiligte Reisende regelmäßig radioaktiven Strahlen aussetzte.

Die Untersuchungen an den Grenzübergangsstellen waren bis Ende der 1980er Jahre zu einer militärischen Operation gegen einen eindringenden Feind „vervollkommnet“ wor-

¹³ Erprobungen radioaktiver Markierungsmittel am Grenzübergang gab es bereits Mitte der 1960er Jahre: vgl. Bericht zu den auf dem KPP Bornholmer Str. durchgeführten Versuchen der Anwendung radioaktiver Markierungsmittel vom 26. 7. 1965, Bl. 8–48, BStU, MfS-HA VIII, 2131.

den. Der *Eingeladene* wurde als *Eindringling* behandelt, als ein notwendiges Übel, dessen Wege und Pfade genauestens vorgegeben und vorgeschrieben werden mussten. Die Passanten gerieten zu Objekten eines demütigenden Räderwerkes – dessen Gesetze und Gefahren sie niemals ganz durchschauen konnten und sollten. Der Grenzübertritt, obschon in bilateralen Vertragswerken verankert, blieb stets ein prekärer Akt. Man konnte nie genau wissen, ob man nicht gerade einen Fehler beging, eine sichtbare oder unsichtbare Linie überschritt; stets schwebte ein uneinschätzbare Damoklesschwert über den Passagieren. Jederzeit schienen die Grenzposten Alarm schlagen zu können: Sirenen, Schlagbäume, mobile Sperrbalken, Zäune mit Rundumleuchten und Mauern machten dann auch diese Furt, die zum Fort ausgebaut war, unüberwindbar.

Das lag nicht allein daran, dass das System GÜST Teil einer militärischen Frontstellung war, sondern auch daran, dass dieses System als integraler Bestandteil des Repressionsapparates der DDR begriffen wurde. Auch wenn die Grenzpassage in den Erinnerungen der Zeitgenossen bisweilen als ein vergleichsweise harmloses Abenteuer daherkommt, aus dem man in der Regel heil in die Routinen des Alltags zurückkehrte, kam es immer wieder zu Vorfällen, bei denen am Ende keine unversehrte Rückkehr erfolgte.

Berlin-Friedrichstraße

Am 14. Juli 1971 erschien gegen 22.40 Uhr der West-Berliner Bürger Klaus W. am Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße in Berlin.¹⁴ Der angetrunkene Mann erklärte dem zuständigen Posten, dass er seine Mutter im Ostteil der Stadt besuchen wolle. Nach seiner Einreiseerlaubnis befragt, zeigte er lediglich den Personalausweis vor. Als er sah, dass der Kontrollbeamte begann, in der Fahndungskartei zu blättern, geriet er in Panik und suchte das Weite. Ein bewaffneter Posten setzte zur Verfolgung an, holte ihn ein und nahm ihn in Gewahrsam. Der Bahnhof Friedrichstraße war in Gänze ein Hoheitsgebiet, das von der DDR beansprucht wurde. Der Verdächtige wurde für weitere Verhöre in die

¹⁴ Vgl. zum gesamten Fall: BStU, MfS-AS 754/70, Bd. XV, Nr. 1 und 2.

Treptower Polizeidienststelle verbracht und der zuständige Ost-Berliner Staatsanwalt informiert. Dieser scheute jedoch den nächtlichen Weg in die Untersuchungshaftanstalt, also brachte man Klaus W. über Nacht in einer Arrestzelle unter.

Am nächsten Morgen, dem Verdächtigen wurden gerade die Fingerabdrücke genommen, sprang er unvermittelt auf und stürzte sich kopfüber durch das geschlossene Fenster aus dem zweiten Stockwerk in den Tod. Die tragische Grenzpassage führte zu umfangreichen internen Untersuchungen, wobei es den Ermittlern nicht darum ging, aufzuklären, ob ihre Kollegen womöglich für den Vorfall mitverantwortlich zu machen waren. Vielmehr trachteten sie danach, die Angelegenheit ohne öffentliches Aufheben zu den Akten zu legen. Es stellte sich heraus, dass Klaus W. wenige Wochen nach dem Mauerbau in den Westen geflohen war und seine Mutter und sein Bruder immer noch im Ostteil der Stadt wohnten. Die Ermittler der Staatssicherheit werteten den Sprung aus dem zweiten Stockwerk als weiteren Fluchtversuch. Für eine Selbsttötung fand sich ihrer Meinung nach kein Hinweis.

Einen Tag nach dem Zwischenfall entstand ein erster Untersuchungsbericht, der zu ganz anderen Schlüssen kam: Klaus W. habe am Abend des Grenzübertritts betrunken, verwaorlost und deprimiert gewirkt, ein Suizid sei höchst wahrscheinlich. Zeitgleich begann man, sämtliche beteiligte Personen mitsamt ihren Angehörigen einer operativen Kontrolle zu unterziehen. Vor allem begann die „geheimdienstliche Aufklärung“ der Mutter sowie weiterer Verwandter, keiner von ihnen war bisher unterrichtet worden. Über eine Benachrichtigung, über die Erarbeitung einer Legende des Vorfalles sowie über die Einzelheiten einer Einäscherung wollte man erst entscheiden, wenn eventuelle Reaktionen der West-Presse bekannt würden. Aber die Feindblätter blieben ruhig.

Am 23. Juli 1971, eine Woche nach dem Tod von Klaus W., wurde die Mutter zum Generalstaatsanwalt beordert. Die sterblichen Überreste ihres Sohnes waren zu diesem Zeitpunkt bereits eingäschert. Die Frau wurde zunächst peinlich befragt, man führte den angeblich liederlichen Lebenswandel ihres Sohnes vor, erwähnte seine Spielsucht. Der Mutter blieb

kaum eine andere Wahl, als sich zu distanzieren. Erst gegen Ende des Gesprächs erklärte man ihr, dass ihr Sohn Selbstmord begangen habe. Über den verhinderten Besuch in Ost-Berlin verlor man kein Wort. Als die Mutter bat, einen Freund informieren zu dürfen, zeigte sich der Ermittler alarmiert. Er hielt ihr drastisch die „Konsequenzen“ vor Augen: Eventuelle Gläubiger könnten sich an sie wenden, um eventuell hinterlassene Schulden von ihr einzutreiben. Die verängstigte Frau zeitigte nun die erwünschte Reaktion: „Hierauf erklärte sie eindeutig, dass auch wir keiner Person Mitteilung machen sollen“, vermerkt das Protokoll. Die Mutter erhielt einen amtlichen Totenschein, in dem als Sterbeort ihres Sohnes zweideutig „Berlin“ angegeben war.

Der Vorfall verweist auf exemplarische wie tragische Weise auf die unübersehbaren Folgen, die Grenzübertritte nach sich ziehen konnten. Die Führung der DDR und ihre Sicherheitsexperten verstanden die GÜST als Brückenköpfe, die weit in die gesellschaftlichen Strukturen hineinragten. Selbst wenn die meisten Passagen nicht annähernd so dramatisch verliefen wie im vorgeführten Fall, so hatten sie doch etwas gemeinsam: ein bereits in den 1940er Jahren angelegtes, engmaschiges Geflecht willfähriger Kontrollbevollmächtigter. Hier arbeiteten das Ministerium für Staatssicherheit, die Grenzpolizei, die Transport- und Volkspolizei Hand in Hand mit so genannten „gesellschaftlich aktiven Kräften“, mithin gewöhnlichen Bürgern, die sich nur allzu bereit zeigten, bei Personenüberprüfungen sowie beim Aufspüren von „Unterschlupfpunkten“ behilflich zu sein. Der Vorgang an der Friedrichstraße hatte im Nachgang zu Dutzenden peinlichen Überprüfungen von unmittelbar und mittelbar beteiligten Personen und deren Angehörigen geführt. Eine reine Vorsichtsmaßnahme, argumentierten die Schützer des Sozialismus, schließlich wolle man in dieser Sache ja keine unliebsame Publizität riskieren.

„Perspektivische Entwicklung von Grenzsicherungsanlagen“

Die rationalisierte Grenzabfertigung der späten 1980er Jahre forderte von allen Akteuren einen enormen Aufwand an Raum und Zeit. Die geschilderten Operationen bildeten einen langen und langwierigen, zeitintensiven Weg

ab: Wer in die DDR einreisen und wer sie wieder verlassen durfte, wurde mitunter viele Stunden lang in schäbigen Baracken und in zugigen Halbhallen festgehalten. Spätestens bei der eingehenden Untersuchung durch die Zollkontrolleure trat meist beklemmende Stille ein: Zuweilen waren nur die Kommandos der Offiziere und das Pfeifen der Hallenvögel zu vernehmen.

Hier, an diesem Ort, kam die Dynamik westlichen Lebens zu einem unfreiwilligen Stillstand: Diese Art von Schleusung benötigte Zeit – und wer das Transfergelände nach der Prozedur verließ, fand sich in einem anderen Raum, in einem anderen Deutschland, in einem anderen politischen und gesellschaftlichen System mit einer gänzlich anderen Zeitordnung wieder, ein weiter Weg von Deutschland nach Deutschland.

Insofern wies der erzwungene Aufenthalt zwischen den Welten aus psychischer Perspektive eine gewisse Ambivalenz auf: Der Druck in der Schleuse wurde von West- wie von Ostbürgern als unangenehm und unberechenbar empfunden; ein solch markanter und markiger Übergang bereitete aber auch das Eintauchen in grundverschiedene Alltagsgegebenheiten vor. Diese Übergänge verwiesen unmissverständlich auf das Aufeinandertreffen zweier Welten. Dem Weltverständnis der Ost-Berliner Parteipatriarchen zufolge konnte es auch im letzten Jahrzehnt der DDR nur Freund oder Feind geben – *tertium non datur*.

Die DDR-Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik glichen nicht einem fulminanten, vielversprechenden Portal, das die Errungenschaften der Neuen Zeit feierte und vorführte, sondern einer martialisch gesicherten Hintertür. Die Anmutung dieser Schleuse war diejenige des Dienstboteneingangs. Die ideologische Rigidität der Staats- und Parteioberen fand hier ihre perfekte Form – in einer weit ins Land hineinreichenden Überwachungs- und Repressionspraxis.

Dazu passt, dass die SED-Führung Ende der 1980er Jahre längst keine politischen Visionen mehr anzubieten hatte, aber Visionen für eine „Grenze 2000“ entwickeln ließ. Im März 1989, nur Monate, bevor DDR-Bürgerinnen und -Bürger in Scharen über Ungarn ihre Heimat verließen, offenbarte der Leiter

der Abteilung „Perspektivische Entwicklung von Grenzsicherungsanlagen“ seine langfristigen Vorstellungen: „Der Grenzübergang muss zunehmend besser mit dem Gesamtbild der wachsenden Attraktivität unserer sozialistischen DDR in Einklang gebracht werden.“¹⁵ Mit Blick auf das näher rückende Jahr 2000 sollten die Landschaften an der Staatsgrenze der DDR „erblühen“. Infrarotschranken, Funkstrahlsignalgeber, Vibrationsmelder, Funkmessaufklärungsgeräte und elektrische Übersteigsicherungen sollten die Zukunft der perfektionierten Sicherheit einläuten. Hightech sollte die in die Jahre gekommenen Anlagen ersetzen – die Grenze zur wohlfeilen Visitenkarte des Sozialismus mutieren. Intelligente Computer würden sorgfältiger denn je zuvor Freunde und Feinde filtern.¹⁶

Ende Oktober 1989, die Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum der Republik waren abgeklungen, erhielt der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generalleutnant Gerhard Neiber, zum Dank für seine Unterstützung eine Urkunde zugesandt. Zu diesem Zeitpunkt gingen an der Übergangsstelle Drewitz die ersten Fahndungscomputer ans Netz. Dem Ehrendokument war ein druckfrisches, maschinell erstelltes Dauervisum für die Bundesrepublik beigelegt. Nur wenige Tage später brauchte es einen solch privilegiierenden Ausweis nicht mehr, die Schleusen gen Westen hatten sich auf Druck der Bürgerinnen und Bürger weit geöffnet. Hilflos mussten Politiker und Stasi-Leute mit ansehen, wie ihre Festung im Strom der Oktoberereignisse unterging und im Strom der Menschen seine ursprüngliche Bestimmung vollständig verlor.

Mit Blick auf das stetig ansteigende Verkehrsaufkommen hatte der Minister für Staatssicherheit schon Mitte der 1970er Jahre gewarnt: Es entspreche der Grundkonzeption

des Feindes, wenn er sich das Ziel stelle, die Grenze durchlässig zu machen. Ausgangspunkt sei seine langfristig angelegte Strategie eines „Wandels durch Annäherung“. Der Gegner verfolge das Ziel, durch Aufweichung und Zersetzung des Bewusstseins der Bürger in den sozialistischen Staaten eine innere Wandlung zu erreichen, um schließlich die sozialistische Gesellschaft zu liquidieren. Tatsächlich behielt er mit seinen Befürchtungen Recht. Im letzten Jahr der DDR, bevor sich die Grenzübergangsstellen wieder in Übergänge im Wortsinne verwandelten, hatten sechs Millionen Ostdeutsche und sieben Millionen Bundesbürger die Hemmnisse der Schleuse überwunden.

Während die Politik mit Recht die Ost-West-Entspannung der 1970er Jahre feiern konnte, hatte der Grenzkrieg weiter getobt. Ein beträchtlicher Teil dieses Krieges fand an den Übergangsstellen statt, wo die Parteisoldaten täglich ihre Feinde der Musterungsmaschine unterzogen: zivile West- und Ostbürger, die mit Taschen und Koffern voller Kaffee und Schokolade bewaffnet waren.

Einige wenige von ihnen mögen in dieser Schleuse an Heinrich Heine („Deutschland – ein Wintermärchen“, Caput II) gedacht haben, der auf dem Weg von Deutschland nach Deutschland den Grenzern, den „preußischen Douaniers“, dereinst zugerufen hatte: „Ihr Toren, die ihr im Koffer sucht! Hier werdet ihr nichts entdecken! Die Konterbande, die mit mir reist, die hab ich im Kopfe stecken.“

¹⁵ Aktennotiz des Leiters der Abteilung Perspektivische Entwicklung von Grenzsicherungsanlagen vom 29. 3. 1989, Bl. 131, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), AZN 17791.

¹⁶ Nur zwei Wochen nach Öffnung der Staatsgrenze legte der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung einen abschließenden Vorschlag zur Gestaltung der „Grenze 2000“ vor, vgl. Vorschlag des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Grenztruppen vom 23. 11. 1989, BA-MA, AZN 17797.

Daniela Münkel

Die DDR im Blick der Stasi 1989

Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, haben wir gemeldet. Wir haben die ganzen Schwierigkeiten aufgezeigt, die entstehen mit der Republikflucht, mit dem Verlassen der Republik. Wir haben aufgezeigt, wie viele Ärzte die Republik verlassen, haben aufgezeigt, wie viele Lehrer die Republik ver-

lassen. Wir haben, Genossen, ich weiß nicht, soll ich hier die Wahrheit sagen oder nicht, berichtet über diese ganzen Fragen. Wir haben Vorschläge gemacht an die Stelle, der ich verpflichtet bin als Minister für Staatssicherheit zu berichten, an die betreffenden Genossen, die ein bestimmtes Ar-

beitsgebiet haben. Die haben die Fragen bekommen, für die sie zuständig sind (. . .). Wir haben auf vieles aufmerksam gemacht (. . .). Das Einzige ist, dass vieles, was wir gemeldet haben, nicht immer berücksichtigt wurde und nicht eingeschätzt wurde.“¹

Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, gab in seiner berühmt gewordenen Rede vor der Volkskammer am 13. November 1989 nicht nur über das Berichtswesen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Auskunft, sondern brachte auch seine (möglicherweise gespielte) Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass die Berichte sowie die vom MfS unterbreiteten Handlungsoptionen von Erich Honecker und den anderen Mitgliedern der politischen Führung zu oft ignoriert worden seien.

Honecker dagegen bemühte sich, den Wert der Stasi-Berichterstattung nachträglich klein

zu reden. Er verstieg sich nur wenige Monate nach seiner Entmachtung zu folgender Aussage: „Ich möchte sagen, dass ich fast alle Informationen des MfS gelesen habe. Da möchte ich sagen, dass die Berichte vom MfS, soweit sie nicht also von der geheimen Front stammten, doch mir erschienen als eine Zusammenfassung der Veröffentlichungen der westlichen Presse über die Deutsche Demokratische Republik. Und ich selbst habe auch diesen Berichten wenig Beachtung geschenkt.“² Wie viel Beachtung Honecker den Berichten tatsächlich geschenkt hat, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Tatsache ist jedoch, dass ihm zahlreiche Berichte vom MfS vorgelegt wurden und er seine Kenntnisnahme mit seiner Paraphe bestätigte.

Nach einem kurzen Abriss der Entwicklung des MfS-Berichtswesens sollen im Folgenden die „Informationen“ des Jahres 1989 betrachtet werden, in denen sich die finale Krise der DDR spiegelt. Worüber informierte die Staatssicherheit die politische Führung? Welche Ursachen für die krisenhafte Entwicklung identifizierte sie? Ist eine Rezeption der Berichte durch die Parteiführung erkennbar? Angesichts des begrenzten Raumes können diese Fragen nur schlaglichtartig beleuchtet werden – die zu treffenden Schlussfolgerungen basieren jedoch auf einer breiten Materialbasis, die über den hier beleuchteten Berichtsjahrgang hinausgeht.

Das Berichtswesen der Staatssicherheit

Eine Konsequenz des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 war die Schaffung eines detaillierten nachrichtendienstlichen Berichtssystems, das die Partei- und Staatsführung über

Unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi“ erscheint von diesem Jahr an die Edition der geheimen Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit an die SED-Führung, hrsg. von Daniela Münkel im Auftrag der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Göttingen 2009 ff. Als erster Band erscheint im Sommer 2009 der Jahrgang 1976, bearbeitet von Siegfried Suckut; es folgt der Jahrgang 1988, bearbeitet von Frank Joestel.

¹ Redebeitrag von Erich Mielke während der Sitzung der Volkskammer am 13. 11. 1989; in: Volkskammer-Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 262f., hier: S. 263.

² Reinhold Andert, Wir sind überall. Auskünfte Erich Honeckers. CD, Berlin 2005.

die sicherheitspolitische Lage in der DDR informieren sollte. Das Berichtswesen der DDR-Staatssicherheit unterlag zwischen 1953 und 1989 mannigfaltigen Veränderungen: Dies gilt für den Aufbau und den Charakter der Berichte ebenso wie für den organisatorischen Rahmen ihrer Entstehung.¹³ Die Berichte, die 36 Jahre lang in unterschiedlichen Formen und Frequenzen angefertigt wurden, offenbaren den spezifischen Blick des MfS auf und in die DDR: Hinweise auf vermeintliches oder wirkliches oppositionelles Verhalten sind dort ebenso zu finden wie Ausführungen über die Problemlagen in Wirtschaft und Versorgung sowie Statistiken zum Devisenumtausch, zu Ausreise- und Fluchtfällen. Scheinbar Triviales steht neben den größeren und kleineren „Schwierigkeiten“, die sich bei der Etablierung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft und dem Aufbau des real existierenden Sozialismus ergaben. Es entfaltet sich ein breitgefächertes Spektrum, eine Art Tiefenbohrung in die DDR-Gesellschaft, geprägt von einer geheimdienstlichen Sicht, die vor allem darauf bedacht war, politisch abweichendes Verhalten und sicherheitsrelevante Probleme aufzudecken und zu neutralisieren.

Der Wert dieser Berichte als historischer Quelle ist ambivalent. Die unterschiedlichen Schwerpunkte, welche die Staatssicherheit in ihrer Berichterstattung über die Jahrzehnte hinweg setzte, spiegeln in komprimierter Form objektive Problemlagen von Gesellschaft, Politik und Ökonomie wider. Gleichzeitig offenbaren sie aber einen spezifischen Tunnelblick und ideologisch bedingte Wahrnehmungsverzerrungen. Insofern sind diese Berichte auch als Zeugnisse einer politisch-ideologischen Selbstvergewisserung zu verstehen. All dies schmälert nicht ihren Wert, muss aber bei der Interpretation berücksichtigt werden.¹⁴

¹³ Zu Veränderungen von Aufbau und Struktur der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. ausführlich Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (BStU, MfS Handbuch), Berlin 2009.

¹⁴ Zum Quellenwert von MfS-Unterlagen allgemein vgl. Roger Engelmann, Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Klaus-Dietmar Henke/ders. (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 23–55. Zu

Bei den geheimen Berichten der Staatssicherheit an die SED-Führung handelt es sich – mit Ausnahme der Jahre bis 1957 – in erster Linie nicht um allgemeine Stimmungs- und Lageberichte. Beim Gros der Texte geht es um Meldungen von Einzelvorkommnissen, den so genannten „Informationen“. Die Stasi professionalisierte im Laufe der Jahrzehnte ihr Informationssystem, was der empirischen und analytischen Qualität der Berichte zugute kam.

Rezeption der ZAIG-Berichte

Im Jahr 1989 fertigte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS 239 Inlandsberichte („Informationen“) für die Staats- und Parteiführung der DDR an.¹⁵ Ab Mitte November 1989 erfolgte dies unter der neuen Bezeichnung „Amt für nationale Sicherheit“, vier Wochen später unter dem Label „Verfassungsschutz der DDR“. Darüber hinaus wurden bis zum 24. November 1989 zu unterschiedlichen Anlässen 21 Berichte über die Stimmungslage in der Bevölkerung verfasst, die vor allem zum internen Gebrauch für die oberste MfS-Führungsriege – den Minister, seine Stellvertreter sowie einzelne Hauptabteilungsleiter – bestimmt waren. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Laufe des Jahres 1989 wurden diese Stimmungsberichte in einigen Fällen auch dem jeweiligen SED-Chef zur Kenntnis gegeben.

Erich Honecker erhielt 1989 bis zu seiner Entmachtung im Oktober 50 Inlandsberichte der ZAIG zur Kenntnis. Von den Stimmungsberichten wurde ihm lediglich einer über die „Reaktion der Bevölkerung“ auf das „Neue Forum“ vom 13. Oktober 1989 vorgelegt.¹⁶ Durch handschriftliche Vermerke auf den Berichten lässt sich feststellen, dass Honecker

den ZAIG-Berichten allgemein vgl. Jens Gieseke, Annäherungen und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, in: ders. (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 79–98.

¹⁵ In Auszügen sind diese Berichte – unkommentiert – bereits am 16. 3. 1990 von Stefan Wolle und Armin Mitter herausgegeben worden. Damals war das Interesse der DDR-Bevölkerung an dieser Quelle enorm – insgesamt wurden 250 000 Exemplare verkauft. Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS, Januar–November 1989, Berlin 1990.

¹⁶ Vgl. Bericht O/229 vom 13. 10. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4260.

die ihm zugänglich gemachten „Informationen“ zur Kenntnis genommen hat. Die meisten der von der ZAIG im Jahr 1989 verfassten „Informationen“ (94) wurden an Egon Krenz – zunächst in seiner Funktion als ZK-Sekretär (u. a. für Sicherheitsfragen), dann als Generalsekretär der SED – weitergeleitet. Im Gegensatz zu Honecker bekam Krenz in seiner kurzen Amtszeit als erster Mann im Staate alle von der ZAIG verfassten Berichte zu Gesicht. Gleiches gilt später für den DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow.

Ein Abgleich mit den Protokollen der Politbürositzungen des Jahres 1989 lässt nur einen einzigen unmittelbaren Bezug zur Stasi-Berichterstattung erkennen:¹⁷ So wurden Informationen über geplante Aktivitäten von Oppositionellen zur Kommunalwahl am 7. Mai 1989 im höchsten Parteigremium besprochen.¹⁸ In zahlreichen weiteren Fällen lässt sich jedoch immerhin ein indirekter Zusammenhang rekonstruieren: So wurden in der Stasi-Berichterstattung Themen, die im Politbüro bereits behandelt worden waren, im Nachhinein ausführlich bearbeitet sowie die Reaktion der Bevölkerung auf Politbürobeschlüsse bzw. deren Auswirkungen erörtert und analysiert. Wie kaum anders zu erwarten, lagen im Jahr 1989 die Schwerpunkte auf den Themen Opposition, Kirche, Ausreise sowie ab Oktober auf den politischen Umwälzungen. Hinzu kam die direkte Unterrichtung Honeckers durch Mielke in Vieraugengesprächen. Solche Gespräche haben später auch zwischen Krenz bzw. Modrow und dem neuen Chef des nun so genannten „Amtes für nationale Sicherheit“, Wolfgang Schwantz, stattgefunden.

¹⁷ Die geringe Anzahl direkt nachweisbarer Bezüge zu einzelnen ZAIG-Berichten in den Sitzungen des Politbüros ist kein Spezifikum des Jahres 1989: So sind für das Jahr 1988 gerade einmal vier direkte Bezugnahmen nachzuweisen. Diese beziehen sich auf Opposition, Ausreise und Kirche bzw. das Verhältnis von Staat und Kirche. Im Jahr 1976 ist sogar nur ein direkter Bezug zu rekonstruieren. Hier handelte es sich um einen Fall von Umweltverschmutzung – durch Mängel bei den ortsansässigen Motorräderwerken war es zu massiven Verunreinigungen des Flusses Zschopau gekommen; vgl. Information 672/76 vom 27. 9. 1976, BStU, MfS, ZAIG 2569.

¹⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 9. 5. 1989, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/2–2328; Information 182/89 vom 21. 4. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3783.

Ohne dem Mythos von der „Allwissenheit und Allgegenwärtigkeit“ der Stasi in der DDR das Wort reden zu wollen, lässt sich schon allein aufgrund der ZAIG-Berichte nicht von der Hand weisen, dass die Staatssicherheit sehr präzise über die Situation in der DDR, die Stimmung der Bevölkerung, die expandierende Oppositions- bzw. Ausreisebewegung sowie die Dynamik der Entwicklung im Bilde war. Diese Informationen gingen jedenfalls weit über die – von Honecker ins Feld geführten – Veröffentlichungen der „Westmedien“ hinaus.

Im Vergleich zur früheren Informationspraxis weist die Stasi-Berichtstätigkeit von 1989 sowohl Kontinuitäten als auch Brüche auf. Überraschend sind zunächst die Kontinuitäten, die eine nicht mehr existente „Normalität“ suggerieren. Trotz innerer Auflösungserscheinungen und Umstrukturierungen des MfS sowie Problemen mit dem Netz Inoffizieller Mitarbeiter (IM) berichtete die ZAIG bzw. deren auf „Auswertungs- und Informationstätigkeit“ reduzierte Nachfolgeabteilung bis Ende Dezember 1989 kontinuierlich und teilweise in den eingefahrenen Bahnen weiter. Dies ging soweit, dass noch am 7. November 1989, zwei Tage vor dem Mauerfall, die quartalsmäßige Statistik zum „grenzüberschreitenden“ Verkehr vorgelegt wurde.¹⁹ Am 5. Dezember 1989 schließlich wurde eine „Information“ über die Besetzung von Bezirks- und Kreisämtern der Staatssicherheit in einem relativ sachlichen, fast schon unbeteiligten Ton verfasst: Am Vortag hätten sich „in mehreren Bezirken und Kreisen Kräfte von Bürgerbewegungen (...) Zutritt zu Dienstobjekten“ verschafft, „wobei die geordnete Dienstdurchführung erheblich beeinträchtigt wurde“.¹⁰

Jenseits dieser scheinbaren „Normalität“ in der Berichterstattung fallen einige Besonderheiten auf. So erhöhte sich die Berichtsfrequenz ab September 1989, im Oktober wurde sogar zeitweise mehrmals täglich berichtet. Die Themenschwerpunkte lagen bei den Kirchen (35 „Informationen“) und den neuen Oppositionsgruppen (57 „Informationen“).

¹⁹ Vgl. Information 499/89 vom 7. 11. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3728.

¹⁰ Information 519/89 vom 5. 12. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3815.

Fragen zu Problemen von Wirtschaft (sechs „Informationen“) und Umwelt (vier „Informationen“) treten demgegenüber und im Vergleich zu anderen Berichtsjahren stark in den Hintergrund.

Die Informationen, welche die Staatssicherheit verarbeitete, stammten aus offiziellen Informationsquellen, Berichten Inoffizieller Mitarbeiter oder Abhöraktionen. Darüber hinaus wurden auch Informationen aus „Westmedien“ ausgewertet. Formulierungen wie nach „streng internen Hinweisen“ oder „die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt“ deuten darauf hin, dass die entsprechenden Informationen durch IM oder mit anderen geheimdienstlichen Mitteln erworben worden sind. Bemerkenswert ist, dass der Staatssicherheit solche Informationsquellen noch bis zum Ende der Berichtstätigkeit zur Verfügung standen, obwohl das IM-Netz während des Herbstes 1989 besonders schnell erodierte.¹¹

Im ersten Halbjahr 1989 dominierten in den Berichten über die oppositionellen Bestrebungen die Kirchen sowie die Konflikte zwischen Kirchenleitung und Gemeinden, unter deren Dach sich immer mehr Menschen zusammenfanden, die ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verliehen. Die Staatssicherheit wusste nicht nur sehr genau, wer sich um traf und welche Personen die Wortführer waren, sie wusste auch um Strategien, Aktionen und Konflikte.

In der zweiten Jahreshälfte 1989, als die Oppositionsbewegung allmählich das Schutzdach der Kirchen verließ und den öffentlichen Raum eroberte, veränderten sich auch die Schwerpunkte in den „Informationen“ des MfS. Ein erstes wichtiges Ereignis war die Kommunalwahl am 7. Mai 1989.¹² Erstmals wurde öffentlich die Kandidatenaufstellung sowie die Durchführung der Wahl scharf kritisiert und eine Demokratisierung gefordert. Am Wahltag gingen Oppositionelle als Beobachter in zahlreiche Wahllokale und machten

¹¹ Vgl. dazu ausführlich Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999², S. 225 ff. u. 508 ff.

¹² Vgl. dazu ausführlich Hans-Michael Kloth, Vom „Zettelfalten“ zu freien Wahlen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000, S. 115 ff.

kurz darauf die Wahlfälschung öffentlich. Die Staatssicherheit berichtete in einer „Information“ vom 25. April 1989 über geplante Aktivitäten „feindlicher, oppositioneller Kräfte“ gegen die Kommunalwahl.¹³ Einen Tag nach der Wahl verfasste das MfS eine „Information“, welche „Vorkommnisse“ aus der gesamten DDR detailliert auflistete.¹⁴

Am 30. Mai 1989 legte die Staatssicherheit der Parteiführung einen langen Bericht über die diversen Oppositionsgruppen und deren führende Protagonisten vor. Zu diesem Zeitpunkt, so die zutreffende Einschätzung der Stasi, war die Opposition in der DDR noch relativ überschaubar: „Es ist einzuschätzen, dass die politischen, ideologischen und subversiven gegnerischen Einwirkungen sowie die von der aktuellen Lageentwicklung in einigen sozialistischen Ländern ausgehenden Einflüsse unter Teilen der Bevölkerung der DDR gewisse Wirkungen erzielen. Sie zeigen sich insbesondere im Vorhandensein (überschaubarer und unter staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle stehender) personeller Zusammenschlüsse, entsprechender Gruppierungen und Gruppen.“¹⁵

In den „Informationen“ der nächsten Monate spiegelt sich die Dynamik, welche die Oppositionsbewegung in der DDR entwickeln sollte. Bereits ab Juni ist mehrmals wöchentlich von Demonstrationen, Zusammenkünften, Flugblattaktionen und Ähnlichem die Rede. Auch als die Demonstrationen im Oktober einen Qualitätssprung vollzogen und das Machtmonopol der Partei in Frage stellten, berichtete die Stasi weiter – gleichsam routinemäßig – von Teilnehmerzahlen, Ablauf und Parolen, ohne den erfolgten Dammbbruch zu thematisieren.¹⁶

Ab September 1989 rückte die weitere organisatorische Entwicklung der Oppositions-

¹³ Vgl. Information 15/89 vom 25. 4. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3763. Hier wird über eine Veranstaltung vom 24. 4. 1989 im Gemeindezentrum „Heinrich Gruber“, Berlin-Höhenschönhausen, zur Kommunalwahl und den geplanten Aktionen seitens der Opposition berichtet.

¹⁴ Information 229/89 vom 8. 5. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3763.

¹⁵ Information 150/89 vom 30. 5. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3756.

¹⁶ Vgl. Information 452/89 vom 10. 10. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3748.

bewegung, speziell des „Neuen Forums“, in den Mittelpunkt des Interesses des MfS. Die Staatssicherheit war in jedem Stadium bestens über den Stand der Dinge informiert und berichtete darüber an die Partei- und Staatsführung. Am 17. Oktober 1989 hieß es beispielsweise: „Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen setzt sich der Prozess der DDR-weiten Propagierung und Formierung oppositioneller Sammlungsbewegungen weiter fort. (. . .) Streng internen Hinweisen zufolge halten die Führungskräfte des ‚Neuen Forums‘ an der Zielstellung fest, einen legalen Status zu erlangen. Durch die weitere Erhöhung der Mitgliederzahlen und die Schaffung funktionsfähiger Organisationsstrukturen soll der Staat vor vollendete Tatsachen gestellt werden.“¹⁷ Es folgte eine ausführliche Darlegung der geplanten Schritte des „Neuen Forums“.

Einen weiteren Brennpunkt bildete die Ausreisebewegung. Hier konzentrierte sich das MfS ab September 1989 nicht mehr nur darauf, die Tatsache einer massenhaften Ausreise von DDR-Bürgern zu konstatieren, sondern setzte sich nunmehr dezidiert mit den Gründen und vor allem den Folgen für die DDR auseinander.¹⁸ In „allen Bevölkerungskreisen“ sei die Meinung verbreitet, „dass man angesichts der ‚Massenflucht‘ von DDR-Bürgern, der hohen und offenbar weiter steigenden Anzahl von Antragstellungen auf ständige Ausreise und damit verbundenen Ausreisen und der Entwicklung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere unter Ausnutzung des Reiseverkehrs, Angst vor der Zukunft haben müsse. Es sei zu befürchten, dass sich dadurch die vorhandenen Probleme in der DDR weiter zuspitzen und es zu einer weiteren Verschlechterung der Stimmungslage der Bevölkerung komme.“¹⁹

Ein Novum in der Stasi-Berichterstattung nach der Entmachtung Honeckers war, dass die Kritik der Bürger an der politischen Füh-

rung und deren Handeln jetzt ganz ungeschminkt wiedergegeben wurde. So heißt es in einem Bericht vom 21. Oktober 1989, dass der Rücktritt von Honecker „als zu spät erfolgt bewertet“ werde und die „Wahl des Gen. Krenz als Generalsekretär“ in „beachtlichem Umfang“ auf „Ablehnung“ stoße.²⁰

Ursachenermittlung

Die Staatssicherheit versuchte in ihrer Berichterstattung auch den Ursachen für die Unzufriedenheit der breiten Masse der DDR-Bevölkerung, die Ausreisewelle und das Erstarken der Oppositionsbewegung auf den Grund zu gehen. Dabei sind zwei widersprüchliche Argumentationsebenen auszumachen: erstens eine ideologisch geprägte Deutung, welche die Entwicklung auf die subversive Beeinflussung durch den Westen zurückführte; zweitens eine relativ nüchterne Ursachenanalyse, welche die Gründe in grundlegenden Defiziten der DDR suchte. Hier ist ein qualitativer Unterschied zu den vorangegangenen Berichtsjahrgängen festzustellen. Gründe für Unzufriedenheit wurden zwar auch früher schon benannt, allerdings in der Regel nur auf einzelne, zeitlich oder sektoral begrenzte Problemkomplexe zurückgeführt.

Das erstgenannte Argumentationsmuster hat dagegen eine lange Tradition in der Staatssicherheit, es dominiert sowohl in den Berichten an die politische Führung als auch in der internen Informationstätigkeit. Ein typisches Beispiel für diese Deutung findet sich in der „Information“ vom 30. Mai 1989 über die „aktuelle“ Entwicklung der Oppositionsbewegung: „Seit Beginn der 80er Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen solcher Personen, die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen, führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen und Gruppen. (. . .) In der DDR akkreditierte Korrespondenten und Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen (darunter als Diplomaten abgedeckte Geheimdienstmitarbeiter) aus nicht sozialistischen Staaten, insbesondere aus der BRD, den USA und aus Großbritannien, nehmen in diesem Prozess einen maßgeblichen Stellen-

¹⁷ Information 459/89 vom 17. 10. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3801.

¹⁸ Beispielsweise werden in einer längeren „Information“ zur Ausreise von Ärzten und anderem qualifizierten medizinischen Personal vom 4. 9. 1989 neben persönlichen Gründen für die Ausreise die Mängel im Gesundheitssystem und der Gesundheitspolitik benannt; vgl. Information 395/89 vom 4. 9. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3794.

¹⁹ Bericht O/224 vom 13. 9. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4256.

²⁰ Bericht O/230 vom 21. 10. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4261.

wert ein. Sie inspirieren feindliche, oppositionelle Kräfte und personelle Zusammenschlüsse zu antisozialistischen Aktivitäten, gewähren ihnen fortlaufend Unterstützung und popularisieren diesbezügliche Handlungen mit dem Ziele, solche Personen und Zusammenschlüsse unter den Schutz der internationalen Öffentlichkeit zu stellen.“²¹

Letzteres ist zwar nicht von der Hand zu weisen, und die Bürgerrechtler nutzten die Medien der Bundesrepublik angesichts einer nicht vorhandenen pluralen und unabhängigen medialen Öffentlichkeit in der DDR nicht nur, um auf ihre Aktivitäten und Ziele aufmerksam zu machen, sondern auch, um sich vor staatlicher Repression zu schützen.²² Die DDR-Op-
position aber auf ein Produkt westlichen Einflusses zu reduzieren, wie es dem Konstrukt der „politisch-ideologischen Diversion“ entsprach, war in den späten 1980er Jahren teilweise selbst der Stasi zu einfach und wird von ihr durch Feststellungen konterkariert, die auch auf autochthone Faktoren verweisen. Auffällig ist dennoch, dass die Staatssicherheit ab September 1989, also in der Phase der beschleunigten Erosion des Regimes, wieder verstärkt in traditionelle Deutungsmuster zurückfällt.²³ Selbst nach dem Mauerfall sieht das „Amt für nationale Sicherheit“ noch überall Fernsteuerung durch den Westen.²⁴

Eine solche Sichtweise entsprach den Prä-
gungen der Leitungskader in MfS, Staatsapparat und SED, die in ihrer Mehrheit in der Hochzeit des Kalten Krieges politisch und beruflich sozialisiert worden waren.²⁵ Hinzu kamen die Beharrungskraft kommunistischer Glaubensgewissheiten und die Aktualisierung des auf den Juni-Aufstand 1953 zurückgehenden Traumas.²⁶ Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, warum die Benennung der politischen und gesellschaftlichen Ursachen

für die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung primär in der MfS-internen Berichterstattung zu finden ist. Offenbar erinnerte sich Mielke noch sehr genau an den Vorwurf Walter Ulbrichts von 1957, durch die Berichte der Staatssicherheit werde „die Hetze des Feindes legal verbreitet“,²⁷ und wollte auch Honecker keine allzu kritischen Darstellungen zumuten.

Entkleidet man die Lage- und Stimmungsberichte der gängigen berichtsinnaneren Floskeln, welche die Maßnahmen des SED-Regimes positiv bewerten,²⁸ ergibt sich eine erstaunlich treffende Analyse der Problemlagen der DDR-Gesellschaft: „Vor allem an der bedarfs-, sortiments- und qualitätsgerechten Bereitstellung von Waren, insbesondere von Konsumgütern und Ersatzteilen, wird die Leistungskraft der Volkswirtschaft gemessen. Sie wird immer mehr zum Kriterium für die Beurteilung der Attraktivität des Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus. (...) Den absoluten Schwerpunkt von Meinungsäußerungen zur Versorgungslage bildet das hinsichtlich des Umfangs, der Sortimentsbreite und Qualität als völlig unzureichend empfundene Warenangebot bei Konsumgütern, insbesondere bei Schlafraum-, Küchen-, Kinder- und Polstermöbeln, elektrischen Nähmaschinen, Tiefkühlchränken, Farbfernsehgeräten außer ‚Colortron‘, hochwertigen Rundfunkempfängern und Radiorecordern sowie modischer Damen- und Herrenkonfektion (...), Damen- und Herrenschuhen, Untertrikotagen für Damen, Herren und Kinder, Sortimenten 1000 kleine Dinge, Baustoffe und -materialien (...), kosmetischen Erzeugnissen, vor allem im Sortiment dekorativer Kosmetik (Lippenstift, Nagellack, Lidschatten) und bei Hautcremes, Ersatzteilen für technische Haushaltsgeräte (...) und Pkw.“²⁹

Auch im Zusammenhang mit der Ausreisewelle zeichnet das MfS im September 1989

²¹ Information 150/89 vom 30. 5. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3756.

²² Vgl. u. a. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 251.

²³ Vgl. Information 416/89 vom 19. 9. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3756.

²⁴ Vgl. u. a. Information 516/89 vom 30. 11. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3814; Information 518/89 vom 2. 12. 1989, BStU, MfS, ZAIG 3801.

²⁵ Vgl. dazu u. a. auch W. Süß (Anm. 11), S. 745.

²⁶ Vgl. Bericht O/226 vom 8. 10. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4257.

²⁷ Vgl. Roger Engelmann/Silke Schumann, *Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995), S. 341–378, hier: S. 357.

²⁸ Zum Aufbau und Sprachstil der Lage- und Stimmungsberichte des MfS vgl. Uta Stolle, *Traumhafte Quellen. Vom Nutzen der Stasi-Akten für die Geschichtsschreibung*, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997), S. 209–221.

²⁹ Bericht O/222 vom 6. 6. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4255.

ein recht schonungsloses Bild: „Die Vorzüge des Sozialismus, wie z. B. soziale Sicherheit und Geborgenheit, werden zwar anerkannt, im Vergleich mit auftretenden Problemen und Mängeln jedoch als nicht mehr entscheidende Faktoren angesehen. (...) Als wesentliche Gründe/Anlässe für Bestrebungen zur ständigen Ausreise bzw. des ungesetzlichen Verlassens der DDR (...) werden angeführt: Unzufriedenheit mit der Versorgungslage; Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen; Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung; eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland; unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf; Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter; Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie die Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern; Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.“³⁰

In internen Berichten ist ab September 1989 sogar grundlegende Kritik an der Partei wiedergegeben: Es „zeichne sich ein wachsender Vertrauensschwund zwischen Partei und Volk ab“, und es „werde an Problemen vorbeigeredet. Auf konkrete Fragen gebe es keine Antwort bzw. kritische Diskussionen würden mit dem Hinweis auf die Parteidisziplin ‚abgewürgt‘.“³¹

Fazit

Die Berichte der Staatssicherheit aus dem Jahr 1989 zeugen von einer guten Informationslage der Geheimpolizei in der finalen Phase der SED-Herrschaft. Die sich zunächst im engen Rahmen und dann auf breiter Basis formierende Oppositionsbewegung, die Ausreisewelle, die Kritik der Bevölkerung am SED-Regime und seinem Führungspersonal im Allgemeinen sowie an den Versorgungslücken im Konsum- und Arbeitsbereich im Speziellen sind ausführlich dokumentiert. Als

³⁰ Bericht O/225 vom 9. 9. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4256.

³¹ Bericht O/223 vom 22. 9. 1989, BStU, MfS, ZAIG 4256.

Reaktion auf die sich zuspitzende Situation im Land formulierte das MfS darüber hinaus Handlungsempfehlungen für die politische Führung, die auf eine Doppelstrategie hinausliefen: einerseits Fortführung und Verstärkung der bereits seit langem praktizierten Zersetzungs- und Manipulationstaktik gegenüber der politischen Opposition, andererseits Reduktion von Missständen und begrenzte Zugeständnisse zur Entschärfung der Lage.³²

Dies heißt allerdings nicht, dass daneben nicht ebenfalls Szenarien einer gewaltsamen Niederschlagung der aufkeimenden revolutionären Bewegung theoretisch durchgespielt wurden.³³ Letztlich wird deutlich, dass es dem MfS trotz der intimen Kenntnisse der Oppositionsbewegung und der weithin zutreffenden Analyse der Bevölkerungsstimmung nicht gelang, sich von ideologisch festgefahrenen Interpretationsmustern zu verabschieden.

Erich Mielkes Behauptung: „Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, haben wir gemeldet“ – kann als weitgehend zutreffend angesehen werden, ebenso seine Feststellung, „wir haben Vorschläge gemacht“. Das Unvermögen der politischen Führung der DDR, auf die eskalierenden Probleme angemessen zu reagieren, ist nicht auf eine falsche Informationspolitik der Geheimpolizei zurückzuführen, konnte dadurch aber auch nicht behoben werden. Spätestens im Sommer 1989 war die Entwicklung bereits so weit fortgeschritten, dass keine Handlungsalternative mehr geeignet war, die SED-Herrschaft zu stabilisieren.

³² Ilko-Sascha Kowalczyk interpretiert die Rolle Erich Mielkes zutreffend, aber anders als bisher: „Die Diskussions- und Entwicklungsprozesse seit 1987 zeigten, dass er [Erich Mielke, D.M.] eher für vorsichtige Wandlungen im System plädierte; unnachgiebig gegen Feinde und Gegner vorgehen, aber zugleich offensiv der Gesellschaft neue und attraktive politische Angebote unterbreiten.“ I.-S. Kowalczyk (Anm. 22), S. 477 f.

³³ Vgl. dazu ausführlich W. Süß (Anm. 11), S. 177 ff.

Markus Driftmann

Mythos Dresden: Symbolische Politik und deutsche Einheit

Die Inszenierung von Politik, also die genaue Kalkulation öffentlicher Auftritte, Forderungen, Parolen, Zeichen und Gesten mit Blick auf ihre politische Wirkung war auch im Herbst 1989 und im deutschen Vereinigungsprozess 1989/90 ein wichtiger, in der Literatur bislang noch nicht hinreichend gewürdigter Baustein der Bonner Deutschlandpolitik. Der Grund für diese mangelnde

Markus Driftmann

Dr. phil., geb. 1962; Politikwissenschaftler, Hamburg.
markus.driftmann@web.de

Aufmerksamkeit liegt in der Sache. Was dem distanzierten Beobachter als schlichter Ausdruck politischer Professionalität erscheint: die präzise Kalkulation öffentlicher Präsenz unter Bedingungen massenmedial vermittelter Kommunikation, das ist und bleibt für die politischen Akteure ein Tabu, dessen Offenlegung den Nimbus ihrer Authentizität und Spontaneität, mit dem sie zuvor gearbeitet hatten, gefährden würde. Und so setzt sich die ursprüngliche Inszenierung der Politik nicht selten in einer zweiten Inszenierung der Biografen, manchmal auch der Zeithistoriker fort.

In der Bonner Deutschlandpolitik sind politische Inszenierungen in erster Linie zwischen dem Mauerfall im November 1989 und der Volkskammerwahl in der DDR im März 1990 zu beobachten. Die zeitweilige Konjunktur dieses Instruments korrespondiert mit den Bedingungen einer direkten Einflussnahme auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR. Vor dem Mauerfall – das Damoklesschwert einer „chinesischen Lösung“ der im Sommer 1989 eskalierenden Konflikte in der DDR schwebte bedrohlich über den Akteuren – finden wir nur vorsichtige Adressen der Bundesregierung an die SED-Führung. Und schon ein halbes Jahr später – die neuen

Machtverhältnisse waren qua Volkskammerwahl abgesteckt – endete die Wende ins Öffentliche, und die spezifischen Konditionen der deutschen Vereinigung wurden in gewohnter Weise hinter verschlossenen Türen verhandelt. Dazwischen aber fand Revolution statt. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR kündigten jede Zustimmung zum SED-System auf, überwand den Repressionsmaschinerie, demokratisierten das politische Leben und wählten schließlich die Vereinigung mit der Bundesrepublik als Zukunftsperspektive ihres Gemeinwesens. Für die Bundesregierung wurde die sukzessive Entfaltung dieser *Macht der Verhältnisse* zu ihrem schlagkräftigsten innenpolitischen, innerdeutschen und vor allem auch außenpolitischen Argument – und sie versuchte, sie von Anfang an unter ihre Kontrolle zu bringen.

Damit begann die Stunde prägnanter, öffentlicher, medienvermittelter Ansprachen, mit der sich Bundeskanzler Helmut Kohl in Berlin nach dem Mauerfall, in Dresden vor der Frauenkirche und bei der Öffnung des Brandenburger Tores als *Kanzler aller Deutschen* in Szene zu setzen suchte. Anfang 1990 folgte die bewusste Vermeidung gemeinsamer Bilder mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, die ihren Höhepunkt in der für diplomatische Verhältnisse ungewohnt deutlich zur Schau gestellten Distanz gegenüber Modrow und auch den DDR-Bürgerrechtlern gegenüber beim zweiten innerdeutschen Gipfel in Bonn Mitte Februar 1990 fand. Bei allen Schritten galt es, die Willensbildung der DDR-Bürger über das Streben nach demokratischen Freiheiten hinauszuführen und auf das Einheitsziel hin zu bündeln.

Erfolgreiche Inszenierung: Dresden

Die politische Lage. Unmittelbar nach dem Mauerfall stand die DDR im Zeichen demokratischer Reformen. Dem neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow gelang es, den Großteil der reformorientierten Kräfte für das Ziel eines demokratischen Sozialismus zu gewinnen. Damit durchkreuzte Modrow, der für die Mehrheit der DDR-Bürger zum Hoffnungsträger auf eine bessere Zukunft avanciert war, die Bonner Erwartung, dass die ostdeutsche Selbstbestimmung zugleich zwingend eine Entscheidung für die Einheit sei. Die Reformkräfte, eben noch Verbündete

gegen die alte SED, wurden zu Konkurrenten um die Willensbildung in der DDR.

Außenpolitisch wiederholte sich diese Konstellation. Modrow bot Bonn eine enge Zusammenarbeit in Form einer deutsch-deutschen „Vertragsgemeinschaft“ an, was ihm, ließ dieses Modell doch die Nachkriegskonstellationen unangetastet, Sympathien in den europäischen Hauptstädten sicherte. Bonn reagierte umgehend mit dem Zehn-Punkte-Programm, das Modrows Vertragsgemeinschaft als Übergangslösung in einem Kontinuum zur Einheit umdefinierte. Damit waren die Positionen abgesteckt.

Um die Bildung einer neuen, positiven DDR-Identität um Modrows „Dritten Weg“ herum zu verhindern, weigerte sich das Kanzleramt beharrlich, den ostdeutschen Reformprozess vorbehaltlos zu unterstützen, geriet aber mit dieser Haltung unter steigenden innenpolitischen Legitimationsdruck, der schließlich in eine Koalitionskrise mündete. Außenminister Hans-Dietrich Genscher brachte die westdeutsche Kritik auf den Punkt: Niemand solle sich anmaßen, an die Stelle der alten Ost- nun eine neue Westbevormundung zu setzen – und damit gleichzeitig die demokratischen Reformen in der DDR zu gefährden.¹

Ende November 1989 begann die Stimmung in der DDR umzuschlagen. Unter dem Eindruck von Produktionskrise und Währungsverfall, der Veröffentlichung der realen Wirtschaftsdaten sowie täglich neu aufgedeckter Skandale, die auch den letzten Glauben an „sozialistische Werte“ zerstörten, kam es innerhalb weniger Tage zu einer Transformation der Bürgerbewegung. Die Bewegung „Wir sind das Volk“ spaltete sich: Während der eine Teil an einer eigenständigen Demokratisierung der DDR festhielt, verortete der andere unter der Losung „Wir sind ein Volk“ die Lösung aller Probleme in einer möglichst schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Ereignisse im Dezember 1989, von heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Polen geprägt, wurden zu einer Gratwanderung.² Modrow blieb dabei,

obwohl bereits geschwächt, der wichtigste Integrationsfaktor. Für Bonn war er der einzige Ansprechpartner eines Staates im freien Fall.

Die Aufgabe. Die Bundesregierung stand vor einer widersprüchlichen Aufgabe. Auf der einen Seite war der Zeitpunkt gekommen, dem Zerfall der DDR entgegenzuwirken und den ostdeutschen Staat durch eine Kooperation mit Modrow in ein ruhiges Zwischenstadium zu überführen, bis die internationalen Voraussetzungen für eine Vereinigung geschaffen waren. Auf der anderen Seite galt es, den Stimmungswandel in der DDR voranzutreiben, also eine dezidiert konfrontative Linie gegenüber den Vertretern eines „Dritten Weges“ fortzusetzen. Nicht zuletzt sollte damit der stillen Hoffnung in den europäischen Hauptstädten entgegengearbeitet werden, die Lage im Zentrum Europas könne auf Dauer ohne eine deutsche Wiedervereinigung stabilisiert werden. Kurzum: Ende 1989 war gegenüber Modrow eine zugleich kooperativ-freundschaftliche wie konfrontativ-konkurrierende Linie einzuschlagen. Die Bundesregierung löste diese Aufgabe beim Staatsbesuch Kohls in Dresden am 19./20. Dezember 1989 durch einen verblüffenden Politikmix: Die kooperativen Aspekte wurden *qua Substanz* – Verhandlungen über eine umfassende Zusammenarbeit – und die konkurrierenden *qua Symbol* – mittels öffentlicher Inszenierung einer massenmedial verbreiteten Definition der politischen Lage – verfolgt.

Die Vorbereitungen. In deutlichem Kontrast zu biografischen Darstellungen war der Auftritt des Bundeskanzlers vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche am Abend des 19. Dezember 1989 ein geplantes und sorgfältig vorbereitetes Angebot von Bild und Ton an rund 1500 sich in Dresden aufhaltende Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt. Die Vorbereitungen des Auftritts begannen bereits mit der Wahl des Verhandlungsortes. Das sächsische Dresden bot in Anbetracht des deutlichen Süd-Nord-Gefälles des Einheitswillens ein günstigeres Umfeld als das preußische Berlin, in dem Kohls Rede vor dem Schöneberger Rathaus noch vor wenigen Wochen in einem Pfeifkonzert untergegangen war. Die Gelegenheit eines alleinigen öffentlichen Auftritts des Bundeskanzlers wurde am 5. Dezember 1989 zwischen Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Ministerpräsident

¹ Vgl. Koalitionsstreit um Hilfe für Ost-Berlin, in: Hamburger Abendblatt vom 27. 11. 1989.

² Vgl. Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch, Göttingen 2000, S. 314–349.

Modrow abgesprochen.¹³ Als offizieller Anlass wurde eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Luftwaffenangriffe des Zweiten Weltkriegs genannt.¹⁴ Die Presse informierte seit dem 17. Dezember über einen Auftritt des Bundeskanzlers in Dresden, auch auf den Montagsdemonstrationen am Vortag wurde auf Ort und Zeitpunkt der geplanten Kanzleransprache hingewiesen; zudem wurden Reisen nach Dresden organisiert.¹⁵ Der Kundgebungsplatz, so ein Bericht der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, sei am Tag der Kundgebung von so genannten „Protokollbeamten“ für die Medien hergerichtet worden. Es sei der Eindruck entstanden, dass das Ereignis in erster Linie für das Fernsehen und die Fotografen veranstaltet wurde. Vor der Veranstaltung wurden aus Autos heraus fabrikneue westdeutsche Fahnen an die Zuschauer verteilt. Während der Veranstaltung animierten Sprechchöre, mit dem Rücken zum Rednerpult, das Publikum.¹⁶

Die Botschaft. Die Rede des Bundeskanzlers – eine kurze, wohl komponierte Ansprache in fünf Teilen – war spätestens am 17. Dezember mit größter Sorgfalt aufgesetzt worden.¹⁷ Der Einstimmung des Publikums („wir mitten in Deutschland“, die „wir uns jetzt gemeinsam auf diese wenigen Minuten unserer Begegnung konzentrieren“) folgte die Deutung der soeben abgeschlossenen Verhandlungen („wir lassen unsere Landsleute nicht im Stich“ und werden „gemeinsam den Weg in die deutsche Zukunft schaffen“) sowie ihre Einbettung in die Perspektive des Kanzleramtes („mein Ziel bleibt die Einheit unserer Nation“). Die Rede endete mit ihrem offiziellen Anlass, der Kranzniederlegung vor der Ruine der Frauenkirche und dem Gedenken

der „Toten von Dresden“ (im deutlichen Kontrast zum DDR-üblichen Gedenken der „Opfer des Faschismus“), dem sich ein die vorweihnachtliche Stimmung bedienender Abschiedsgruß anschloss (man sei „dankbar“, sich „nach vierzig Jahren“ „wieder als deutsche Familie empfinden zu dürfen“ – „Gott segne unser deutsches Vaterland“).

Die Bedeutung dieser ausgefeilten und bis ins Detail stimmigen Ansprache erschließt sich über ihren Kontext: in der Situation, eine Brücke zum Publikum zu schlagen, mit Blick auf die Medien einige prägnante, zitierfähige Passagen anzubieten und nicht zuletzt gegenüber Moskau und Washington, Paris und London die Bonner Position zur Neubestimmung der innerdeutschen Beziehungen zu verdeutlichen, ohne damit einen Eklat zu provozieren.

Das Bild im Fernsehen. Kanzler und Stab hatten ihre Arbeit getan, nun galt es abzuwarten. Bekanntlich wurde die Inszenierung ein großer Erfolg: Das Fernsehen übertrug Bilder eines von jubelnden Massen empfangenen Bundeskanzlers, die Fahnen in den deutschen Farben schwenkten und die Parolen „Deutschland, Deutschland“, „Helmut, Helmut“ und „Wir sind ein Volk“ skandierten. Dieses Stimmungsbild einer schwer zu bestimmenden Anzahl von Menschen wurde im Kontext der begleitenden Berichte zum Stimmungsbild aller DDR-Bürger verallgemeinert und von den Anstalten weltweit übertragen. Philipp Zelikow und Condoleezza Rice, damals beide im engeren Stab des US-Präsidenten, haben den Effekt dieser Bilder treffend beschrieben: „Die begeisterte Teilnahme der Bevölkerung führte *aller Welt* den Willen *der Ostdeutschen* vor Augen.“¹⁸

Im aktuellen Kontext transportierten die Bilder noch zwei weitere, gewichtige Aussagen: Erstens legitimierten sie die in den Zehn Punkten eingeschlagene Offensive, die in den Dresdner Reaktionen ihre „eindrucksvolle Unterstützung und Begründung“ fand.¹⁹ Zweitens unterstrichen die in den Bildberich-

¹³ Vgl. Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S. 97 ff.

¹⁴ Vgl. Die Menge in Dresden folgt den Worten des Kanzlers, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 21. 12. 1989.

¹⁵ Vgl. Kohl will vor Dresdens Frauenkirche sprechen, in: *Welt am Sonntag* vom 17. 12. 1989; Kanzler macht die Garantie freier Wahlen zur Bedingung der Hilfe, in: *Die Welt* vom 18. 12. 1989.

¹⁶ Vgl. Patricia Clough, *Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht*, München 1998, S. 195 f.; *Wenig Interesse an Slevogt*, in: *FAZ* vom 20. 12. 1989.

¹⁷ Vgl. Rede des Bundeskanzlers, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 22. 12. 1989, Nr. 150, S. 1261f.; Horst Teltchik, 329 Tage, Berlin 1991, S. 85 f.; *Nicht von heute auf morgen*, in: *Der Spiegel* vom 25. 12. 1989.

¹⁸ Philip Zelikow/Condoleezza Rice, *Sternstunden der Diplomatie*, Berlin 1997, S. 214; Hervorhebung durch den Autor.

¹⁹ Werner Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit* (Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 4), Stuttgart 1998, S. 205.

ten fokussierten Aspekte (Einheitswille, Masse, Emotionalität) die unumgehbare „Macht der Verhältnisse“, auf die sich die Bundesregierung in der Folgezeit und vor allem auf internationalem Parkett immer wieder berufen sollte.

Die Erzählung der Printmedien. In den folgenden Tagen produzierten die Berichte und Kommentare der Printmedien eine erste *Erzählung* der Ereignisse in Dresden. Die Bilder wurden versprachlicht, mit Daten über Umfang und Ablauf der Versammlung versehen und mit Einblicken in die emotionalen Befindlichkeiten der Akteure angereichert. Aus dem Bild der jubelnden Massen wurde die Erzählung der „Vereinigung von Kanzler und Volk“. Diese sprachlich vorweggenommene Wiedervereinigung wurde in der überwiegenden Mehrzahl der Leitartikel als „warmes Bad“ des Kanzlers „in den deutschen Farben“ bzw. in einem „Meer von Gefühlen, Tränen und Hoffnung“ beschrieben.¹⁰ „Unablässig hatte die *unübersehbare Menschenmasse* nach Einheit der Nation gerufen.“¹¹ Unter den Rufen „Wir brauchen dich, Helmut“ *lösen sich* die Menschen in Tränen *auf*, dem Kanzler versagt die Stimme, die Minister weinen und „Millionen Fernsehzuschauer in Ost- und Westdeutschland waren ergriffen“.¹² Diese millionenfach verbreiteten Erzählungen verfestigten den visuellen Eindruck der elektronischen Medien, dessen grundlegende Interpretation der Bundeskanzler nach seinem Auftritt bereits vorgegeben hatte: „Da war einfach und spontan der Wille, sich zu Deutschland zu bekennen.“¹³ Und sein Kanzleramtsminister sekundierte: „(. . .) ein klarer politischer Wille, der hier sichtbar wurde. Man kann es auf einen Nenner bringen: Wir sind eine Familie. Wir gehören zusammen.“¹⁴

Botschaft und Realität. Helmut Kohl dominierte mit den wenigen, aber präzise einge-

setzten Minuten seines Auftritts die Berichterstattung über den Staatsbesuch. Die visuelle Kraft der Bildausschnitte definierte den *Einheitswillen der Ostdeutschen* als unumgebares Faktum, die Rolle Kohls als die eines jubelnden *Kanzlers aller Deutschen* und die Rolle Modrows als *Interimsverwalter von Kohls Gnaden*. Auf diese Weise setzte das Kanzleramt mitten auf dem Terrain des politischen Gegners seine Offensive um die Köpfe der Menschen fort. Doch inwieweit entsprach diese *Message* der Realität?

a) Der Staatsbesuch diente der Vorbereitung einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft, die bereits auf Ministerebene präzisiert wurde. Er war der Einstieg in einen neuen Grundlagenvertrag, der die Lage in der DDR durch engste Zusammenarbeit zu stabilisieren suchte – eine deutschlandpolitische Sensation, die in der Berichterstattung aber völlig unterging.

b) Die professionelle Meinungsforschung kam am Vortag des Staatsbesuchs zu dem Ergebnis, dass 70 Prozent der Ostdeutschen für den Erhalt einer souveränen DDR eintraten.¹⁵ In den Medien wurden diese Daten kaum beachtet, die Bilder vermittelten einen diametral entgegengesetzten Eindruck.

c) Wie groß war der Jubel in Dresden? Das Fernsehen zeigte nur schwer zu quantifizierende Ausschnitte, in den Printmedien war von etwa 100 000 Menschen die Rede. Diese Größenordnung gilt Zeitzeugen als erheblich übertrieben und angesichts der räumlichen Gegebenheiten vor der Frauenkirche als schlichtweg unrealistisch.¹⁶ Vertreter der amerikanischen Presse beobachteten „hunderte von Fahnen“ und „eine Gruppe mehrerer Tausend“ vor der Frauenkirche.¹⁷ Bei der Ankunft auf dem Flughafen sprach selbst die kanzlerfreundliche Tageszeitung „Die Welt“ nur von einigen Flughafenmitarbeitern auf dem Dach und „vielen hundert“ vor dem Gebäude.¹⁸ Am zweiten Besuchstag sei mit

¹⁰ Die erste Etappe einer Dienstreise in Deutschland, in: Die Welt vom 20. 12. 1989; Die Ungeduld der Demonstranten wächst, in: FAZ vom 20. 12. 1989.

¹¹ Der Jubel von Dresden, in: Die Welt vom 21. 12. 1989.

¹² Ich sehe Tränen in den Augen des Kanzlers, in: Bild vom 20. 12. 1989; Ich bin gekommen, um Ihnen zu helfen, in: ebd.

¹³ In: ZDF-Spezial vom 19. 12. 1989, Interview mit Helmut Kohl.

¹⁴ In: ARD-Tagesthemen vom 19. 12. 1989, Interview mit Rudolf Seiters.

¹⁵ Vgl. ZDF-Politbarometer vom 17. 12. 1989.

¹⁶ Vgl. P. Clough (Anm. 6), S. 194–197.

¹⁷ Vgl. Washington Post vom 20. 12. 1989; The Wall Street Journal vom 20. 12. 1989 (Bericht von Timothy Appell).

¹⁸ Die erste Etappe (Anm. 10); vgl. auch: Kontaktsuche im Jubel der Menge, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. 12. 1989; „Helmut, komm ans Fenster“, ruft die Menge, in: FAZ vom 20. 12. 1989; vgl. dagegen die

Ausnahme „weniger Neugieriger“ wieder völlige Normalität eingekehrt.¹⁹ In gleicher Weise müssen die Reaktionen auf die Rede Kohls relativiert werden. Ausländischen Beobachtern gilt die Darstellung von Horst Teltschik als realistisch, der den „Taumel der Begeisterung“ auf die Menschen unmittelbar vor dem Rednerpult, also dort, wo die Animatoure beobachtet wurden, beschränkt. Die Mehrzahl der Zuhörer hätte dagegen „fast teilnahmslos“ gewirkt und sei auf die Rede konzentriert gewesen, die mit differenziertem Beifall honoriert worden sei.²⁰

Der Kontrast zwischen dem tatsächlichen Ereignis und seiner medialen Darstellung, der *Message*, so das Fazit, hätte nicht größer sein können. Der Politik war es gelungen, eine noch unentschiedene Realität durch ihre Definition zu gestalten. Wie hoch dieser Erfolg der Veranstaltung in Dresden tatsächlich zu bewerten ist, wird erst im Vergleich mit den Berliner Auftritten des Bundeskanzlers deutlich.

Unwägbarkeiten und Risiken: Berlin

Es ist das Geschäft professioneller Politik, die öffentliche Kommunikation nicht dem Zufall zu überlassen. Dem steht die Freiheit der Medien gegenüber, immer auch nach ihren eigenen Selektionskriterien verfahren zu können und damit gegebenenfalls die Intentionen der Politik zu unterlaufen. Dies war beim Berliner Auftritt des Bundeskanzlers am 10. November 1989 der Fall, der eine ebenso einfache wie Erfolg versprechende Übung zu werden schien. Es galt, die nach dem Mauerfall um die Welt gehenden Bilder friedlich feiernder Menschen als Kristallisationspunkt für eine deutschlandpolitische Interpretation der Ereignisse zu nutzen. Hierzu absolvierte Kohl drei Auftritte: erstens vor dem Schöneberger Rathaus, zusammen mit dem Regie-

Darstellung des Bundeskanzlers: „Der gesamte Flughafen, vor allem das Gebäude, war bevölkert von Tausenden von Menschen, ein Meer von schwarzrot-goldenen Fahnen wehte in der kalten Dezemberluft.“ Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996, S. 213.

¹⁹ Die DDR-Medien mahnen zu Ruhe nach dem Kohl-Besuch, in: General Anzeiger vom 21. 12. 1989; vgl. auch Kehraus nach dem Rummel, in: Kölner Stadt Anzeiger vom 21. 12. 1989.

²⁰ Vgl. H. Teltschik (Anm. 7), S. 91; P. Clough (Anm. 6), S. 195.

renden Bürgermeister Walter Momper, Alt-bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher, zweitens vor der Gedächtniskirche auf einer Veranstaltung seiner Partei und drittens ein „Bad in der Menge“ am Grenzübergang Checkpoint Charlie.²¹

Interessanterweise konzentrierte sich die Wahrnehmung der Medien ausschließlich auf die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, auf der Kohl ausgepiffen wurde. Auf diese Weise wurden weltweit folgende Informationen transportiert: Erstens gibt es in der Bundesrepublik *keine einheitliche Position* zum Fall der Mauer, vielmehr offerieren vier prominente Redner vier deutlich voneinander abweichende Interpretationen. Zweitens wird die *Position von Bundeskanzler Kohl vom deutschen Publikum nicht geteilt*. Stattdessen wird die vom nationalen Pathos am weitesten entfernte Position des Regierenden Bürgermeisters – der den Mauerfall als Befreiungsakt von Bürgern interpretiert, die sich das Recht genommen haben, ihr Land selbst zu gestalten – von Publikum und Kommentatoren goutiert. Ein größeres Desaster war für den Bundeskanzler kaum vorstellbar. Drei Fragen schließen sich an: Gibt es eine Wahrheit des Ereignisses? Warum war Momper erfolgreich, Kohl aber nicht? Und gab es ein vergleichbares Risiko in Dresden?

a) Die Wahrheit des Mauerfalls ist so vielfältig wie das Kaleidoskop der Ereignisse und das Erleben der Menschen. Politik operiert demgegenüber mit pointierten Definitionen, um eigene Ziele voranzutreiben und sich von Konkurrenten abzusetzen. Insofern waren alle an diesem Tag deklarierten Wahrheiten – Momper's „Freude des Wiedersehens“, Brandt's „Gefühl der Zusammengehörigkeit“ und Kohls „Manifestation des Einheitswillens“ – falsch in ihrem Anspruch, das Ereignis adäquat zu beschreiben, richtig aber in dem Versuch, Orientierung zu bieten und Meinung zu bilden.

b) Warum aber konnte sich Momper durchsetzen? Zunächst war der Nachrichtenswert der Schöneberger Veranstaltung aufgrund von Prominenz und Rabatz höher als

²¹ Vgl. zum Folgenden Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dokumentation Deutschland 1989, Bd. 15, Bonn 1990, S. 730–749.

derjenige der anderen Auftritte. Schon dadurch hatte Kohl de facto verloren. Dass die Medien dazu noch „ostpolitisch“ dachten, Pfiffe als Antwort auf nationales Pathos ein gute, verbreitungswürdige Nachricht waren und Mompers Slogan sich darin bestens einfügte, kam ergänzend hinzu.

c) Wie riskant war die Inszenierung in Dresden? Zwei Szenarien hatten in Dresden das Potential, die politische Intention des Kanzleramts zu konterkarieren: Massive Gegendemonstrationen suchte man bereits durch die Wahl eines von Berlin entfernten Verhandlungsortes zu begegnen – ganz auszuschließen waren sie jedoch nicht. Völlig unkalkulierbar blieben die gerade in diesen Wochen eskalierenden Auseinandersetzungen innerhalb der Bürgerbewegung. Bildberichte über tumultartige Szenen anlässlich eines öffentlichen Auftritts des Bundeskanzlers hätten den Vorwurf bekräftigt, dass Bonn die ohnehin schon explosive Lage anheize und in unverantwortlicher Weise eine Destabilisierung an der Schnittstelle des Ost-West-Konflikts heraufbeschwöre. Nur wenige Bildauschnitte hätten ausgereicht, die Kohl'sche Inszenierung drastisch zu konterkarieren. Tatsächlich gab es am Besuchstag nur einige Rangeleien am Rande, die den Medien nicht weiter aufgefallen sind. Dem schließlich veröffentlichten Bild eines um Gegenpositionen bereinigten Einheitsjubels wohnte eine deutliche Portion glücklichen Zufalls inne.

Retrospektive Inszenierung: Mythos Dresden

Mit der Erzählung der Printmedien war die aktuelle Wirkungsgeschichte des Besuchs in Dresden abgeschlossen. Es folgten die retrospektiven Erzählungen, die bis heute die Erinnerung der Ereignisse prägen.

Die Erzählungen der Biografen. Die Darstellungen der beteiligten Akteure wiederholen die Erzählungen der Printmedien und reichern sie mit Anekdoten an.¹²² Hervorzuheben ist dabei vor allem die Behauptung der Spontaneität, mit welcher der Bundeskanzler auf den freundlichen Empfang in Dresden

¹²² Vgl. Eduard Ackermann, *Mit feinem Gehör*, Bergisch-Gladbach 1994; Antonius John, Rudolf Seiters, Bonn 1991; H. Kohl (Anm. 18); H. Teltschik (Anm. 7).

reagiert haben soll: die Spontaneität der Kundgebung insgesamt, des Redetextes im Besonderen sowie einer Reihe organisatorischer Details. Oft wiederholt, unterstreicht dieses Motiv die Authentizität des Geschehens und weist den Eindruck einer gezielten, auf die öffentliche Wirkung hin orientierten Inszenierung dezidiert zurück. Bemerkenswert ist vor allem der Nachdruck, mit dem das Als-ob des Theaters noch lange nach dem Ende der Vorstellung aufrecht erhalten werden muss.

Werden die biografischen Texte über „Dresden“ nur leicht durch eine Synopse der in ihnen erzählten Motive komprimiert, man könnte auch sagen: verfremdet, schärft das den Blick für Archetypen aus der Heldenliteratur, auf welche die Autoren bewusst oder unbewusst zurückgegriffen haben. Die auf diese Weise aus den Biografien destillierte Essenz ergibt eine geradezu *mythisch anmutende Erzählung* in sieben Schritten. *Erstens*. Das Treffen in Dresden diente nicht dazu, Probleme zu erörtern, Auseinandersetzungen zu führen oder Lösungen zu finden – es ist *der Kanzlerbesuch*, ein gemeinschaftlich-familiäres Ereignis der Rückkehr des Patriarchen in sein Reich. *Zweitens*. Seine Ankunft ist von der Spannung bestimmt, wie sein Volk ihn aufnehmen wird. Die Schilderung seines Einzugs in die Stadt, seiner Fahrt durch die von Fähnchen schwenkenden Menschen umsäumten Straßen, besitzt biblische Qualitäten. *Drittens*. Der Kanzler ist tief berührt und möchte sofort zu seinem Volk, ist aber diszipliniert genug, die Formen des Protokolls zu wahren und seinen Pflichten nachzugehen. Ingeheim lässt er Vorbereitungen für eine Rede treffen. *Viertens*. Der Kanzler stellt sich vor sein Volk, das ihn als Retter feiert, während er mahnt, geduldig abzuwarten. Der glückliche Höhepunkt: Der Kanzler weint, seine Mitarbeiter liegen sich in den Armen und sein Volk wiegt sich in einem Meer aus Tränen und Hoffnung. *Fünftens*. Der Kanzler muss sein Volk vorübergehend wieder verlassen. Durch die Ereignisse tief berührt, entschließt er sich, die Einheit des Landes jetzt ohne Wenn und Aber zu verfolgen. *Sechstens*. Der noch nötigen Kooperation mit dem Gegner haftet etwas Unlauteres an. Aber der Kanzler ist deshalb entschuldigt, weil er sich in dieser Situation über seine wirklichen Ziele klar wurde. *Siebtens*. Seinem Gegner weist er die Rolle des vorübergehend noch benötigten

Verwalters zu, der seine Arbeit zu verrichten und seine Pflicht zu tun hat. Sollte er aber versuchen, darüber hinauszugehen, wird ihn der Bann treffen.

Soweit die Mythologie der Biografen. Ein Erkenntnisgewinn, der den Fakten stand hält, ist ihnen kaum zu entnehmen.

Die Erzählung der Zeitgeschichte. Von der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsforschung wäre zu erwarten gewesen, dass sie die retrospektive Verdopplung der Inszenierung durch die Biografen durchbricht. Stattdessen setzt sie diese geradezu eins zu eins um und fügt den Motiven noch ein weiteres hinzu: das Motiv vom *Schlüsselerlebnis des Kanzlers*. Das Erlebnis des Dresdener Jubels soll den bevorstehenden Kurswechsel der Bundesregierung im Januar 1990 erklären: Modrows Zurückweisung als Partner einer Vertragsgemeinschaft sowie die Aufgabe einer langsamen und stufenweisen Vereinigungsperspektive zugunsten eines schnellen Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Der Zeitpunkt des Kurswechsels wird sehr präzise bestimmt: „Angesichts des überwältigenden Zuspruchs aus der DDR-Bevölkerung wurde Kohl *nach dem Verlassen des Flugzeuges* in Dresden-Klotzsche klar, dass seine bisher längerfristig angelegte (...) Vereinigungspolitik einer sehr viel konkreteren Vereinigungsplanung (...) weichen musste.“²³ Im gleichen Sinne erklärt Korte: „In Dresden fiel (...) *die eigentliche Entscheidung* für den Weg in die Einheit anstelle der Reformversuche für die DDR. Das war noch nicht an den Vereinbarungen abzulesen (...). Doch *man konnte es spüren* und es wurde vermittelt in der Stimmung dieser Dresdener Tage. Gleich die erste Begegnung zwischen Kohl und Modrow läutete das Ende ein.“²⁴

Die politische Situation im Januar 1990 war schwierig, denn unüberbrückbare Widersprüche trafen aufeinander: auf der einen Seite die Notwendigkeit einer Kooperation mit Modrow, um dem anhaltenden Weggang der DDR-Bürger in den Westen etwas entgegenzusetzen; auf der anderen Seite die Not-

wendigkeit, eben diese Kooperation aufzugeben, um überhaupt einen polarisierenden Wahlkampf für die nahende Volkskammerwahl führen zu können. Beide Linien – die erste wurde durch den Bundeskanzler vertreten, die zweite durch die Parteivorstände von Union und Liberalen – erforderten jeweils klare, öffentlichkeitswirksame Signale. Ein Politikmix nach Dresdener Muster – hier die Substanz, dort das Symbol – war hier nicht möglich; es galt, sich zu entscheiden.

Kohl, der noch bis zum Abend des 15. Januar 1990 an einer Kooperation mit Modrow festhielt, unterlag am nächsten Morgen der in der Bonner Koalitionsrunde vertretenen Wahlkampflogik. Es folgten zwei konfuse Wochen, bis sich Kohl und Finanzminister Theo Waigel dazu entschlossen, nicht nur Modrow, sondern auch das Konzept einer „Vertragsgemeinschaft ohne Modrow“ fallen zu lassen, den sozialdemokratischen Vorstoß für eine Währungsunion aufzugreifen, ihn gegen den liberalen Koalitionspartner durchzusetzen und damit den Weg in eine schnelle de-facto-Einheit einzuschlagen. Das Währungsangebot – verbunden mit dem Versprechen *blühender Landschaften* – zerschlug den gordischen Knoten: Es war wahlkampfkompatibel, ein deutliches Signal gegen den Exodus und ein unumkehrbarer Schritt zur Einheit. Alle diese Etappen – von der Aufgabe Modrows bis zum Währungsangebot – beruhten auf der ausgesprochen schwierigen Entscheidungslage im Januar 1990. Nur: Mit den Ereignissen in Dresden hatten sie nichts zu tun.

Die von der Zeitgeschichte angebotene „Erklärung“ dieses politischen Kurswechsels hat an die Stelle strategischer Planung, taktischer Manöver und machtpolitischer Auseinandersetzungen die Emotionen der Akteure – Richard Sennett würde sagen: Intimität²⁵ – gesetzt. Die Ironie dieser Affirmation ist aber, dass das Festhalten an den Maskeraden der politischen Akteure eben diesen Akteuren – die viel strategischer, rationaler und pragmatischer agierten – am wenigsten gerecht wird.

²³ W. Weidenfeld (Anm. 9), S. 202 ff.; Hervorhebung durch den Autor.

²⁴ Karl-Rudolf Korte, *Die Chance genutzt?*, Frankfurt/M. 1994, S. 94 (Hervorhebung durch den Autor); vgl. auch Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, Stuttgart 1998, S. 141.

²⁵ Vgl. Richard Sennett, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt/M. 1983, S. 316 ff.

Nevim Çil

Türkische Migranten und der Mauerfall

In Auseinandersetzungen und Debatten um den Mauerfall 1989 und die deutsche Einheit 1990 ist die Perspektive verengt auf die Erfahrungswelten des deutschen Bevölkerungsanteils diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze. Selten werden in diesen Diskussionen die Sichtweisen von Migrantinnen

Nevim Çil

Dr. phil, geb. 1972; Forschungsschwerpunkte Migration und Zugehörigkeit, Generationenbeziehung, Europa und Migration.
nevim.cil@web.de

und Migranten und ihren Nachkommen berücksichtigt. Die neuen gesellschaftlichen Gruppenkonstellationen, die durch die Ereignisse von 1989/90 ausgelöst

wurden, haben jedoch das Selbstverständnis und die Zugehörigkeitsbekenntnisse von Migranten, insbesondere von türkischen Migranten und ihren Nachkommen, um die es hier geht, nachhaltig verändert. Veränderte Zugehörigkeiten machen gleichzeitig Voraussetzungen und Grenzen von Zugehörigkeit überhaupt (wieder) sichtbar.

Es geht im Folgenden nicht um die Frage nach der deutsch-deutschen, der „inneren“ Einheit und dem Verhältnis zwischen West und Ost. Vielmehr versucht dieser Beitrag, die Perspektive der an den Rand der Gesellschaft gedrängten, hier den türkischen, Migranten, aufzugreifen. Bevor ich die Auswirkungen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung auf diese Gesellschaftsgruppe darstelle, möchte ich die Stimmung und die Veränderungen, die durch die Ereignisse von 1989/90 ausgelöst wurden, skizzenhaft darlegen.

Nationalisierungswelle

Nach einer Zeit der Euphorie über den Mauerfall und die Wiedervereinigung wurde eine Nationalisierungswelle ausgelöst, welche die bereits überwunden geglaubte und auf Herkunft

gründende Definition einer Zugehörigkeit zu Deutschland neu belebte. Der Wiedervereinigungslogan „Wir sind ein Volk“ zielte auf die Einheit der Angehörigen des Volkes mit einem deutschen Hintergrund, nicht etwa auf die Einheit der Bevölkerung in Deutschland.

Der Fokus auf die Herkunft sollte zur Überwindung der jahrzehntelangen Teilung des Landes beitragen. Dabei griff man jedoch auf ein Instrument zurück, welches eine erneute gesellschaftliche Teilung herbeiführte. Diese war allerdings anders geartet als die vorhergehende: Sie trennte nun die ethnischen Deutschen von den Migranten. Die bereits vor 1989 wahrgenommene Andersartigkeit und Fremdheit zwischen der westdeutschen Gesellschaft und den Einwanderern wurde mit der „Wende“ verstärkt hervorgehoben. Nicht ihre Eingliederung – ein Diskurs, der die 1980er Jahre entscheidend mitgeprägt hatte –, sondern ihre vermeintliche Gefahr für die Gesellschaft stand nun im Vordergrund. Der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung veränderten das gesellschaftliche Gefüge. Die Zwei-Gruppenkonstellation (Westdeutsche-Einwanderer) wurde zu einer Drei-Gruppen-Konstellation (Westdeutsche-Ostdeutsche-Einwanderer) und drängte zu einer Neupositionierung der einzelnen Gruppen.¹

Dieser Wandel ging mit medialer und öffentlicher Aufmerksamkeit für Migranten einher. Ihnen wurde nun das Potential zugeschrieben, die deutsche Kultur zu unterwandern, ja, zu „überfremden“. Die Rede vom „vollen“ Boot² und vom „ungehemmten und

¹ Der Migrationsforscher Klaus J. Bade betont, dass diese neue Konstellation neben Deutschen mit deutschem Pass sowohl Einheimische mit ausländischem Pass (Einwanderer) als auch Fremde mit deutschem Pass (Aussiedler) enthalte. Siehe hierzu Klaus J. Bade, *Tabu Migration: Belastungen und Herausforderungen in Deutschland*, in: ders., *Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung*, München 1994, S. 66 f.

² Vgl. z. B. Birgit Rommelspacher, *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 153; Elcin Kürsat-Ahlers, *Das Stigma des Einwanderers. Über die Macht, Kultur und Abwehr in Einwanderungsprozessen*, in: ders., (Hrsg.), *Die multikulturelle Gesellschaft: der Weg der Gleichstellung?* Frankfurt/M. 1992, S. 55; Erol Yildiz, *Die halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses unter Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden*, Opladen 1997, S. 15 ff.

ungezügelter Zustrom von Asylbewerbern“,¹³ die auf Kosten des deutschen Staates leben würden, erlangte Anfang der 1990er Jahre eine erschreckende Popularität. Damit wurde nicht die Gleichheit zwischen den ethnisch deutschen Gesellschaftsmitgliedern und den Migranten hervorgehoben, sondern gerade die Differenz, die zur Gefahr erklärt wurde.

Erol Yildiz bewertet die veränderte Wahrnehmung von Migranten in der Gesellschaft als eine Folge von Krisenzeiten, die alte Vorstellungen von Zugehörigkeit wiederbeleben: „Im Laufe des Wiedervereinigungsprozesses konnte man genau beobachten, wie solche ideologischen Ressourcen diesen Vorgang begleiteten und weitgehend bestimmten, wie das Nationale zum Subjekt der Geschichte wurde, wie die Vergangenheit in der Zukunft wiederkehrte.“¹⁴

Die Diskurse über Partizipation, Integration und eine positive gesellschaftliche Einbindung von Migranten, die noch in den 1980er Jahren durch Themen wie das kommunale Wahlrecht auch für Nichtdeutsche bestimmt worden waren, gerieten durch die aufflammende Nationalisierung und Ethnisierung der deutschen Gesellschaft in den 1990er Jahren ins gesellschaftliche Abseits. Der Wiedervereinigungsprozess und die darauf folgenden Jahre, die nicht zuletzt durch die Brandanschläge gegen Asylsuchende und Migranten in den neuen Bundesländern und später auch im Westen der Republik geprägt wurden, haben tiefe Spuren in der Beziehung zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den Migranten hinterlassen. Die Pogrome und Brandanschläge von Hoyerswerda (24./25. 9. 1991), Rostock-Lichtenhagen (22. 8. 1992), Mölln (23. 11. 1992) und Solingen (29. 5. 1993) führten schließlich zur „Enthumanisierung“ von Migranten. Die gesellschaftliche Atmosphäre der 1990er Jahre wurde auch durch die Verschärfung des so genannten Ausländergesetzes im Jahre 1991 und die Veränderung des Grundrechtsartikels auf politisches Asyl (Art. 16 GG) im Jahre 1993 bestimmt.

Diese Ereignisse, die in einem sehr engen Zeitrahmen aufeinander folgten, haben die Positionen und Sichtweisen von Migranten

und ihren Nachkommen im vereinten Deutschland entscheidend geprägt. Die Unterschiede unter den türkischen Migranten werden besonders deutlich, wenn diese in einem intergenerationellen Vergleich dargelegt werden.

Migrantengenerationen

Will man die Auswirkungen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung auf die Migrantengenerationen untersuchen, erhält der Interdependenzgrad zur deutschen Gesellschaft eine Schlüsselposition. Er beschreibt nicht nur den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung und Sprache, sondern hebt gleichzeitig die Bemühungen, ein Teil der deutschen Gesellschaft zu werden, hervor. Negative Meinungen über türkische Migranten, Stigmatisierungs- und Ablehnungsstrategien der Mehrheitsgesellschaft führen dazu, sich aus der niedrig angesehenen Gruppe der Migranten zu befreien, wenn der Wunsch ausgeprägt ist, ein Teil der Mehrheitsgesellschaft zu werden. Diese Motivation kann aber erst dann ausgelöst werden, wenn die Meinung und Sichtweise der Mehrheitsgesellschaft auf die Anderen zu einem entscheidenden Kriterium in der Selbstverortung wird.

Norbert Elias beschreibt dieses Phänomen sehr eindrucksvoll als asymmetrische Machtbalance zwischen zwei Gruppen, die sich erst nach Generationen entwickelt.¹⁵ Er betont, dass mit zunehmender Länge der Beziehung gesellschaftliche Außenseiter den Wunsch hegen, so werden zu wollen wie die Etablierten. Die charismatische Wir-Gruppe der Machtstärkeren übt eine Sogwirkung auf die Außenseiter aus. Gleichzeitig aber trägt die etablierte Gruppe dafür Sorge, dass Außenseiter den negativen Zuschreibungen kaum entkommen können, obwohl sie als eine Bedrohung für die Etablierten gelten.

Diesem Paradox kommt auch nach Zygmunt Bauman eine machterhaltende Funktion zu.¹⁶ Außenseiter wirken in diesem Fall wie der Rest in einer Beziehung oder die negative Seite, die bereitwillig in Kauf genom-

¹³ Vgl. zu diesem Topos Hajo Funke, *Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus*, Göttingen 1993, S. 160.

¹⁴ E. Yildiz (Anm. 2), S. 130.

¹⁵ Vgl. Norbert Elias/John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt/M. 1990.

¹⁶ Vgl. Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Frankfurt/M. 1995.

men wird, um die eigene Machtposition zu erhalten. Für gesellschaftliche Außenseiter wird es so zu einer unlösbaren Aufgabe, sich nach den Richtlinien der Etablierten zu richten und den Stigmatisierungen und somit den negativen Zuschreibungen zu entkommen. In der Beziehung zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den türkischen Migrantengenerationen ist es somit entscheidend für die Nachkommen, den negativen Zuschreibungen der Mehrheitsgesellschaft zu entkommen.

Für die Studie „Topographie des Außenseiters. Türkische Generationen und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess“ habe ich im Zeitraum von 2000 bis 2002 insgesamt 16 Interviews mit Frauen und Männern in Berlin geführt, um die Auswirkungen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung auf türkische Migranten und ihre Nachkommen zu erfragen.¹⁷ Die Ereignisse von 1989/90 werden also aus der Retrospektive heraus betrachtet und bewertet. Die Interviews sollten eine bestimmte Bandbreite von Altersgruppen, Familienstruktur und Bildungsgrad abdecken.

Dabei erheben die Interviews nicht den Anspruch von Repräsentativität, sondern verfolgen die Intention, einen Einblick in das Generationenverhältnis und die Verschiedenheit der Ausgangsbasis und Zugriffe auf gesellschaftliche Ressourcen der Generationen zu geben. Die jüngste Interviewpartnerin war zum Zeitpunkt des Interviews 22, der älteste Interviewpartner 72 Jahre alt. So unterschiedlich die Ausgangsbasis, der Bildungsgrad und die Selbstdarstellung meiner Interviewpartner auch ausgefallen sind, eines vereint sie alle: Bei den älteren Generationenmitgliedern handelt sich um einst angeworbene Arbeitskräfte, die nach Abschluss des Anwerbevertrages mit der Türkei in den 1960er Jahren nach Deutschland gekommen sind oder aber als Ehepartner nachgeholt wurden. Die jüngeren Generationenmitglieder wiederum sind Nachkommen dieser Arbeitskräfte.

¹⁷ Siehe zu den Auswahlkriterien der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner Nevim Çil, Topographie des Außenseiters. Türkische Generationen und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess, Berlin 2007, S. 62 ff.

Die erste Generation und der Mauerfall

Die erste Generation der türkischen Arbeitskräfte kam mit dem Anwerbevertrag von 1961, den die Bundesrepublik mit der Türkei abschloss, nach Deutschland. Auslöser ihrer Migration nach Deutschland war – so berichteten mir die meisten meiner Interviewpartnerinnen und Interviewpartner aus dieser Generation – ihre schlechte ökonomische Situation im Herkunftsland. Die Migration sollte dazu dienen, die wirtschaftliche Lage der Familien zu verbessern und gleichzeitig eine Basis für eine bessere Existenz im Herkunftsland bilden. Die meisten Befragten aus dieser Generation betonten, dass sie die Migration als ein vorübergehendes Moment verstanden haben. Insofern ist es vielleicht nicht erstaunlich, wenn die Beziehung der ersten Generation zu Deutschland lange Zeit auf die Arbeitswelt beschränkt blieb. Diese Sichtweise ändert sich lediglich unwesentlich, als durch den Anwerbestopp im Jahre 1973 die meisten Angehörigen der ersten Generation sich anstelle einer Rückkehr für den Familiennachzug entschieden. Neben der Aufwertung der ökonomischen Situation der Familie wurde damit die Entscheidung, im „Anwerbeland“ zu bleiben, auf die Bildungsmöglichkeiten der Kinder ausgeweitet.

Der Fokus auf die Arbeitswelt und die ökonomische Lage ist auch entscheidend in der Bewertung des Mauerfalls und der Wiedervereinigung für die Befragten aus dieser Generation. Meine Interviewpartnerin Kiraz G., die zum Zeitpunkt des Interviews 56 Jahre alt und seit 1991 arbeitslos ist, bewertet den Mauerfall folgendermaßen: „Egal wohin wir gegangen sind, haben sie Ostler bevorzugt. Sie arbeiten für drei Mark, wir können nicht einmal für fünf Mark arbeiten. Also wenn wir für zehn Mark arbeiten, arbeiten die für drei Mark, also sind wir gegangen, sie haben uns entlassen. Andere Sorgen haben wir nicht, das ganze Problem ist die Arbeitslosigkeit.“

Die Sorge um die ökonomische Situation und die Verschlechterung der Situation in der Arbeitswelt zu Lasten der Migranten teilen alle Befragten aus dieser Generation. Diese Lage beschreibt für diese Generation ein Dilemma. Denn die anfängliche Migrationsmotivation, die eng mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verknüpft war, wird

mit einer Arbeitslosigkeit ad absurdum geführt. Das Migrationsziel rückt damit in weite Ferne.

Die ausbleibende Anerkennung für die Leistungen, die Wirtschaft jahrelang mit aufgebaut und vor allem an der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit West-Berlins mitgewirkt zu haben, bildet einen weiteren Kritikpunkt. Metin E., zum Zeitpunkt des Interviews 57 Jahre alt, hebt diesen Aspekt besonders deutlich hervor. Die körperlichen Schäden, ausgelöst durch die jahrelange schwere Arbeit am Hochofen einer Kunststofffabrik, erreichten zu Beginn der 1990er Jahre für Metin E. einen Höhepunkt. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage mündete für ihn schließlich in Arbeitslosigkeit, bevor er 1996 in die Frührente gehen konnte: „Auch wenn es wenig war, habe ich meinen Beitrag geleistet. So wie ich haben viele Türken gedacht, viele Ausländer, viele Italiener. Sie können ruhig eine Statistik darüber führen. Während die Deutschen abgehauen sind, haben die Ausländer für die Aufrechterhaltung West-Berlins gesorgt. Aber die Politiker denken, dass sie es waren. Aber so ist es nicht, und so war es auch nie gewesen.“

Für Metin E. bedeutete der Fall der Mauer gleichzeitig den Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus. Als bekennender Laizist habe er sich darüber besonders gefreut. Die westdeutsche Gesellschaft aber habe dieses Bekenntnis nicht wahrgenommen. Ganz im Gegenteil: Die Migranten seien in der neuen gesellschaftlichen Konstellation ins Abseits gedrängt worden, da sie keine Funktion mehr gehabt hätten, wie er betont: „Und die Mauer ist gefallen, und ein Jahr später ist sie uns auf die Köpfe gefallen. Denn zum Beispiel nach dem Krieg haben sie die Ausländer hierher gebracht, um auf die Deutschen Druck auszuüben. Die Ausländer sind wissentlich oder unwissentlich gekommen und haben gearbeitet. Jetzt denken die Deutschen, dass die Ausländer gekommen sind, um ihnen die Arbeit wegzunehmen. (...) Und dass die Mauer gefallen ist, hat den Deutschen nicht geschadet, aber den Ausländern. Jetzt wurden die [Ostdeutschen, N.Ç.] als Druck gegen uns eingesetzt. Sie haben uns die Arbeit genommen, unsere Stundenlöhne gesenkt, uns schlechte Laune bereitet und uns zu Nervenbündeln gemacht, vor allem mich.“

Metin E. ist der Einzige aus dieser Generation, der im Interview seine Enttäuschung über die (westdeutsche) gesellschaftliche Ablehnung der Migranten deutlich zum Ausdruck bringt. Die Verschlechterung der ökonomischen Situation bzw. die drohende oder zur Tatsache gewordene Arbeitslosigkeit bleibt das entscheidende Argument in der Bewertung von 1989/90.

Die jüngere Generation und der Mauerfall

Die Beziehung zwischen der deutschen Gesellschaft und den türkischen Migranten wird von den Nachkommen unterschiedlich beschrieben. Um die Differenzen innerhalb der Nachkommengeneration zu verstehen, möchte ich sie in Altersgruppen aufgeteilt vorstellen.

Die Aussagen der jüngeren Generationsmitglieder fallen insgesamt wesentlich heterogener aus als die der Elterngeneration. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes und die Befürchtung, als erster von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, sind Themen, die von den jüngeren Interviewpartnern lediglich am Rande der Interviews zur Sprache gebracht wurden. Diese Tatsache ist zunächst nicht erstaunlich, führt man sich vor Augen, dass die meisten jüngeren Gesprächspartner zum Zeitpunkt des Mauerfalls und während der Wiedervereinigungsphase noch die Schule besuchten. Themen, die den Arbeitsmarkt betreffen, besaßen aus diesem Grund für die meisten Befragten noch keine Relevanz.

Gleichzeitig ist diese Tatsache auch der anderen Perspektive der jüngeren Generation auf den Mauerfall und die Wiedervereinigungsphase geschuldet. Im Gegensatz zur Elterngeneration hebt die Nachkommengeneration vor allem die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Position im wiedervereinigten Deutschland hervor. Diese Differenz zwischen den Generationen ist auf ihre unterschiedliche Ausgangssituation in Deutschland zurückzuführen. Die jüngere Generation führt ihre Perspektive auf die Verschlechterung ihrer sozialen Situation in Deutschland und auf die fehlende Anerkennung zurück. Die Veränderung ihrer sozialen Stellung ist ein Thema, das von allen Befragten aus der Nachkommengeneration zur Sprache ge-

bracht wurde. Die Artikulation der Veränderungen fällt jedoch je nach Altersgruppe unterschiedlich aus.

Die ältesten Nachkommen. Für die ältesten Nachkommen, mit denen ich Interviews geführt habe, nimmt die Beziehung zu den Eltern und zur Familie einen wichtigen Platz in der Selbstverortung ein. Diese Nachkommen-Gruppe befand sich zum Zeitpunkt des Interviews im fünften Lebensjahrzehnt. Der überwiegende Teil aus dieser Gruppe kann auf eine jahrelange Trennung von Eltern und Familie zurückblicken. Dadurch, dass die Eltern keine eindeutige Entscheidung treffen konnten oder wollten, ob ihr Aufenthalt in Deutschland von langer Dauer sein würde, haben sie ihre ältesten Kinder in der Türkei bei Verwandten untergebracht. Erst nachdem feststand, dass der Aufenthalt länger dauern würde, haben sie einige Zeit später, meistens mehrere Jahre, ihre Kinder nach Deutschland geholt.

Auf solch ein Schicksal kann auch Oktay T. zurückblicken. Er ist mit 17 Jahren nach Deutschland gekommen. Der Entfremdung zwischen ihm und seinen Geschwistern sei er durch die Übernahme der Vaterrolle entgegengetreten, berichtet er im Interview. Diese Rolle habe das Verhältnis zu seinem Vater gestärkt. Die Ankunft in der neuen Gesellschaft ging für Oktay T. mit der Ankunft in einer fremd gewordenen Familie einher. Die Bindung zu seiner Familie stand für ihn daher im Vordergrund, mehr als die Beziehung zur deutschen Gesellschaft. Diese Umgangsweise mit der neuen Situation deckt sich auch mit den Erfahrungen anderer Interviewpartnerinnen und -partner aus dieser Gruppe. Schließlich aber, je länger der Aufenthalt in Deutschland dauert, gewinnen Bilder und Vorstellungen über türkische Migranten in der Gesellschaft für diese Gruppe der Nachkommen immer mehr an Bedeutung, wobei die Beziehung zur deutschen Gesellschaft verhalten ausfällt. Die geographische Distanz und die Tatsache, erst später nach Deutschland gezogen zu sein, machen sich auch in der Bewertung des Mauerfalls und der deutschen Einheit bemerkbar.

Oktay T. beschreibt dieses Ereignis mit folgenden Worten: „Für die Deutschen, sagen wir es so, es war klar, es war ja keine blutige Revolution sozusagen. Irgendwie dachte ich,

das ist jetzt ihr Fest, ihre Feier, sollen sie genießen. Also ich wollte da eher bisschen abseits bleiben (. . .).“ N.Ç. „Woher kam dieses Gefühl?“ „Na, ich hab mich nie zu dieser Gesellschaft jetzt hundertprozentig dazugezählt, dazugehört, hab’ ich nicht, auch aus wahrscheinlich diesem Grund. Und nun dachte ich, kommen die beiden deutschen Staaten zusammen, die Deutschen zusammen. Also gut, dann lasse ich ihnen ihre Feier, die sollen das genießen.“ Oktay T., der für die Zeit vor der Wiedervereinigungsphase kaum eine Zugehörigkeit zu Deutschland formulieren kann, betont, dass er sich selbst außerhalb dieses politischen Ereignisses gestellt habe. Die Trennlinie zwischen „Wir“ und „Ihr“ verläuft für ihn entlang der Aufenthaltsdauer und einer Identifikation mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Durch seinen späten Nachzug nach Deutschland ist die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft kaum ausgeprägt.

Die mittleren Nachkommen. Die mittlere Gruppe der Nachkommen bilden diejenigen, die sich zum Zeitpunkt des Interviews im vierten Lebensjahrzehnt befanden. Diese Nachkommengruppe fällt durch ihre hohe Interdependenz zur deutschen Gesellschaft auf. Ihre Selbstsicht wird in hohem Maße vom Verhalten der deutschen Mehrheitsgesellschaft geprägt. Diese Nachkommen sind vor dem Mauerfall besonders darum bemüht gewesen, sich von ihrer niedrigen Position als Nachkommenschaft von türkischen Arbeitskräften loszulösen, um so eine Aufnahme in die deutsche Gesellschaft zu erreichen. Die Bemühungen, ein Teil der Gesellschaft *als Deutsche* zu werden, könnte man als das wichtigste Projekt dieser Nachkommengruppe beschreiben.

Dies ist auch auf die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland in den 1980er Jahren zurückzuführen, die in der Sozialisation dieser Generationengruppe den entscheidenden Stellenwert einnimmt. Für diese Nachkommengruppe spielt die Veränderbarkeit der sozialen Herkunft eine entscheidende Rolle in ihren Bestrebungen, Teil der Gesellschaft zu werden. Die Diskussionen um Integration haben diese Nachkommen durchaus ernst genommen. Integration ging mit der verbreiteten Annahme einher, mittels individueller Leistungen wie Spracherwerb, Bildungsanstrengungen und der Übernahme von Werten

und Normen der Mehrheitsgesellschaft als Teil der Gesellschaft aufgenommen werden zu können. Es ist also die Möglichkeit, sich selbst und damit die soziale Position transformieren zu können, die für diese Nachkommengruppe entscheidend ihre Bemühungen bestimmte.

Mit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung im Jahr 1990 endeten diese Bestrebungen der Nachkommen, so werden zu wollen wie Deutsche. Die Rückbesinnung der Mehrheitsgesellschaft auf Kategorien ethnischer Herkunft entriss dieser Nachkommengruppe die Grundlage, eine Zugehörigkeit zu Deutschland jenseits von biologisch determinierter Abstammung zu formulieren. Der gesellschaftliche Raum in Deutschland wurde verengt auf die Unveränderbarkeit der ethnisch-sozialen Herkunft. In diesem Sinne gelten der Mauerfall und die Wiedervereinigung als Zäsur, wie mein Interviewpartner Ufuk K. berichtet: „Dieser Begriff von Deutschland ist irgendwie wieder hochgewachsen. Und wenn man an sich so überlegt, wie alt war ich da? Schon so weit, dass ich deutlich 'ne Meinung hatte. Und irgendwie hatte man das Gefühl: Sechzehn Jahre, die man so in Deutschland verbracht hat, hat man als Türke, sag' ich mal, einen gewissen Status erreicht und ich hab' da nur noch die Felle davon schwimmen sehen. Jetzt ist die Mauer weg, jetzt ist Deutschland wieder so hochgeputzt und irgendwie alles, was man sich sechzehn Jahre lang erarbeitet hat, das geht jetzt erst einmal nach unten, man fängt wieder bei Null an.“

Der Mauerfall und die Wiedervereinigung werden nicht nur als Bremse bei den eigenen Bemühungen, zu einem Teil der Gesellschaft zu werden, gewertet, sondern geradezu als Vernichtung der bis dahin erbrachten Leistungen und Anstrengungen. Das Gefühl, bei Null anfangen zu müssen, wie es Ufuk K. formuliert, mündet für einige Interviewte aus dieser Nachkommengruppe in eine kritische Auseinandersetzung auch mit der Zeit vor 1989. Dabei sind die Glaubwürdigkeit und das Integrationsangebot der deutschen Gesellschaft Gegenstand der Auseinandersetzungen.

Mein Interviewpartner Bülent T., der zum Interviewzeitpunkt 30 Jahre alt war, formu-

liert eine Irritation, die bezeichnend für diese Nachkommengruppe ist: „Wenn ich dann später wahrgenommen habe, dass es Leute gibt, die eben Frauen mit Kopftuch angepöbelt haben, auch erwachsene Leute, nicht nur immer irgendwelche besoffenen Jugendlichen, sondern auch Erwachsene, dann sind das ja auch Deutsche, das sind ja auch Mütter und Väter, die haben auch Kinder und wer sind diese Leute? Ich hab ja diese vorher vielleicht nicht wahrgenommen, und wer weiß, ob die Eltern von den Freunden, mit denen ich zusammen war, nicht auch so gedacht haben.“

Die Auseinandersetzung mit der neuen gesellschaftlichen Situation mündete für Befragte aus dieser Nachkommengruppe zunächst in Irritation, anschließend in die Suche nach neuen Orientierungspunkten. Ufuk K., der sich vor der Wiedervereinigungsphase eindeutig als Deutscher bezeichnet habe, nimmt diese Zugehörigkeit nun zurück: „Wenn mich jemand fragt, ob ich Deutscher oder Türke bin, würde ich immer sagen, ich bin Türke. Obwohl mich eigentlich mit dem Türkischsein vielleicht zwanzig Prozent von mir verbindet, aber das ist eher die Minderheit und ich fühl' mich auch eher zu der Minderheit hingezogen als zu den Anderen.“ Vielmehr als die ethnische Herkunft unterstreicht der Begriff „Türke“ hier die zugeschriebene Position in der Gesellschaft. Er wird zum Synonym für das Ausgeschlossensein.

Die jüngsten Nachkommen. Eine eindeutige und radikale Trennung zwischen dem Türkischen und dem Deutschen wird von der jüngsten Gruppe der Nachkommen vollzogen. Diese Gruppe befand sich zum Zeitpunkt des Interviews im dritten Lebensjahrzehnt. Anfang der 1990er Jahre waren meine Interviewpartnerinnen und -partner aus dieser Nachkommengruppe zehn bis zwölf Jahre alt. Ihre Meinung über die deutsche Gesellschaft nach 1989/90 geht auf Sichtweisen älterer Geschwister, der Eltern und des nahen Umfelds zurück. Im Vergleich zur älteren und der mittleren Nachkommengruppe fehlt den Jüngeren die unmittelbare Erfahrung der Zeit vor 1989, die einen Vergleich möglich machen könnte. Diese Unmittelbarkeit wird jedoch durch Berichte aus dem Umfeld kompensiert und zur eigenen Meinung umformuliert.

Gleichzeitig stellen die jüngeren Befragten die Gruppe dar, die in den 1990er Jahren sozialisiert wurde und damit inmitten der Umbruchphase eine „Zugehörigkeit“ zu Deutschland entwickeln musste. Dadurch, dass diese Zeitphase geprägt war von einer Nationalisierung und Ethnisierung der deutschen Gesellschaft, gewinnen die Grenzen der Zugehörigkeit besondere Aufmerksamkeit. Yagmur Y., die zum Interviewzeitpunkt 23 Jahre alt ist, beschreibt ihre Zugehörigkeit folgendermaßen: „Also ich glaub’, ich bin selbstbewusster geworden wahrscheinlich, also weil ich das mittlerweile besser trennen kann, also trennen zwischen Gut und Böse, ist sehr schwierig in unserer Zeit mittlerweile. Aber ich glaube, zum größten Teil letztendlich kann ich das schon gut und ich hab’ jetzt wirklich für mich festgestellt, dass die guten Sachen bei den Türken überwiegen, als bei den Deutschen und an diesen Maßstab halte ich mich.“

Dieser eindeutigen Haltung kommt auch eine Schutzfunktion zu. Die Einteilung in „Gut“ und „Böse“ dient dazu, die eigene, als minderwertig wahrgenommene Situation aufzuwerten. Es ist eine Art Selbststigmatisierung, die hier zur Geltung kommt und den Sinn erfüllen soll, das Selbst ins Positive zu verschieben. Diese Einstellung hat jedoch auch ihren Preis, nämlich die eigene Position zu reduzieren und sie an dieser Aufteilung zu orientieren.

Schlusswort

Die Ereignisse von 1989/90 nehmen eine entscheidende Schlüsselposition in der Zugehörigkeit insbesondere der jüngeren Migrantengeneration ein. Sie werden als eine Zäsur in der Beziehung zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den türkischen Migrantinnen und Migranten betrachtet. Die Erkenntnis über die Unveränderbarkeit der sozialen Position stellt insbesondere für die mittlere Gruppe der Nachkommen eine Schockerfahrung dar, die bis heute nachwirkt. Nicht die Anstrengungen, zu einem Teil der Gesellschaft zu werden, stehen nun im Vordergrund, sondern die Suche nach neuen Orientierungspunkten. Dabei werden auch die Lebenswege der Elterngeneration mit neuen Augen betrachtet.

Um die Aufnahme in die deutsche Gesellschaft zu erreichen, war für die mittlere Gruppe der Nachkommen die Abgrenzung von der Elterngeneration vor dem Mauerfall ein zentrales Thema. Durch die Erfahrung eines gänzlichen Ausschlusses aus der Gesellschaft nach 1989/90 wird die Ablehnung der Elterngeneration immer weiter zurückgenommen. Wichtig ist es hierbei, hervorzuheben, dass sich die Nachkommen durch die Ereignisse von 1989/90, welche die ethnische Herkunft in den Vordergrund stellten, den Positionen ihrer Eltern immer stärker annähern. Die Selbstbezeichnung als „Türke“ bestätigt diese Ähnlichkeit.

Die verschiedenen Argumente der jüngeren Generation machen auch deutlich, dass sie vor einem erneuten Dilemma stehen. Die Bezeichnung „Türke“ wird als ein Instrument benutzt, um die eigene aktuelle Situation zu beschreiben. Sie reduziert die Betroffenen aber auch auf gesellschaftliche Handlungsfelder, welche die Herkunft betonen. Es wirkt wie ein doppelter Ausschluss – einerseits durch die Nationalisierung der Gesellschaft, andererseits durch die Selbstbezeichnung.

20 Jahre Mauerfall bedeuten nicht nur, dass wir uns an die gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieses historischen Ereignisses erinnern, sondern auch Fragen zu den gesellschaftlichen Konsequenzen stellen müssen. Die erste Frage, die sich dabei aufdrängt, lautet: Genügt die Trennlinie „Herkunft“ tatsächlich den Anforderungen dieser Gesellschaft? Gleichzeitig stellt sich für die Migranten die Frage, ob sie die Reduzierung ihres gesellschaftlichen Handlungsfeldes aufgrund eines unveränderbaren Elementes wie der Herkunft langfristig akzeptieren können und wollen.

APuZ

Nächste Ausgabe

23–24/2009 · 2. Juni 2009

Europawahlen

Andreas Wüst · Markus Tausendpfund
30 Jahre Europawahlen

Lars Schmitt · Ulrike Hegewald
Die Deutschen vor der Europawahl 2009

Max Haller
Die europäische Integration als Elitenprojekt

Erich Röper
Sinnhaftigkeit von Plebisziten in europäischen Fragen

Sonia Lucarelli · Lorenzo Fioramonti
Das globale Image der Europäischen Union

Barbara Pfetsch · Annett Heft
Europäische Öffentlichkeit

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

- Karl Schlögel*
3-6 **Generation Marienborn**
„Marienborn“ ist ein Name für das, was einmal Teilung Europas und Deutschlands in Ost und West hieß. Die Marienborn-Erfahrung war Grenzüberschreitung, Grenzkontrolle, *rite de passage*.
- Sylvia Kabus*
6-11 **Kleine Tragödie des Lachens**
Sächsischer Sinnengenuss und Lachsalven. Ein Freundeskreis von Schreibenden, Musikmachern und Wissenschaftlern, Spöttern. Und einer steht am Pranger. 1988, ein Jahr vor dem letzten.
- Andreas Oplatka*
12-17 **Der erste Riss im Eisernen Vorhang**
Bis Anfang November 1989 reisten rund 50 000 DDR-Deutsche über Ungarn in den Westen aus. Der Beschluss der ungarischen Regierung beschleunigte die Erosion der DDR und damit die Wiedervereinigung Deutschlands.
- Silke Satjukow*
18-25 **Grenze 2000**
Die DDR-Grenzübergangsstellen gen Westen waren militärische Bollwerke. Wer sie passieren wollte, stand unter Verdacht. Als der „antifaschistische Schutzwall“ zu bröckeln begann, träumten Staatsschützer von einer High-Tech-„Grenze 2000“.
- Daniela Münkel*
26-32 **Die DDR im Blick der Stasi 1989**
Die Stasi hat die SED-Führung 1989 über die eskalierenden Probleme auf dem Laufenden gehalten. Spätestens im Sommer war die Entwicklung indes so weit fortgeschritten, dass die SED-Herrschaft nicht mehr stabilisiert werden konnte.
- Markus Driftmann*
33-39 **Mythos Dresden: Symbolische Politik und deutsche Einheit**
Mit der Inszenierung öffentlicher Auftritte suchte das Kanzleramt 1989/90 Einfluss auf die Bürger in der DDR zu gewinnen. Der Auftritt Kohls in Dresden, mit Abstand der erfolgreichste, wurde in der Retrospektive geradezu mythisch verklärt.
- Nevim Çil*
40-46 **Türkische Migranten und der Mauerfall**
Die Ereignisse von 1989/90 haben türkische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen nachhaltig beeinflusst. Zugehörigkeit zu Deutschland definiert sich über ethnische Herkunft.